



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Die Wirtschaftskrise in Spanien

Krisenursachen, Krisenpolitik und Krisenauswirkungen

verfasst von / submitted by

Mag. Walter Kieweg

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister

Wien, 2018/ Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 456 353

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Geographie und
Wirtschaftskunde UF Spanisch

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang
Blaas

Die Wirtschaftskrise in Spanien

Krisenursachen, Krisenpolitik und Krisenauswirkungen

Danksagung:

Ein Dank gilt meinen Eltern Josef und Martha Kieweg, die mir immer Mut gaben. Extra hervorheben möchte ich meinen Nachbarn Mag. Franz Brunner sowie meine Mutter Martha Kieweg, Dieter Brandstetter, Mag. Simone Pesendorfer und MMag. Florian Teubl, die mir bei der Diplomarbeitskorrektur tatkräftig unterstützen.

Mein besonderer Dank gilt meinem Diplomarbeitsbetreuer ao. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Blaas, der mir bei fachspezifischen Fragen immer hilfreich zur Seite stand.

Erklärung:

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, am 10.02.2018

.....

Unterschrift des Studierenden

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Kurzfassung.....	3
Abstract	3
Abkürzungsverzeichnis	4
1. Einleitung.....	5
1.1 FORSCHUNGSFRAGE.....	5
1.2 WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT VS. WIRTSCHAFTSIDEOLOGIE.....	6
1.3 KRISE, EIN VIELFÄLTIGER BEGRIFF.....	7
2. Ursachen der Krise	9
2.1 URSACHEN DER WIRTSCHAFTSKRISE VON SPANIEN.....	9
2.1.1 <i>Hausgemachte Probleme? – der Weg Spaniens in die Krise</i>	9
2.1.1.1 Die historische Dimension – die Krise als Prozess	10
2.1.1.1.1 Die Zeit vor Franco.....	10
2.1.1.1.2 Die Franco-Diktatur (1939-1975)	11
2.1.1.1.3 Der Aufbruch in die Demokratie und in den Neoliberalismus	13
2.1.1.2 Die Entwicklung der spanischen Immobilienblase.....	17
2.1.1.2.1 Die zunehmende Ungleichheit.....	21
2.1.1.2.2 Schulden der privaten Haushalte.....	22
2.1.1.2.3 Die Blase platzt	24
2.1.2 <i>Europäische Divergenzen – der Egoismus siegt</i>	25
2.1.2.1 Inflationsentwicklung der Eurostaaten.....	27
2.1.2.2 Die Wettbewerbskrise – die Entwicklung der Leistungsbilanzen und Lohnstückkosten.....	28
2.1.2.3 Der einheitliche Zins als Problem.....	37
2.1.2.4 Die Freiheit des Kapitals - Spekulationen auf Staatsanleihen	38
2.1.3 <i>Strukturelle Ursachen – Wandel der Wirtschaftsideoogie</i>	38
2.1.4 <i>Die Subprime-Krise in den USA – ein Auslöser der Krise in Spanien</i>	45
2.2 ZUSAMMENFASSUNG	47
3. 2008-2010 – die ersten Jahre der Krise – eine Analyse anhand von Wirtschaftsindikatoren.....	51
3.1 PRODUKTION UND KONSUM.....	52
3.2 INSOLVENZEN UND KREDITWESEN.....	56
3.3 AUSWIRKUNGEN AUF DAS BIP, DIE INFLATION UND DIE FINANZIERUNGSSALDEN	58
4. Krisenpolitik und Krisenauswirkungen.....	61
4.1 DIE KRISENPOLITIK DER SPANISCHEN SOZIALDEMOKRATEN.....	63
4.1.1 <i>Expansive Fiskalpolitik bis Mai 2010</i>	64
4.1.2 <i>Restriktive Fiskalpolitik ab Mai 2010</i>	66
4.2 DIE KRISENPOLITIK DER SPANISCHEN VOLKSPARTEI.....	67
4.3 MAßNAHMEN DER EUROPÄISCHEN UNION.....	70
4.3.1 <i>Der „Euro-Rettungsschirm“ - EFSM, EFSF, ESM</i>	70
4.3.2 <i>„EU-Sixpack“ - der geänderte Stabilitäts- und Wachstumspakt</i>	72
4.3.3 <i>Der Fiskalpakt</i>	74
4.3.4 <i>Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte</i>	75
4.3.4.1 Europäisches Finanzaufsichtssystem und Bankenunion.....	76
4.3.4.2 Die Geldpolitik und andere Maßnahmen der EZB	76

4.4 AKTUELLE MAßNAHMEN DER SPANISCHEN REGIERUNG	78
4.5 EVALUIERUNG DER KRISENPOLITIK	80
4.5.1 <i>Expansive Fiskalpolitik (2009 bis Mai 2010)</i>	80
4.5.2 <i>Restriktive Fiskalpolitik ab Mai 2010</i>	81
4.5.3 <i>Kritik am Fiskalpakt</i>	86
4.6. KRISENAUSWIRKUNGEN – DIE UNGLEICHHEIT DER GESELLSCHAFT	87
4.6.1 <i>Die Komplexität der Ungleichheit: der Versuch der Messbarkeit</i>	88
4.6.2 <i>Die Ungleichheit Spaniens</i>	90
4.6.2.1 Die Vermögensverteilung Spaniens im europäischen Vergleich	90
4.6.2.2 Die Verteilung des Einkommens Spaniens im europäischen und innerspanischen Vergleich	92
4.6.2.3 Gründe für die zunehmende Ungleichheit in Spanien – die Auswirkungen der Krise	94
4.6.2.3.1 Der Rückgang der verfügbaren Einkommen	94
4.6.2.3.2 Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit	96
4.6.2.3.3 Die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen	101
4.6.2.3.4 Die Bedeutung des Rückgangs des Sozialstaats	102
4.6.2.4 Die Zunahme der Armut als Folge der Krise	104
4.6.2.5 Die Auswirkungen der Ungleichheit auf die Privathaushalte	106
4.6.2.5.1 Die Ungleichheit des Konsums	106
4.6.2.5.2 Die Ungleichheit in der Bildung	107
4.6.2.5.3 Ungleichheit und Gesundheit	108
4.6.2.5.4 Ungleichheit und Wohnen	108
4.6.2.6 Gleichheit und ökonomisches Wachstum	111
4.7 EIN KURZER ÜBERBLICK ZU PORTUGALS KRISENPOLITIK: ÄHNLICHKEITEN UND UNTERSCHIEDE ZU SPANIEN	112
4.7.1 <i>EU-konforme Krisenpolitik 2009 bis 2015</i>	112
4.7.2 <i>Die Einhaltung der EU-Vorgaben und die Stimulierung der Nachfrage</i>	117
4.8 ZUSAMMENFASSUNG	120
5. Zusammenfassung	123
6. Verzeichnisse	129
6.1 LITERATURVERZEICHNIS	129
6.2 ABBILDUNGSVERZEICHNIS	142
6.3 TABELLENVERZEICHNIS	143
Lebenslauf	145

Kurzfassung

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Wirtschaftskrise in Spanien, die ihren Ausgang 2008 hatte. Besondere Beachtung finden die Ursachen der Krise, welche sich in lokale, europäische sowie global-strukturelle Ursachen unterteilen lassen und das Ausmaß der Krise entscheidend beeinflussten. Darauf aufbauend wird das Ausmaß der Krise anhand von Wirtschaftsindikatoren dargestellt. Das Hauptaugenmerk dieser Arbeit richtet sich auf die getätigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der spanischen Regierungen von 2009 bis 2017 und deren Evaluierung anhand von Wirtschaftsindikatoren. Weiters wird die Frage nach der Umsetzung expansiver bzw. restriktiver fiskalpolitischen Maßnahmen sowie deren Folgen gestellt. Ebenso wird ein kurzer Vergleich der Krisenpolitik mit Portugal dargelegt.

Abstract

This diploma thesis deals with the economic crises in Spain. The causes of the crises, - classified in local, european and global -structural issues - will be analysed, since they have essentially influenced the dimension of the crises. Based on that, economic indicators illustrate the extend of the economic crises. The main focus of this thesis will be on the realised economic measures by the Spanish governments during the period of 2009 to 2017 as well as its evaluation through economic indicators. Furthermore this thesis will raise the question concerning expansionary and restrictive fiscal policy measures and how they were implemented including their consequences. A brief comparison with the politics of Portugal during the crises will also be presented.

Abkürzungsverzeichnis

AVE	Alta Velocidad Española = Hochgeschwindigkeitszug in Spanien
BE	Bloco de Esquerda = Portugiesischer Linksblock (ein Parteienbündnis)
CDS	Credit Default Swaps = Kreditausfallsversicherungen
CDS-PP	Democrático e Social – Partido Popular = Portugiesische Volkspartei
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
ESFS	European System of Financial Supervision = Europäisches Finanzaufsichtssystem
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESRB	European Systemic Risk Board = Europäischer Ausschuss für Systemrisiken
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate = Zinssatz für Termingelder im Euroraum
EZB	Europäische Zentralbank
FED	Federal Reserve = US-amerikanische Zentralbank
FROB	Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria = Spanischer Fonds für geordnete Bankenumstrukturierung
ISI	importsostituierende Industrialisierung
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine- und Mittlere Unternehmen
MBS	Mortgage Backed Securities = hypothekenbesicherte Wertpapiere
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PCP	Partido Comunista Português = kommunistische Partei Portugals
PEV	Partido Ecologista Os Verdes = portugiesische Grüne-Partei
PP	Partido Popular = Spanische Volkspartei
PSD	Partido Social Democrata = wörtlich: sozialdemokratische Partei, jedoch konservativ-liberale Partei (es existiert eine eigene sozialistische Partei Portugals)
PSOE	Partido Socialista Obrero Español = Spanische Sozialdemokratische Partei

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Ursachen und Folgen der Wirtschaftskrise in Spanien, die 2008 ihren Ausgang nahm.

1.1 Forschungsfrage

Ausgehend vom persönlichen Forschungsinteresse (Spanischstudium sowie eine einjährige Freiwilligentätigkeit in Nordspanien) wurde die Thematik der Wirtschaftskrise in Spanien gewählt. Diese Krise begann 2008 mit dem Platzen der spanischen Immobilienblase, dauert bis heute an und deren Auswirkungen lassen sich anhand unterschiedlicher Faktoren feststellen. Es besteht daher das Interesse, genauer auf die Auswirkungen einzugehen. Aus diesen Überlegungen ergibt sich folgende Forschungsfrage:

Was sind die Auswirkungen der 2008 beginnenden und bis heute andauernden Wirtschaftskrise in Spanien?

Im Zuge dieser Forschungsarbeit haben sich weitere Fragestellungen aufgedrängt. Zahlreiche Ursachen haben zur Stärke der Krise beigetragen, welche mit Beginn der Krise sichtbar wurden. Die Regierungen Spaniens, von 2008 bis heute (Stand 2018), führten Maßnahmen zur Krisenbewältigung ein, die ihrerseits wiederum spezifische Auswirkungen hatten. Daraus ergeben sich folgende Unterfragen:

- Welche Ursachen hatte die Krise in Spanien?
- Welche Folgen der Krise sind speziell in Spanien erkennbar?
- Welche Maßnahmen zur Krisenbewältigung wurden von der spanischen Regierung und von der Währungsunion getätigt?
- Welche Folgen hatte die Implementierung der Maßnahmen zur Krisenbewältigung?

Im Rahmen dieser Diplomarbeit ist es sinnvoll, chronologisch vorzugehen. Bedeutend ist hierbei, eine stetige Analyse von wirtschaftlichen Indikatoren wie das

Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosenquote, das Verhältnis von Export zu Import usw. vorzunehmen. Des Weiteren erfolgt eine Trennung der Betrachtung der Wirtschaftspolitik in Geld- und Fiskalpolitik: Welche Vorgaben setzte die EU für Spanien, welche wurden eingehalten und wo wich die spanische Wirtschaftspolitik von der EU-Politik ab?

Kapitel 2 beschäftigt sich mit den Ursachen der Wirtschaftskrise in Spanien. Hierbei erfolgt eine Dreiteilung nach unterschiedlichen Maßstabsdimensionen: erstens werden auf lokaler Ebene die innerspanischen Entwicklungen, die zur Krise entscheidend beitrugen, dargestellt, dann die Rolle der Europäischen Union sowie die Mitverantwortung von Deutschland aufgezeigt und schließlich die strukturellen Änderungen der globalen Wirtschaft analysiert.

In Kapitel 3 wird das Ausmaß zu Beginn der Krise 2008 bis 2010 mittels Änderungen der Daten diverser Wirtschaftsindikatoren dargestellt. Der Schwerpunkt der Arbeit richtet sich im Kapitel 4 auf die Krisenpolitik Spaniens und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft und Bevölkerung des Landes. Hierbei erfolgt eine Trennung der Analyse betreffend expansive und restriktive Fiskalpolitik. Darüber hinaus erfolgt ein kurzer Vergleich der Krisenpolitik mit Portugal, deren Regierung seit 2015 einen anderen wirtschaftspolitischen Weg beschreitet.

1.2 Wirtschaftswissenschaft vs. Wirtschaftsideologie

Für José Manuel Barroso, den ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, gäbe es keine Alternative und keinen Plan B für Griechenland.¹ Dieser Spruch mag einem bekannt vorkommen, schon Margaret Thatcher verteidigte damit den von ihr eingeschlagenen neoliberalen Weg und fand mit dieser Aussage viele NachahmerInnen.² Die Alternative sei immer die Katastrophe. Die einzige Möglichkeit für wirtschaftlichen Aufschwung sind Kürzungen, die meist das Sozial-, das Bildungs- sowie das Pensionssystem betreffen. In wirtschaftlich guten Zeiten werden diese Maßnahmen

¹ vgl. Navarro et al. 2011, S. 20

² vgl. Robinson 2013

vorgeschlagen, damit es der Wirtschaft nicht schlecht gehe, in schlechten Zeiten damit es mit ihr wieder aufwärts geht. Diese Einschnitte werden von der jeweilig betroffenen Bevölkerung kaum goutiert: alleine in Spanien sind 78 Prozent mit dieser Austeritätspolitik nicht einverstanden.³ Wie auch in Griechenland kam es zu massiven Protesten und zur Bildung neuer, alternativer Parteien. Sind diese Maßnahmen nötig, um ein Land wieder aus der Rezession zu führen? Was brachte diese Austeritätspolitik Ländern wie Spanien? Besteht nun eigentlich eine Alternative zur derzeitigen (Wirtschafts)politik?

In der Ökonomie ist es üblich, dass mehrere Theorien zu einer Problemstellung vorherrschen. Die Wirtschaftswissenschaft war noch ein homogenes Feld und laut den beiden mexikanischen Wirtschaftswissenschaftlern Rolando Cordera und Carlos Tello verschwimmen die Linien zwischen Wissenschaft und Ideologie zusehends.⁴

1.3 Krise, ein vielfältiger Begriff

Nach dem Wörterbuch von María Moliner bedeutet Krise den Moment eines markanten Wechsels zur vorherigen Situation.⁵ Die Politikwissenschaft sieht in der Bedeutung des Begriffs Krise einen Wendepunkt: entweder es kommt zur Katastrophe oder es wird besser.⁶ Wirtschaftliche Krisen verfügen zusätzlich noch über eine Besonderheit: Sie treten für viele WirtschaftswissenschaftlerInnen plötzlich und unerwartet auf. Krisen markieren jedoch auch Chancen, die derzeitigen Lehrmeinungen zu überdenken und alternative Lösungsmöglichkeiten anzubieten.⁷

Die Ursache von wirtschaftlichen Krisen änderte sich im Laufe der Zeit. Waren es bis ins 19. Jahrhundert aufgrund wechselnder Wetterphänomene vor allem Agrarkrisen in Europa, so traten Krisen zur Zeit der Industrialisierung im 10-Jahres-Rhythmus auf. Unternehmen überschätzten den Aufschwung und die zukünftige Nachfrage ihrer

³ vgl. Navarro et al. 2011, S. 20

⁴ vgl. Ruesga Benito 2013, S. 71

⁵ vgl. Pérez Yruela 2012, S. 1

⁶ vgl. Preuß 2014, S. 114

⁷ vgl. Pérez Yruela 2012, S. 1f

Produkte. Die Unternehmer investierten, überschuldeten sich und gerieten in Absatzschwierigkeiten. Eine Kreditpanik entstand, da Unternehmen gegenseitig als Gläubiger fungierten. Dieses Phänomen ist heutzutage bei den Banken sichtbar.⁸

Krisen können jedoch auch durch exogene Ereignisse, wie zum Beispiel den zwei Ölpreiskrisen in den 1970er Jahren, ausgelöst werden. Seit den 1990er Jahren treten vermehrt Finanzkrisen auf, die sich wiederum auf die Realwirtschaft auswirken.⁹ (siehe Kapitel 2.1.3 Strukturelle Ursachen – Wandel in der Wirtschaftsdeologie)

Professor Pérez Yruela differenziert zwischen Finanzkrisen und Wirtschaftskrisen. Der Ursprung von Finanzkrisen geht vom Verlust von Liquidität der Finanzunternehmen aus, was im Regelfall durch das Platzen einer Blase in der Finanzindustrie ausgelöst wird. Die Unternehmen geraten unter Druck bis hin zum Konkurs. Aufgrund der Verknüpfung der Finanz- mit der Realwirtschaft werden viele Finanzunternehmen mit öffentlichem Geld rekaptalisiert, um ein Chaos in der Realwirtschaft zu verhindern. Wegen der Finanzkrise herrschte große Unsicherheit bei Finanzunternehmen. Banken weigerten sich Kredite zu vergeben, was sich wiederum auf die Unternehmen der Realwirtschaft auswirkte. Die Produktion wurde verringert, dies führte wiederum zu Entlassungen. Somit sank der Konsum sowie andere wirtschaftliche Indikatoren eines Landes.¹⁰ Universitätsprofessor Norbert Schuppan nennt dies Vertrauenskrise.¹¹

⁸ vgl. Schefold 2014, S. 34

⁹ vgl. Schefold 2014, S. 35ff

¹⁰ vgl. Pérez Yruela 2012, S. 2

¹¹ vgl. Schuppan 2013, S. 98

2. Ursachen der Krise

Spanien war 2006 die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt und im selben Jahr wurden mehr Arbeitsplätze als in allen anderen Staaten Europas geschaffen. Die Entwicklung war jedoch nicht nachhaltig.¹² Spanien erlebt seit 2009 die schwerste Krise seit dem Ende der Franco-Diktatur 1975. Allein in den ersten vier Monaten 2009 fiel das BIP um drei Prozent und 669.000 Beschäftigte verloren ihre Arbeit. Dies waren 55 Prozent aller vernichteten Arbeitsplätze in der Eurozone. Wie auch alle anderen Staaten in Europa, so war Spanien ebenso von der Subprime-Krise der USA betroffen, die sich als Systemkrise herausstellte. Diese war zwar der Auslöser, jedoch nicht die Ursache der Rezession in Spanien: vor allem die Besonderheiten der spanischen Wirtschaftsstruktur, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte entwickelte¹³ sowie eine verfehlte Politik der Eurozone trugen zur Schwere der Krise bedeutend bei.

2.1 Ursachen der Wirtschaftskrise von Spanien

Dieses Kapitel beruht folglich auf drei Säulen: erstens werden die Besonderheiten der spanischen Krise anhand der Wirtschaftsgeschichte bzw. -politik des Landes beschrieben - die sich jedoch nicht isoliert zu den nächsten beiden Punkten betrachten lassen - , zweitens werden die unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklungen innerhalb der Eurozone erörtert sowie die unrühmliche Rolle Deutschlands dargestellt und im dritten Teil werden die strukturellen Ursachen der Krise aufgezeigt, welche dann in die Subprime-Krise mündeten.

2.1.1 Hausgemachte Probleme? – der Weg Spaniens in die Krise

Spaniens Krise nur mit der internationalen Finanzkrise zu begründen, ist zu einfach. Die Krise ist auch eine Folge eines Prozesses einer strukturellen Transformation mittels

¹² vgl. Charnock, et al. 2014, S. 1

¹³ vgl. Torres Lopez 2009, S. 83f

wirtschaftspolitischen Maßnahmen.¹⁴ (siehe Kapitel 2.1.3) In Spanien sind wirtschaftliche und politische Ereignisse eng miteinander verbunden. Vor allem die Franco-Diktatur und der Übergang zur Demokratie haben noch gravierende Auswirkungen auf die derzeitige Situation Spaniens. So wird in diesem Kapitel auf bestimmte Bereiche der (Wirtschafts)geschichte von Spanien näher eingegangen, die noch bis jetzt Wirkung zeigen und zur Tiefe der Krise entscheidend beitrugen. Dies sind vor allem die Wirtschaftsstruktur, die fehlende Aufarbeitung der Diktatur, dieselben Personen an politischen und wirtschaftlichen Positionen während und nach Franco usw.¹⁵ Auch wird die Entwicklung der Immobilienblase in Spanien näher erläutert.

2.1.1.1 Die historische Dimension – die Krise als Prozess

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den historischen Ursachen der Krise in Spanien. Am Beginn werden die strukturellen Probleme der Zeit vor der Diktatur Francos erläutert, dann erfolgt ein kurzer Abriss der wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens während der Franco-Diktatur von 1939 bis 1975 und schließlich werden wirtschaftliche Tendenzen seit der Demokratisierung Spaniens bis zur Krise 2008 dargestellt.

2.1.1.1.1 Die Zeit vor Franco

Die derzeitige Wirtschaftsstruktur hat ihren Ursprung schon im 16. Jahrhundert, in der Zeit Spaniens als Großmacht. Gerade die Eroberungen und der Ausbau des Kolonialreiches verhinderten die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Rohstoffe und Edelmetalle aus Lateinamerika wurden nicht zum Aufbau der Industrie genutzt, sondern zur Finanzierung von Kriegen und dem Kauf von Fertigprodukten wie Tüchern aus Flandern. Es entstand eine nicht nachhaltige Rentiersökonomie.¹⁶ Am Beginn des 19. Jahrhunderts wurden hauptsächlich landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe exportiert, um die Nachfrage der früher beginnenden Industrialisierung in anderen

¹⁴ vgl. Torres López 2009, S. 91

¹⁵ vgl. Zelik 2015, S. 12

¹⁶ vgl. Zelik 2015, S. 14

europäischen Staaten zu bedienen. Finanziert wurde dies mit britischen, französischen und deutschen Investitionen.¹⁷ Die Industrialisierung in Spanien selbst begann in den peripheren Regionen, wie dem Baskenland oder Katalonien, erst im späten 19. Jahrhundert, in anderen Regionen noch später.¹⁸

Anfang des 20. Jahrhunderts lag Spanien wirtschaftlich am Boden: das Kolonialreich zerfiel, die Wirtschaft blieb weiter rückständig und die Feudal-eliten existierten, im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, jedoch weiter. Dies bekamen vor allem die Gewerkschaften zu spüren: während der Streiks von 1909 und 1917 wurden um die 180 Menschen getötet und Tausende verhaftet. Es herrschte von nun an ein erbitterter Kampf der Eliten gegen neue linke und demokratische Bewegungen.¹⁹

Wirtschaftlich experimentierte Spanien mit einer importsubstituierenden Industrialisierung (ISI). Der Staat monopolisierte die Eisen- und Stahlindustrie sowie den Bankensektor. Unter Einbindungen von auswärtigen Technologien, zusammen mit der Schaffung von vielen Arbeitsstellen im öffentlichen Bereich unter dem Diktator Primo de Rivera, stieg in den 20er Jahren die Produktivität, die jedoch noch weit hinter der anderer europäischer Staaten lag.²⁰

2.1.1.1.2 Die Franco-Diktatur (1939-1975)

Die Generäle Francisco Franco sowie Emilio Mola putschten 1936 mit faschistischen Militärs und siegten 1939 im spanischen Bürgerkrieg über die 1931 gegründete Zweite Republik, auch weil die Faschisten von Hitler unterstützt und die gewählte Regierung von den demokratischen Kräften in Europa im Stich gelassen wurde.²¹ Für die USA war das Regime von Franco sogar ein Verbündeter im Kampf gegen den Kommunismus.²²

¹⁷ vgl. Charnock, et al. 2014, S. 42

¹⁸ vgl. Zelik 2015, S. 14

¹⁹ vgl. Zelik 2015, S. 16ff

²⁰ vgl. Charnock et al. 2014, S. 43f

²¹ vgl. Zelik 2015, S. 20

²² vgl. Zelik 2015, S. 23

Die Folgen der Zeit der Diktatur Francos (von 1939 bis 1975) reichen bis in die Gegenwart: es wurden traditionelle Eliten gefördert, die nicht unternehmerisch interessiert waren, sondern von ihrer Landrente gut leben konnten. Des Weiteren ist der von Franco initiierte Einfluss der katholischen Kirche, auch in der Ausbildung von konservativen Eliten von katholischen Universitäten noch sehr markant und der starke Zentralismus unter Franco ebenso bei der derzeitigen Regierung Spaniens unter der spanischen Volkspartei PP (Partido Popular) unter Ministerpräsidenten Mariano Rajoy bemerkbar. Damals lud sich der Widerstand gegen die Zentralregierung antifaschistisch auf.²³

Da Spanien weitgehend isoliert war, fokussierten sich die Regierenden auf eine importsostituierende Industrialisierung (ISI). Diese konnte im Gegensatz zu den Staaten Südamerikas aufgrund des fehlenden Rohstoffreichtums nur folgendermaßen funktionieren: viele SpanierInnen emigrierten wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage und der geringen Löhne und sandten Geld (Remittances) an ihre Familienangehörigen.²⁴ So deckten diese 40 Prozent des Handelsdefizits.²⁵ Zweitens fokussierte man sich auf den beginnenden Massentourismus, welcher zusätzlich Devisen ins Land brachte. Die dritte Maßnahme waren limitierte Auslandsdirektinvestitionen, vor allem Patente und Maschinen wurden importiert.²⁶ Man beschloss demnach eine Öffnung der Wirtschaft, die 1959 begann.²⁷ Der Fokus lag wieder auf der Eisen- und Stahlindustrie und ab den 60er Jahren auch auf der Automobilindustrie. 1960 betrug der Anteil der Industrie schon 30,93 Prozent am BIP. Aufgrund der fehlenden Technologien und Investitionen konnte man jedoch nicht am Weltmarkt bestehen. 1958 waren 85 Prozent der Industrie Kleinbetriebe. Die Löhne stagnierten und waren 1956 um 15-35 Prozent unter dem Level der Vorbürgerkriegszeit.²⁸

²³ vgl. Zelik 2015, S. 21f

²⁴ vgl. Charnock et al. 2014, S. 45

²⁵ vgl. Charnock et al. 2014, S. 49

²⁶ vgl. Charnock et al. 2014, S. 37ff

²⁷ vgl. Torres López 2009, S. 93

²⁸ vgl. Charnock et al. 2014, S. 45f

Mit dem Beitritt Spaniens in das Bretton-Woods-System²⁹ im Jahr 1961, war es für die einheimischen Unternehmen einfacher, Handel mit dem Ausland zu betreiben. Zusätzlich durften sich ausländische Investoren mit bis zu 50 Prozent an einheimischen Unternehmen beteiligen. Dies bedeutete eine starke Abhängigkeit von ausländischen Technologien und Investitionen.³⁰

In den 70er Jahren kam es zu einem Wirtschaftsaufschwung, auch als „El milagro español“ (das spanische Wunder) genannt, welcher nur durch „Remittances“, den aufkeimenden Tourismus sowie den ausländischen Investitionen funktionierte. Mit der ISI wurde Spanien ein kleiner Zulieferer von arbeitsintensiven Gütern nach Nordeuropa.³¹

Das Ende des spanischen Wunders erfolgte 1974. Wegen der Ölkrise 1973 nahmen die Tourismuseinnahmen sowie die Geldrückflüsse, der im Ausland arbeitenden SpanierInnen ab. Die höheren Löhne ließen die Inflationsrate steigen, der Export wurde geschwächt.³²

2.1.1.1.3 Der Aufbruch in die Demokratie und in den Neoliberalismus

Mit dem Tod Francos erfolgte ein Übergang zur Demokratie (Transición). Neue Parteien, wie die Partido Popular PP (spanische Volkspartei), entstanden. Diese beinhaltete jedoch unter anderem die rechten Eliten unter Franco und war 1977 noch gegen die Implementierung der Organisations- und Meinungsfreiheit. Die alten Eliten der Wirtschaft, der Justiz, der Polizei und des Militärs überstanden diese Zeit unbeschadet – kein Verantwortlicher der Diktatur wurde angeklagt – und setzten ihren Machteinfluss fort.³³ Profiteure, wie bestimmte Finanz- und Wirtschaftskonzerne sowie Großgrundbesitzer, blieben unangetastet.³⁴ Somit blieben auch große Oligopole und

²⁹ Mit der Implementierung des Bretton-Woods-System 1944 wurde mit der Gründung von Organisationen und Handelsabkommen wie dem GATT versucht, die Weltwirtschaft zu lenken. Der Dollar wurde die Leitwährung. Das System hielt beinahe 30 Jahre. (vgl. Sautter 2012)

³⁰ vgl. Charnock et al. 2014, S. 47

³¹ vgl. Charnock et al. 2014, S. 50f

³² vgl. Charnock et al. 2014, S. 55

³³ vgl. Zelik 2015, S. 29ff

³⁴ vgl. Zelik 2015, S. 34

Monopolstellungen weiter bestehen.³⁵ Noch Ende 2006 waren 20,14 Prozent des Unternehmenskapitals des Ibex-35³⁶ in der Hand von ca. 20 Großfamilien und eine kleine Elite von 1.400 Personen (0,0035 Prozent der gesamten spanischen Bevölkerung) kontrollierte Mittel, die 80,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) entsprachen.³⁷

Mit einem neuen Wirtschaftsabkommen sollten die UnternehmerInnen entlastet werden. So konnte man in dessen Rahmen fünf Prozent der ArbeitnehmerInnen ohne Angabe von Gründen entlassen und Lohnerhöhungen höher als die Inflationsrate wurden verboten.³⁸ Auch erfolgte ein neoliberaler Strukturwandel³⁹, eine weitere Öffnung und Liberalisierung der Wirtschaft, die aufgrund der langen Diktatur später und dafür schneller vollzogen wurden als in anderen EU-Staaten. Ausländisches Kapital dominierte, in manchen Branchen waren spanische Investoren völlig verschwunden.⁴⁰

Die spanische Wirtschaft befand sich dennoch in einer Krise. Aufgrund von Strukturanpassungsprogrammen (reconversión industrial) der neu regierenden spanischen sozialdemokratischen Partei (PSOE)⁴¹ in Folge des Drucks der zunehmenden Globalisierung, kam es zu einer Verlagerung der Schwer- und Werftindustrien in Billiglohnländer.⁴² Alleine von 1977 bis 1988 verloren 700.000 SpanierInnen ihre Arbeitsplätze in der Güterindustrie.⁴³ 1986 betrug die Arbeitslosigkeit über 20 Prozent.⁴⁴ Die Folgen der Deindustrialisierung wirken noch bis heute nach: der Anteil der Beschäftigten in der Industrie fiel von 35,9 Prozent 1980 auf 20,7 Prozent 2012.⁴⁵

Wegen dieser Maßnahmen und der geringen Arbeitskosten stiegen ausländische Investitionen stark an. Spanien wurde das viertattraktivste Land der Welt für

³⁵ vgl. Torres López 2009, S. 94

³⁶ Leitindex der 35 wichtigsten spanischen Unternehmen. (vgl. Wolf)

³⁷ vgl. Navarro et al. 2011, S. 39

³⁸ vgl. Zelik 2015, S. 30

³⁹ vgl. Navarro et al. 2011, S. 37

⁴⁰ vgl. Torres López 2009, S. 93f

⁴¹ Partido Socialista Obrero Español

⁴² vgl. Zelik 2015, S. 43

⁴³ vgl. Charnock, et al. 2014, S. 60f

⁴⁴ vgl. Zelik 2015, S. 50

⁴⁵ vgl. Zelik 2015, S. 48

Investitionen. 1991 zum Beispiel kontrollierten ausländische Investoren 95 Prozent der spanischen Automobilindustrie.⁴⁶

Mit dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft 1986 wurde der Strukturwandel noch verstärkt: die Landwirtschaft wurde industrialisiert, viele Bauern konnten mit der europäischen Produktivität nicht mehr mithalten. Dies führte zu einem starken Rückgang der Betriebe im Agrarsektor. Zur gleichen Zeit wurden neue Arbeitsplätze im Bau- und Dienstleistungsbereich erschaffen. Spanien profitierte von den europäischen Transferzahlungen, – 1995 umfassten diese ein Prozent des spanischen BIPs – welche in die Infrastruktur investiert wurden (Autobahnen, Flughäfen ...) und somit der Bauboom forciert wurde. Die Arbeitslosigkeit fiel Ende der 1980er Jahre auf 15 Prozent, stieg jedoch 1993 wieder auf 25 Prozent.⁴⁷

Die kurzfristige Senkung der Arbeitslosigkeit führte jedoch zur einer Verschlechterung der ArbeitnehmerInnenverhältnisse, da noch unter der PSOE-Regierung unter Ministerpräsident Felipe Gonzalez die Arbeitsgesetze und der Schutz der ArbeitnehmerInnen gelockert wurden. So hatten 35 Prozent der Beschäftigten 1996 befristete Arbeitsverträge. Noch schlimmer traf es junge ArbeitnehmerInnen unter 35 Jahren: sie konnten oft nur zwischen Arbeitslosigkeit oder prekären Arbeitsverhältnissen wählen. Trotz dieser Maßnahmen verlangte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in den 90er Jahren eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes, welche von der neuen PP-Regierung unter Ministerpräsidenten José María Aznar vollzogen wurde.⁴⁸ Anhand der durchgeführten Maßnahmen fielen die Reallöhne von 1992 auf 2002 um 18,5 Prozent.⁴⁹

⁴⁶ vgl. Charnock et al. 2014, S. 64

⁴⁷ vgl. Zelik 2015, S. 48ff

⁴⁸ vgl. Zelik 2015, S. 50f

⁴⁹ vgl. Charnock et al. 2014, S. 68

Tabelle 1: Entwicklung der Beschäftigten und des nominalen BIP der einzelnen Wirtschaftssektoren im Verhältnis zur gesamten Wirtschaft in Spanien (1985-2007):

	1985		2007		Änderung von 1985 auf 2007 in Prozent	
	Beschäftigte (in %)	BIP (in %)	Beschäftigte (in %)	BIP (in %)	Beschäftigte	BIP
Landwirtschaft	17,7	6	4,5	2,6	-74,58	-56,67
Industrie und Energie	24,5	28	15,85	15,7	-35,31	-43,93
Bauwirtschaft	7,5	6,4	13,91	11	85,47	71,88
Dienstleistungen	50,2	59,6	65,74	60,4	30,96	1,34

(Quelle: Torres López 2009: S. 95; eigene Übersetzung)

In Tabelle 1 ist die veränderte Wirtschaftsstruktur ersichtlich. Arbeiteten in Spanien trotz der schon getätigten Liberalisierungen 1985 noch ein Viertel aller Beschäftigten in der Industrie und fast 18 Prozent in der Landwirtschaft, so änderte sich dies bis 2007 bedeutsam. Der primäre und sekundäre Wirtschaftssektor, ohne die Bauwirtschaft, verloren eine Vielzahl an Arbeitsplätzen und einen großen Anteil am BIP, während die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zunahm und in der Bauwirtschaft förmlich explodierte. Man setzte auf eine nicht nachhaltige und schnelle Entwicklung in Branchen mit geringer Qualifikation und Produktivität.

Wie auch die Bauwirtschaft boomte der Tourismussektor. 2006 betrug der Anteil am BIP elf Prozent. In dieser Branche werden ebenso billige, unqualifizierte Arbeitskräfte benötigt.⁵⁰

Diese Entwicklung wirkte sich auch auf die Ausbildung der Bevölkerung aus. Während 80 Prozent der EuropäerInnen zwischen 25 und 34 Jahren über eine sekundäre Ausbildung (Matura oder Berufsausbildung) verfügen, so haben dies nur 62 Prozent der jungen Erwachsenen in Spanien.⁵¹

⁵⁰ vgl. Charnock et al. 2014, S. 97

⁵¹ vgl. Torres López 2009, S. 96

Mit dieser nicht nachhaltigen Entwicklung begann Ende der 90er Jahre das neue spanische Wirtschaftswunder. Zwischen 2000 und 2004 wurden 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, dies waren 60 Prozent aller neuen Arbeitsstellen in der EU⁵², von 2004 bis 2006 sogar 2,3 Millionen.⁵³ Die Löhne stiegen jährlich an ebenso wie die private Verschuldung.⁵⁴

All diese Entwicklungen trugen zur derzeitigen Schwere der Krise bei. Der neoliberale Fokus ist klar zu erkennen: die Liberalisierung führte zu einer Stärkung des Finanzwesens. Diese war auch verantwortlich für Immobilienspekulationen und den Bauboom. Der Politikwissenschaftler Raul Zelik nennt dies Voodoo-Ökonomie, die einen großen Anteil an der in Spanien entstehenden Immobilienblase hatte.⁵⁵

2.1.1.2 Die Entwicklung der spanischen Immobilienblase

Spaniens Politik förderte die Entwicklung der Baubranche. Mit der Einführung des Euro und der niedrigen Zinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) investierten nicht nur EuropäerInnen aus anderen Staaten in Zweitwohnungen, auch SpanierInnen aus niedrigeren sozialen Schichten bekamen Kredite und hatten den Traum vom Eigenheim in greifbarer Nähe.⁵⁶ Dies wurde von der Politik mit diversen Gesetzen forciert. Schon 1985 kam es zu einer Förderung des Eigenheimes: Erleichterungen beim Kreditzugang sowie Steuerreduktionen ermöglichten 1991 eine Wohneigentumsquote von 78 Prozent. Die Preisanstiege der 2000er Jahre wurden auch mit dem Bodengesetz von 1998 (*Ley del Suelo*) forciert. Die Gebäudedichte pro Hektar wurde erhöht, Baurestriktionen reformiert.⁵⁷ Die Nachfrage stieg und die Preise für Grundstücke und Immobilien explodierten.⁵⁸ Von 1990 bis 2007 stiegen die Häuserpreise um durchschnittlich 8,4 Prozent pro Jahr, während das BIP nur um ca. vier Prozent pro Jahr wuchs. Die bebaute

⁵² vgl. Charnock et al. 2014, S. 69

⁵³ vgl. Torres López 2009, S. 96

⁵⁴ vgl. Charnock et al. 2014, S. 80f

⁵⁵ vgl. Zelik 2015, S. 51

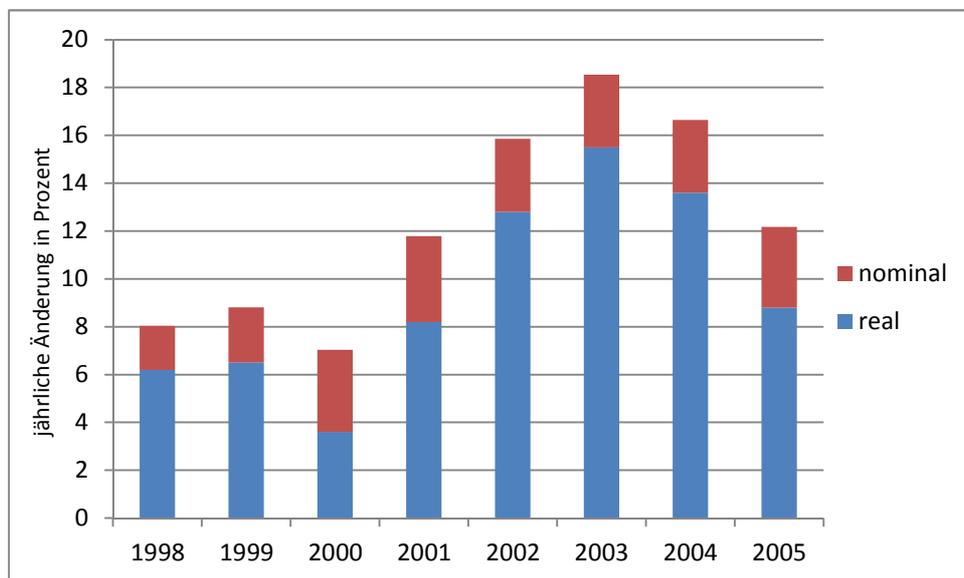
⁵⁶ vgl. Zelik 2015, S. 56f

⁵⁷ vgl. Charnock et al. 2014, S. 93f

⁵⁸ vgl. Zelik 2015, S. 52f

Fläche Spaniens erhöhte sich um zwei Prozent pro Jahr, das Bevölkerungswachstum stieg jedoch nur um 0,9 Prozent. Im selben Zeitraum verfünffachte sich der Marktwert des Wohnbaus auf fünf Milliarden Euro. 2006 waren die Immobilien um 35 Prozent überbewertet.⁵⁹ Das beste Geschäft bestand jedoch nicht im Bau und Verkauf von Immobilien, sondern in der Spekulation mit Grundstücken.⁶⁰ Personen kauften Häuser und Grundstücke als Investitionsanlage, ohne je darin zu wohnen, und hofften auf eine Wertsteigerung.⁶¹

Abbildung 1: Preisänderungen (Preis pro m²) der Immobilien in Prozent (real und nominal) 1998-2005:



(Datengrundlage: Bernados Dominguez 2009: S. 25, Triami Media 2018;
eigene Darstellung)

In Abbildung 1 ist der starke Anstieg der Immobilienpreise gut zu erkennen. In den Jahren 2002 bis 2004 betrug die Zunahme mit Abzug der Inflation jährlich mehr als 12 Prozent.

Wie in den USA sahen Banken und SchuldnerInnen jedoch keine Gefahr. Immer mehr eigentlich kreditunwürdigen Personen wurde ein Darlehen auch ohne Eigenkapital gewährt, da im Notfall das Eigenheim gepfändet werden konnte, welches dann mit hoher

⁵⁹ vgl. Charnock, et al. 2014, S. 94f

⁶⁰ vgl. Bernados Dominguez 2009, S. 35

⁶¹ vgl. Arellano, Bentolila 2009, S. 2

Wahrscheinlichkeit einen höheren Wert als beim Kauf besaß.⁶² Neue Finanzprodukte wurden kreiert, so genannte *Cédulas*. Dies sind Hypothekenspfandbriefe, welche von großen Finanzinstitutionen ausgegeben werden. Anhand der *Cédulas* hatten auch kleinere Banken Zugang zum internationalen Finanzmarkt. 2000 waren 62 Prozent dieser Bonds im Besitz von ausländischen Investoren.⁶³ Das Bankensystem spielte demnach eine große Rolle für die Entwicklung der Immobilienblase. Die Expansion der Sparkassen, der enorme Konkurrenzdruck unter den Banken sowie die niedrigen Zinsen erhöhte die Liquidität am Markt. Durch die Aggressivität der spanischen Sparkassen standen die Banken vor einem Dilemma: entweder sie verloren Marktanteile oder sie änderten ihr Vorgehen. Daher minderten sie stetig die Voraussetzungen für die Gewährleistung für Kredite. Diese Maßnahmen ermöglichten für viele SpanierInnen den Zugang zu Hypothekarkrediten. Die Nachfrage nach Immobilien explodierte (siehe Abbildung 2) ebenso wie die Verschuldung der spanischen Haushalte. Auch andere EuropäerInnen investierten in Spanien in Immobilien. So waren 2007 ca. eine Million Immobilien im Besitz von vor allem Deutschen und Briten.⁶⁴ 2008 waren 47 Prozent aller Kredite im Bereich der Bau- und Immobilienbranche.⁶⁵ Von 1992 bis 2007 erwarben Banken 50 Prozent der erschließbaren Grundstücke.⁶⁶ Nicht nur bei Immobilien, auch in der Finanzbranche investierten viele europäische Geldinstitute in spanische Banken. Die Deutsche Bank spielte eine große Rolle beim Entstehen der Krise, indem sie 109 Mrd. Euro der Spanischen Bank lieh, die das Geld wiederum in den Immobiliensektor, also in den spekulativen und nicht produktiven Bereich der Wirtschaft investierte. Auch die Deutsche Bank lukrierte mit diesem Modell enorme Gewinne.⁶⁷

⁶² vgl. Zelik 2015, S. 52

⁶³ vgl. Charnock et al. 2014, S. 91

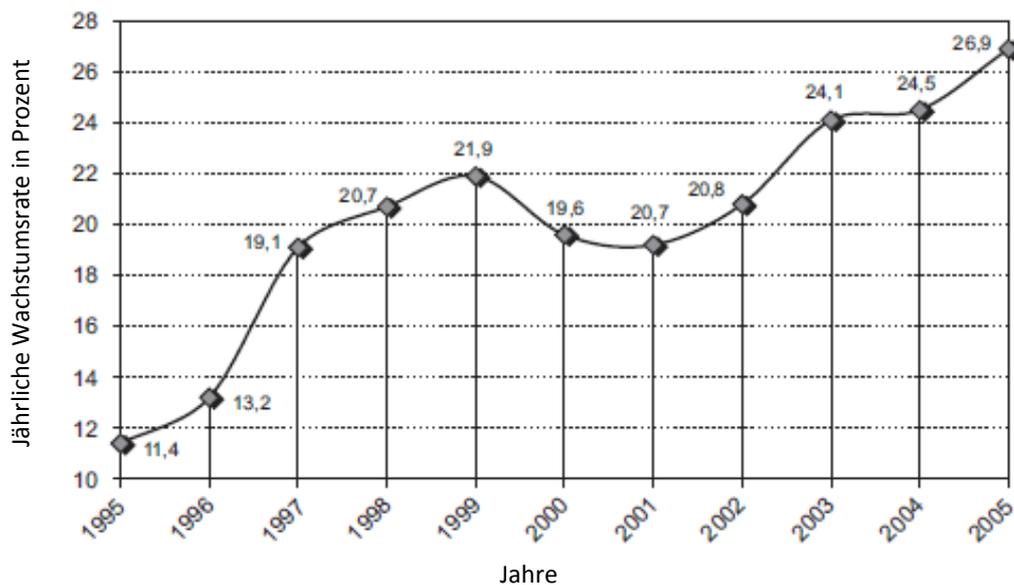
⁶⁴ vgl. Ocón Galilea 2007, S. 15

⁶⁵ vgl. Navarro et al. 2011, S. 55

⁶⁶ vgl. Torres Lopez 2007, S. 1

⁶⁷ vgl. Navarro 2012, S. 2

Abbildung 2: Entwicklung der Hypothekarkredite in Spanien von 1995 bis 2005 (Jährliche Wachstumsrate in Prozent):



(Quelle: Bernados Dominguez 2009: S. 30)

In diesem Wirtschaftsmodell schien es nur Gewinner zu geben: Der Finanzsektor boomte ebenso wie der Bausektor: Hunderttausende neue Arbeitsplätze wurden geschaffen.⁶⁸ Wurden Mitte der 90er Jahre jährlich 350.000 Wohngebäude errichtet, so stieg der Wert auf 650.000 im Jahr 2005, demnach um 85,7 Prozent. In anderen Staaten, wie den USA, Frankreich oder Großbritannien, lag die Steigerung bei rund 40 Prozent.⁶⁹

Hierbei verfügten PolitikerInnen daher über enormen Spielraum: sie vergaben diverse Verkehrs- und Infrastrukturprojekte ebenso wie Baugenehmigungen. Die Aufträge des Staates wuchsen von 2,7 Mrd. Euro 1989 auf 13,24 Mrd. Euro 2006. Nach und nach kommen jetzt diverse Korruptionfälle, wie der Fall „Gürtel“, zu tage.⁷⁰ So wurden unnütze Infrastrukturprojekte, wie Flughäfen oder AVE⁷¹-Stationen, im Nirgendwo ohne Passagiere in Angriff genommen.⁷²

⁶⁸ vgl. Zelik 2015, S. 52f

⁶⁹ vgl. Ocón Galilea 2007, S. 13f

⁷⁰ vgl. Zelik 2015, S. 56f

⁷¹ AVE (Alta Velocidad Española): Hochgeschwindigkeitszug in Spanien. (vgl. Interrail)

⁷² vgl. Lopez Prol 2013, S. 96

2.1.1.2.1 Die zunehmende Ungleichheit

Trotz des Booms sanken die Reallöhne zwischen 1995 und 2005 um vier Prozent, die Konsumausgaben der Privathaushalte jedoch florierten. Denn neben den Hypothekendarlehen stiegen auch die Konsumkredite der spanischen Bevölkerung. Die Menschen lebten über ihre Verhältnisse, unternahmen aber genau das, was von europäischen PolitikerInnen und der Finanzbranche geraten wurde. Internationale Organisationen, wie die EU, die OECD und der Internationale Währungsfonds (IWF), lobten und warben für das spanische Modell. Die Liberalisierung des Finanzsystems unter der PP-Regierung ermöglichte das billige Geld und wurde wohlwollend zur Kenntnis genommen.⁷³ Alle schienen zu profitieren: die GrundstückseigentümerInnen erhielten eine Pacht, Baufirmen neue Aufträge, die Banken verdienten an den Zinsen mittels Krediten und der Staat verfügte über zusätzliche Steuereinnahmen.⁷⁴

Dies wurde auch durch billige ausländische Arbeitskräfte im Bausektor ermöglicht.⁷⁵ Von 2000 bis 2007 registrierten sich 4,8 Millionen MigrantInnen in Spanien. Im Boom waren 30 Prozent aller Arbeitskräfte im Baugewerbe MigrantInnen mit zeitlich beschränkten Verträgen.⁷⁶ Die große Zahl an MigrantInnen in vor allem urbanen Bereichen, wie Barcelona oder Madrid, ließ die Nachfrage nach einfachen Wohnungen steigen.⁷⁷

Die Produktivität jedoch stagnierte oder war rückläufig. Das Wachstum konzentrierte sich fast ausschließlich auf das arbeitsintensive Baugewerbe.⁷⁸ Die Lohnkosten jedoch stiegen stärker als in vielen anderen EU-Staaten und waren im Verhältnis zum Inflationsziel der EZB von knapp zwei Prozent zu hoch.⁷⁹ (siehe Kapitel 2.1.2.2)

Dennoch erhöhte sich gleichzeitig die Ungleichheit: Das Einkommen der 20 ärmsten Prozent reduzierte sich von 2002 bis 2005 um 23,6 Prozent, während die 10 reichsten Prozent ihr Einkommen um 15 Prozent steigern konnten. 2002 mussten 42,5 Prozent aller

⁷³ vgl. Zelik 2015, S. 53f

⁷⁴ vgl. Charnock et al. 2014, S. 87

⁷⁵ vgl. Charnock et al. 2014, S. 87

⁷⁶ vgl. Charnock et al. 2014, S. 96f

⁷⁷ vgl. Bernados Dominguez 2009, S. 33

⁷⁸ vgl. Charnock et al. 2014, S. 90

⁷⁹ vgl. Charnock et al. 2014, S. 129

Familien mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für ihr ihre Wohnung bzw. ihr Haus verwenden, 2005 waren es schon 70,9 Prozent. Von 2002 bis 2007 stiegen die Gewinne der Unternehmen 30 Prozent jährlich, gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der ArbeiterInnen mit einem Jahreseinkommen unter 18.500 Euro von 57,8 auf 60 Prozent.⁸⁰ Sehr gut ist die Entwicklung am Anteil der Einkommen am BIP zu sehen: betrug der Anteil 1976 noch 68 Prozent, so sank dieser auf 60,21 Prozent 2008.⁸¹ Dies kam auch infolge der starken Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu Stande. Arbeitskräfte konnten einfach eingestellt bzw. entlassen werden.⁸²

2.1.1.2.2 Schulden der privaten Haushalte

Mit dem Sinken der Reallöhne, und wegen der zunehmenden Kredite, stiegen auch die Schulden, im Gegensatz zu anderen Staaten jedoch vor allem die Schulden der privaten Haushalte. Mehr als 75 Prozent der Privatkredite betrafen den Bereich Immobilien, zwölf Prozent waren Konsumkredite.⁸³ So stieg das Kreditvolumen der Bürger von 701.663 Millionen Euro 2002 auf 1,8 Billionen Euro 2008.⁸⁴

⁸⁰ vgl. Torres López 2009, S. 103

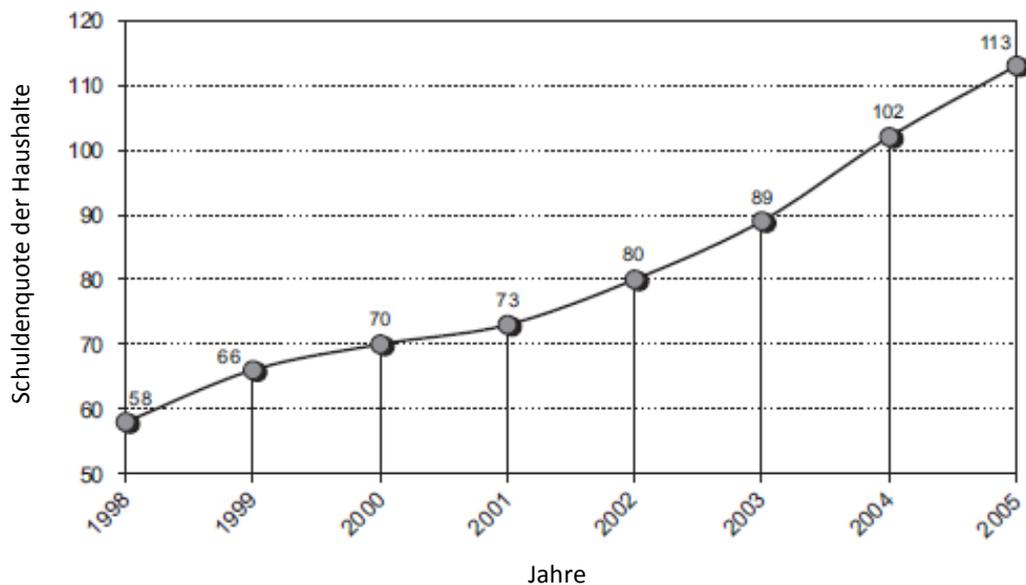
⁸¹ vgl. Navarro et al. 2011, S. 48

⁸² vgl. Navarro et al. 2011, S. 51

⁸³ vgl. Torres López 2009, S. 98

⁸⁴ vgl. Torres López 2009, S. 101

Abbildung 3: Verschuldung der spanischen Haushalte im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen in Prozent (1998-2005):



(Quelle: Bernados Dominguez 2009: S. 32)

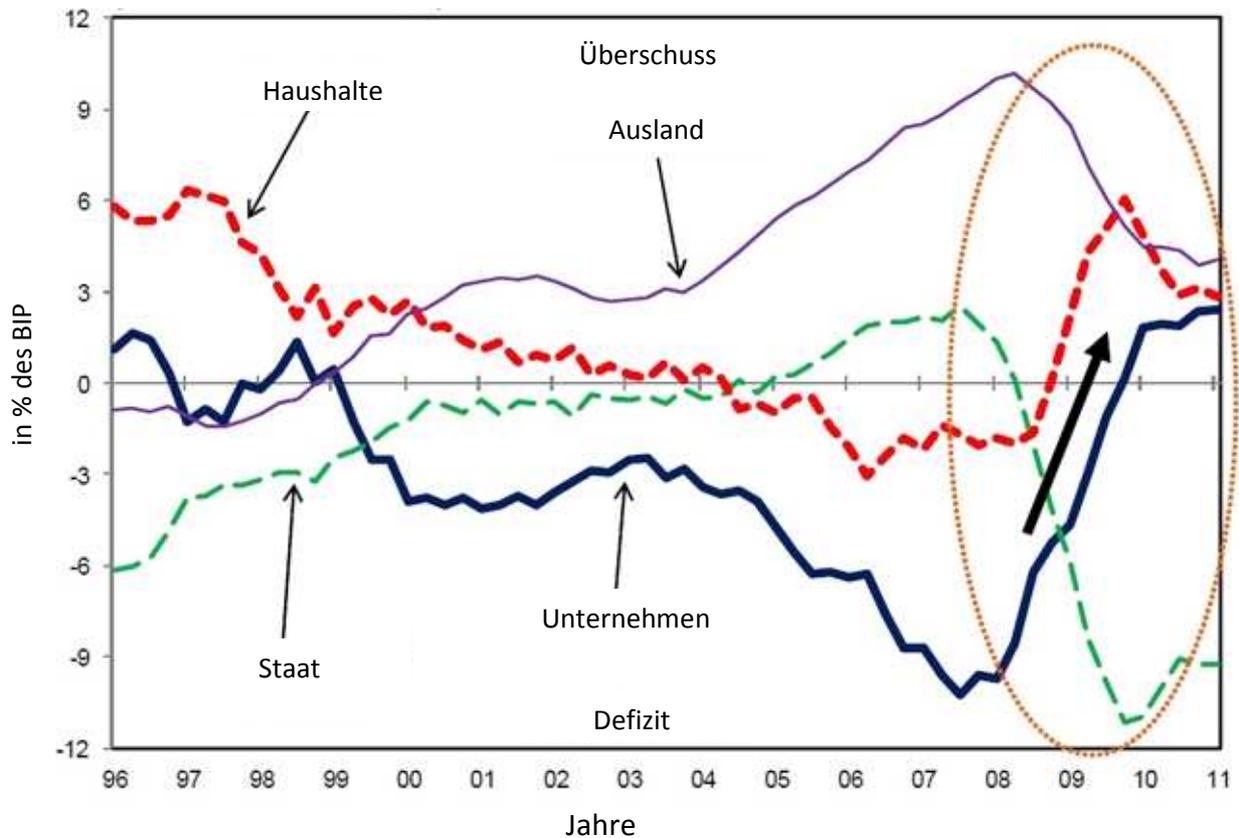
In Abbildung 3 ist der Anstieg der Verschuldung der spanischen Haushalte gut zu erkennen. Innerhalb von sieben Jahren verdoppelte sich die Verschuldung. Dies ist vor allem auf die Hypothekarkredite zurückzuführen.⁸⁵

Schulden sind jedoch gleich Schulden. Während die private Verschuldung von Banken, Unternehmen und Privatpersonen auf 340 Prozent des BIP stiegen, befand sich der öffentliche Schuldenstand bei Ausbruch der Krise bei ca. 60 Prozent des BIP. Der Anteil der Schulden des Staates an den Gesamtschulden betrug nur 18 Prozent.⁸⁶

⁸⁵ vgl. Bernados Dominguez 2009, S. 32

⁸⁶ vgl. Assemblée Social de Catalunya 2011, S. 12

Abbildung 4: Finanzierungssalden von Spanien in Prozent des BIP (1996-2011):



(Quelle: Dittli 2012; eigene Übersetzung)

In den Jahren von 1996 bis 2000 erfolgte jährlich ein Rückgang des Budgetdefizits Spaniens, von 2005 bis 2007 ergab sich sogar ein Budgetüberschuss. Da von 2003 bis 2008 auch das Ausland gegenüber Spanien einen großen Überschuss erzielte, mussten die Haushalte und die Unternehmen sich verschulden, da bei der Summe von allen vier Akteuren gemeinsam das Ergebnis immer Null ist. Das besondere bei Spanien war, dass sich vor der Krise von 2007 nicht der Staat, sondern die Unternehmen und Haushalte verschuldeten. (siehe Abbildung 4)

2.1.1.2.3 Die Blase platzt

Die britische Zeitung „The Guardian“ interviewte 2012 den emeritierten Universitätsprofessor der ESADE Business & Law School von Barcelona, Robert Tornabell. Dieser sagte treffend:

„All these bubbles were like fires lit by greed: you could buy a flat on the Mediterranean coast (or in a city) for 100.000€ and sell it the next day for 150.000€; by the end of the month it was worth 250.000€. And meanwhile, the flat, purchased off-plan, was still being built. The last buyer still believed that prices would never stop spiralling upward. All this began in 1998, and the bubble burst in 2007. Nine years of speculative madness.“⁸⁷

Mit dem Beginn der globalen Finanzkrise platzte auch die spanische Immobilienblase. In den letzten Jahren vor der Krise war kaum eine Nachfrage nach Immobilien vorhanden. Die meisten Bauten dienten nur noch als reine Spekulationsanlagen. So gibt es derzeit echte Geisterstädte⁸⁸, wie zum Beispiel Sesena in der Nähe Madrids oder fertig gestellte Siedlungen im Hinterland von Marbella, in denen kaum oder noch nie jemand gewohnt hat. Erschwerend kam der langsame Anstieg des EURIBOR⁸⁹ hinzu, welcher die Kreditrückzahlungen später erhöhte.⁹⁰ Des Weiteren begannen Wohnungspfändungen – zum Beispiel alleine 20.500 in Madrid im Jahr 2008. Die geringe Nachfrage und das erhöhte Angebot – viele SpanierInnen wollten ihr auf kreditbasiertes Eigenheim verkaufen – ließ die Preise ebenso wie in den USA rasant sinken. Die Folge davon: die Baubranche hatte keine Aufträge mehr zu verzeichnen und viele ArbeitnehmerInnen verloren ihre Arbeitsplätze. 2011 waren nur mehr 1,3 Millionen in der Baubranche angestellt und das Auftragsvolumen sank um fast 200 Mrd. Euro.⁹¹

2.1.2 Europäische Divergenzen – der Egoismus siegt

Zusätzlich zur den (wirtschafts)politischen Entwicklungen Spaniens trug auch die (Wirtschafts)politik der Währungsunion und einiger wirtschaftlich starker Staaten zur fehlgeschlagenen Entwicklung von Spanien bei.

Die Einführung des Euro als Bargeld wurde 2002 zelebriert und die Vorteile wurden klar dargestellt, kritische Stimmen sind jedoch ignoriert worden. Universitätsprofessor

⁸⁷ Charnock, et al. 2014, S. 83

⁸⁸ vgl. Zelik 2015, S. 60

⁸⁹ EURIBOR = Euro Interbank Offered Rate; Zinssatz für Termingelder im Euroraum, (vgl. Raiffeisen 2018)

⁹⁰ vgl. Ocón Galilea 2007, S. 17

⁹¹ vgl. Zelik 2015, S. 60f

Norbert Schuppan stellt die ökonomischen Vor- und Nachteile von Währungsräumen einander gegenüber:⁹²

- Ein größerer gemeinsamer Währungsraum wirkt sich auf die Stabilität des Wechselkurses aus, Wechselkursrisiken fallen komplett weg, ebenso wie währungsbedingte Transaktionskosten, wobei vor allem UnternehmerInnen profitieren (u.a. keine Transportkosten, kein Währungsumtausch, einfacherer Handel mit Waren und Dienstleistungen usw.)
- Gemeinsame Währungsräume bringen jedoch auch Nachteile und bergen gewisse Gefahren. Die Staaten geben ihre Geldpolitik (Steuerung der Zinsen und Geldmenge) an eine übergeordnete Zentralbank ab. Sie können bei divergierenden Entwicklungen mit der Geldpolitik nicht mehr gegensteuern. Des Weiteren fällt der Vorteil flexibler Wechselkurse weg. So kann ein Land bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Währung nicht mehr abwerten und ebenso wenig die Zinsen senken. Somit kann mit diesen nicht mehr vorhandenen Maßnahmen zum Beispiel die Exportnachfrage nicht gesteigert werden.

Der Universitätsprofessor Juan Torres López weist auf diese Problematik für Spanien hin. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, konnte mit der Einführung des Euro keine Abwertung mehr vorgenommen werden. Als alternative Maßnahme wurde daraufhin die Höhe der Lohnabschlüsse verringert. Spanien war zwischen 1995 und 2005 das einzige Land der OECD ohne Reallohnzuwachs.⁹³

So lange eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklung zwischen den Mitgliedsstaaten einer Währungsunion vorherrscht, überwiegen die Vorteile. Zum Problem wird es bei divergierenden Tendenzen.⁹⁴

Im europäischen Währungsraum herrscht eine stark heterogene Entwicklung zwischen den Staaten im Bereich Wirtschaft, Recht und Politik vor. Der Mangel an Koheränz ist nicht zu verleugnen und ein gravierendes Problem.⁹⁵ Dies ist jedoch in Europa kein neues

⁹² vgl. Schuppan 2013, S. 1ff

⁹³ vgl. Torres López 2009, S. 93

⁹⁴ vgl. Schuppan 2013, S. 1ff

⁹⁵ vgl. Kadelbach 2014, S. 12f

Phänomen. In den letzten 150 Jahren sind in Europa schon vier ähnliche Projekte gescheitert: Zum einen die Lateinische Münzunion mit den Mitgliedsstaaten Griechenland, Schweiz, Italien Frankreich und Belgien, welche von 1865 bis 1927 existierte, zum anderen die skandinavische Münzunion von 1872 bis 1931. In beiden Fällen divergierten die Volkswirtschaften, auch aufgrund von nationalen Interessen, so weit auseinander, dass die Projekte beendet werden mussten. Weitere Beispiele waren die Kronenzone nach dem Ende des Habsburgerreichs sowie die Rubelzone 1991 von 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion.⁹⁶

In der Europäischen Union wurde 1999 mit dem Köln-Prozess eine gemeinsame europäische Beschäftigungsstrategie vereinbart. Hierbei sollen sich zweimal pro Jahr die zuständigen Minister und Beamten im Rahmen eines makroökonomischen Dialogs zu Fragen Fiskal-, Geld sowie Lohnpolitik treffen, um eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu forcieren.⁹⁷ Diese Möglichkeit wurde jedoch bis 2017 nicht genutzt.

Divergierende Entwicklungen im Preis, Lohn oder Produktivität waren daher sehr wahrscheinlich.⁹⁸ Dies lässt sich sehr gut an folgenden Indikatoren der Eurostaaten erkennen.

2.1.2.1 Inflationsentwicklung der Eurostaaten

Das Inflationsziel der EZB liegt bei knapp zwei Prozent.⁹⁹ Während die Preisentwicklung Spaniens bis 2008 stärker stieg, lag Italien im selben Zeitraum nur knapp über dem Inflationsziel. Auch Deutschland verfehlte die Vorgabe. Hierbei jedoch stiegen die Preise nicht genug. Einzig Frankreich lag von 1999 bis 2013 nahe an den vorgegebenen 1,9 Prozent. (siehe Abbildung 5)

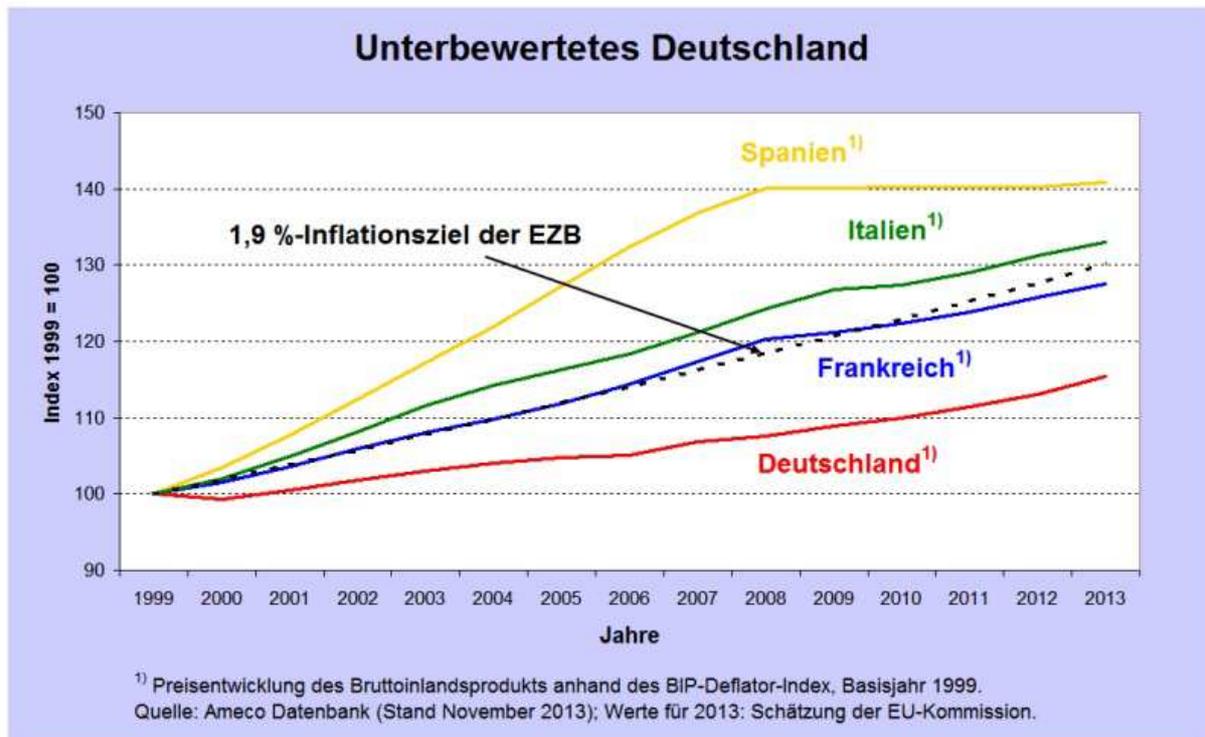
⁹⁶ vgl. Berthold et al. 2014, S.3ff

⁹⁷ vgl. Schweighofer 2002, S. 497

⁹⁸ vgl. Schefold 2014, S. 48f

⁹⁹ vgl. Europäische Zentralbank 2017

Abbildung 5: Preisentwicklung von Eurostaaten (1999-2013):



(Quelle: Flassbeck 2013)

Welche Ursachen trugen zu dieser Entwicklung bei? Dies beantwortet das folgende Kapitel.

2.1.2.2 Die Wettbewerbskrise – die Entwicklung der Leistungsbilanzen und Lohnstückkosten

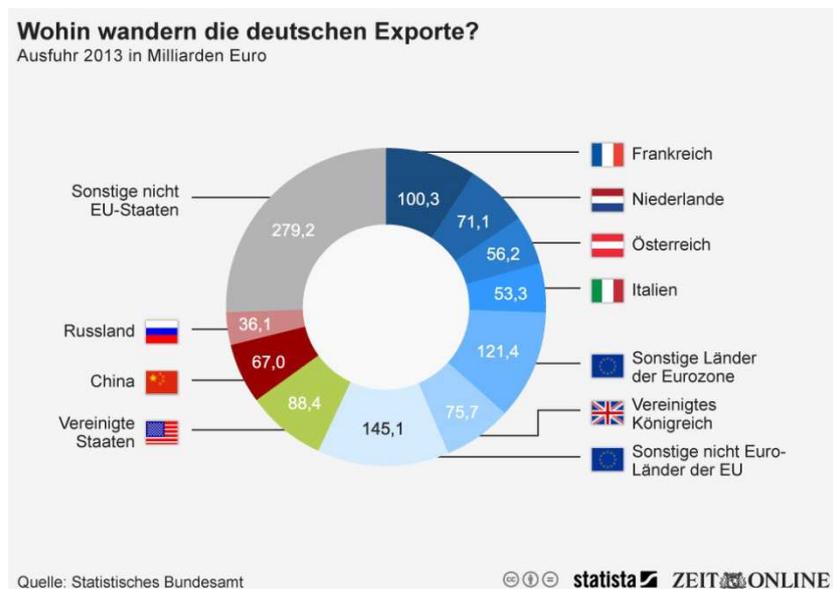
Ein weiteres Merkmal zur Veranschaulichung der unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung einzelner Staaten sind die Leistungsbilanzen. Wenn die gesamte Welt betrachtet wird, ergibt sich immer eine ausgeglichene Handels- und Leistungsbilanz. Die Überschüsse sind genau gleich groß wie die Defizite. Beide hängen somit zusammen und können nicht getrennt voneinander betrachtet werden.¹⁰⁰

Eine der Gefahren für Länder des Südens, wie Spanien sowie für den Euro, war und ist die Wirtschaftspolitik Deutschlands: Südeuropa kann mit Deutschland wirtschaftlich nicht mithalten: Während Deutschland laufend Exportüberschüsse erzielt, sind die Staaten

¹⁰⁰ vgl. Flassbeck 2015a, S. 34

Südeuropass gezwungen, mehr zu importieren. Die Folge ist eine stetige Schieflage der Handelsbilanzen. Daraus ergibt sich eine Aufnahme von Krediten, welche oft bei Deutschland nachgefragt werden.¹⁰¹ Alleine 2014 erreichte der Außenhandelsüberschuss von Deutschland mit 285 Mrd. US-Dollar (217 Mrd. Euro) einen neuen Rekordstand und festigte die weltweite Spitzenposition vor China mit 150 Mrd. US-Dollar sowie Saudi Arabien mit 100 Mrd. US-Dollar Außenhandelsüberschuss.¹⁰²

Abbildung 6: Exporte von Deutschland 2013 in Mrd. Euro:



(Quelle: Gieß 2014)

Deutschland exportierte den größten Teil seiner Güter und Dienstleistungen 2013 vor allem in Länder der EU, während China oder Russland keine führende Position einnehmen. Die Staaten Südeuropas, mit Ausnahme von Italien, befinden sich unter der Rubrik „Sonstige Länder der Eurozone“. (siehe Abbildung 6)

Um die Position als Exporteur zu festigen, betreibt Deutschland gezielt Lohndumping, damit die Arbeitskosten gesenkt und die eigene Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden können. Diese neue Art der Politik konnte erst mit der Einführung des Euro umgesetzt werden. Vorher wäre aufgrund der Exportüberschüsse, der D-Mark-Kurs im Vergleich zu

¹⁰¹ vgl. Herrmann 2015, S. 23ff

¹⁰² vgl. Flassbeck 2015b

anderen Währungen gestiegen und hätte den Vorteil der geringen Löhne wieder vernichtet.¹⁰³

Es wurde die langjährige Tendenz beendet, die Nominallöhne anhand der Inflationsrate und der Produktionsentwicklung zu steigern.¹⁰⁴ 2000 wurde vom damaligen Kanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010 implementiert: die Hartz-Gesetze lockerten die Beschränkungen der Leiharbeit und zwangen Arbeitslose, fast jede Stelle anzunehmen. Zusätzlich gab es keinen Mindestlohn, woraufhin der Niedriglohnsektor stark zunahm. So erscheint es kaum verwunderlich, dass zwischen 2000 und 2010 die Reallöhne der Deutschen um 4,2 Prozent fielen.¹⁰⁵ Dies führte zu folgender Entwicklung: Ab dem Jahr 2006 explodierten die Exporte, sogar gegenüber China konnte man bestehen, die anderen Industrieländer hingegen fielen zurück. So erhöhte sich allein in Deutschland der Anteil am Export am BIP von 30 auf mehr als 50 Prozent, während die Binnennachfrage stagnierte. Man war demnach vom Ausland abhängig.¹⁰⁶ Laut Deutschland sollten sich andere Staaten die Agenda 2010 als Vorbild nehmen. Südliche Staaten, wie Spanien, seien doch selbst schuld, wenn sie so hohe Löhne zahlten.¹⁰⁷

¹⁰³ vgl. Herrmann 2015, S. 24

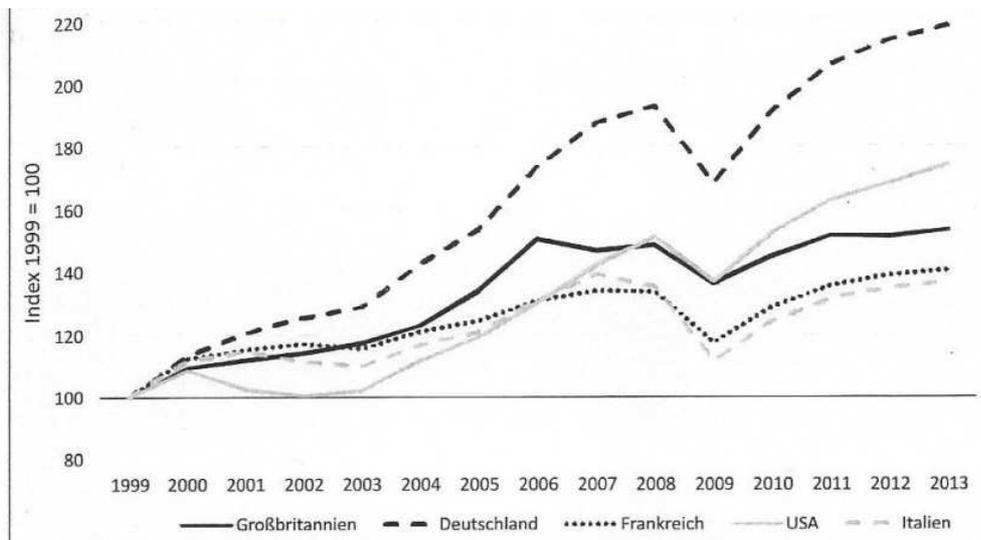
¹⁰⁴ vgl. Flassbeck 2015a, S. 37

¹⁰⁵ vgl. Herrmann 2015, S. 24

¹⁰⁶ vgl. Flassbeck 2015a, S. 39f

¹⁰⁷ vgl. Herrmann 2015, S. 24

Abbildung 7: Exportentwicklung ausgewählter Staaten 1999-2013:



1) Reale Exporte in nationaler Währung, Index 1999 = 100.
Quellen: Ameco Datenbank (Stand Mai 2013); Werte für 2013 Prognose der EU-Kommission.

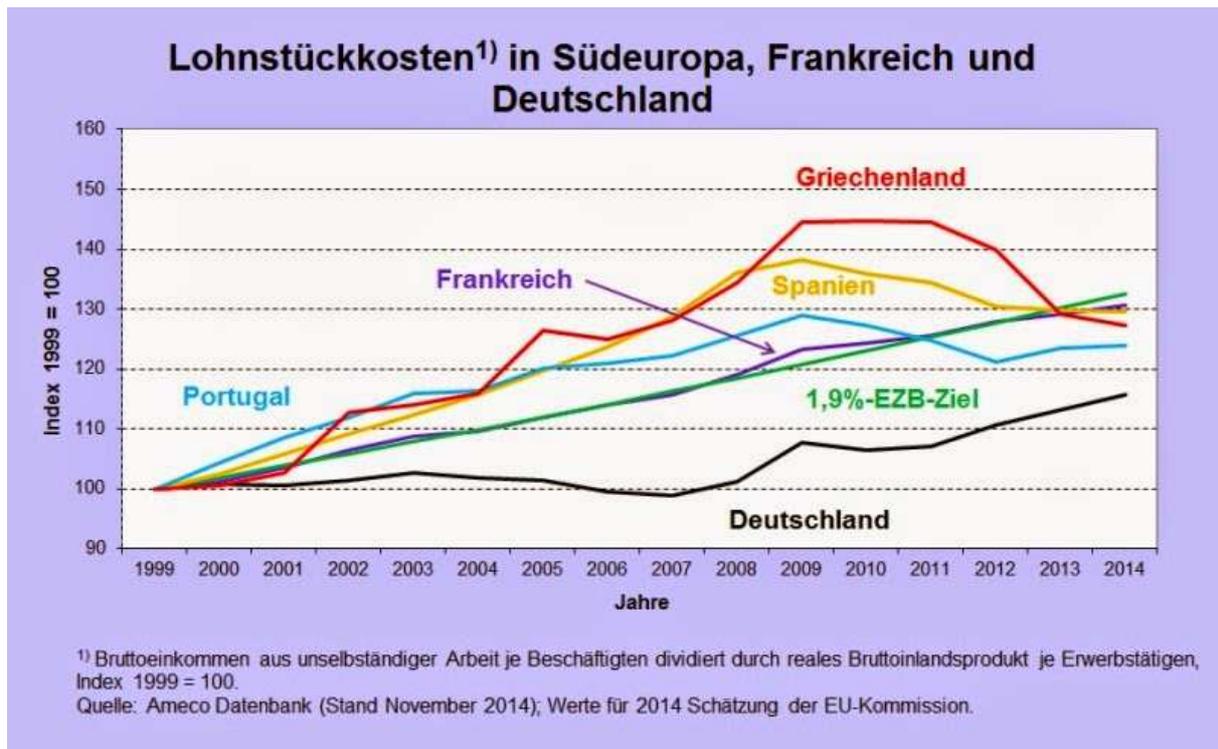
(Quelle: Flassbeck 2015a: S. 41)

Abbildung 7 zeigt die divergierenden Entwicklungen der Exportindustrie Deutschlands zu Staaten wie Frankreich, den USA, Großbritannien sowie Italien.

Um die Divergenz zwischen den südlichen Staaten von Europa und Deutschland zu analysieren, ist es ratsam, die Entwicklung der Lohnstückkosten¹⁰⁸ der jeweiligen Staaten zu betrachten.

¹⁰⁸ Lohnstückkosten sind ein Maß für Produktivität und errechnen sich folgendermaßen: Lohnkosten durch die produzierte Stückzahl. (vgl. o.A. Lohnstückkosten)

Abbildung 8: Lohnstückkosten ausgewählter europäischer Staaten (1999-2014):



(Quelle: Acemaxx-analytics 2015)

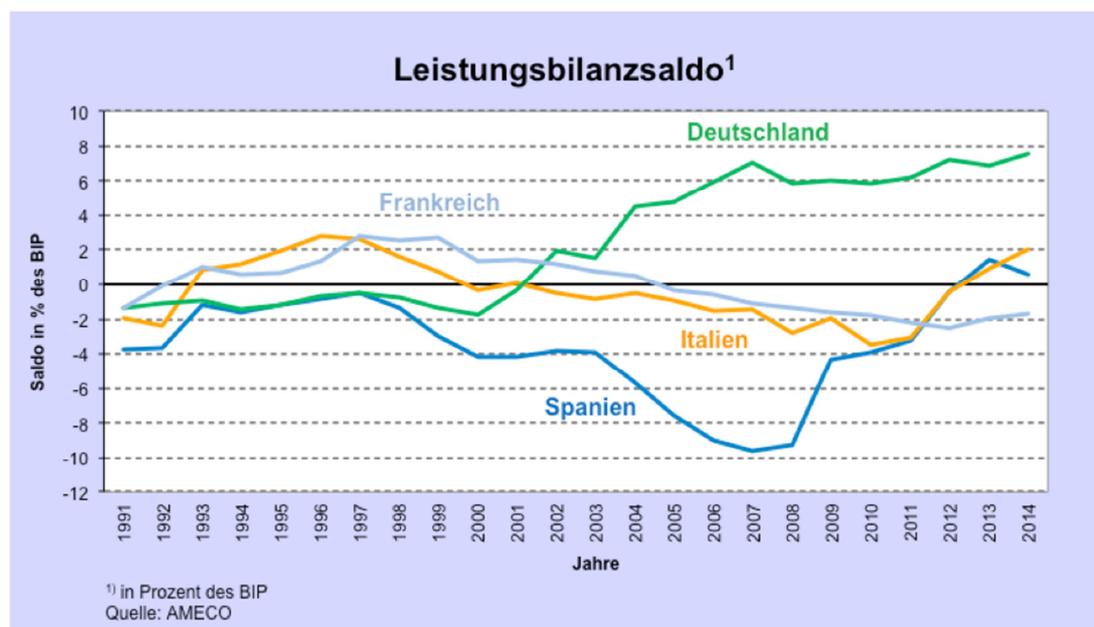
Tatsächlich stiegen die Lohnstückkosten in Spanien und Griechenland stark an, während sie in Deutschland sanken. Als einziges Land Europas verhielt sich Frankreich vorbildlich: die Reallöhne stiegen und ebenso die Produktivität seit 1999 um 16 Prozent. Das bedeutet, dass einzig Frankreich sich an die Regeln hielt, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedsstaaten vorzubeugen. Jedoch genau der Musterknabe ist aufgrund des Wettbewerbsdrucks von Deutschland gezwungen, ebenso die Löhne zu senken. Genau hier entsteht der Fehler, es erfolgt eine Lohnspirale nach unten. Die neoliberalen WirtschaftswissenschaftlerInnen fordern, bei einer nicht wettbewerbsfähigen Wirtschaft, eine Kostensenkung vorzunehmen. Ein Staat funktioniert hingegen nicht wie ein Unternehmen. Die deutsche Wirtschaftsjournalistin Hermann erklärt treffend, dass Europa danach nicht reicher, sondern verarmen wird. Die geringeren Löhne verringern die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die Unternehmen können ihre Produkte nicht mehr absetzen und die Investitionen gehen zurück. Dies wiederum führt zu einer

geringeren Nachfrage an Arbeitskräften. Die Abwärtsspirale beginnt und die Wirtschaft schrumpft stetig.¹⁰⁹

Die deutsche Regierung verweigert zuzugestehen, ein Verursacher der Krise zu sein. Erst mit der Kritik der amerikanischen Regierung 2013 an Deutschland wegen seiner Leistungsbilanzüberschüsse, begann in Deutschland eine leise Diskussion.¹¹⁰

Diese Entwicklung wirkt sich auch auf die Zahlungsbilanzen der europäischen Staaten aus.

Abbildung 9: Entwicklung der Leistungsbilanzen europäischer Staaten (1991-2014, in % des BIP):



(Quelle: Flassbeck, Steinhardt 2015)

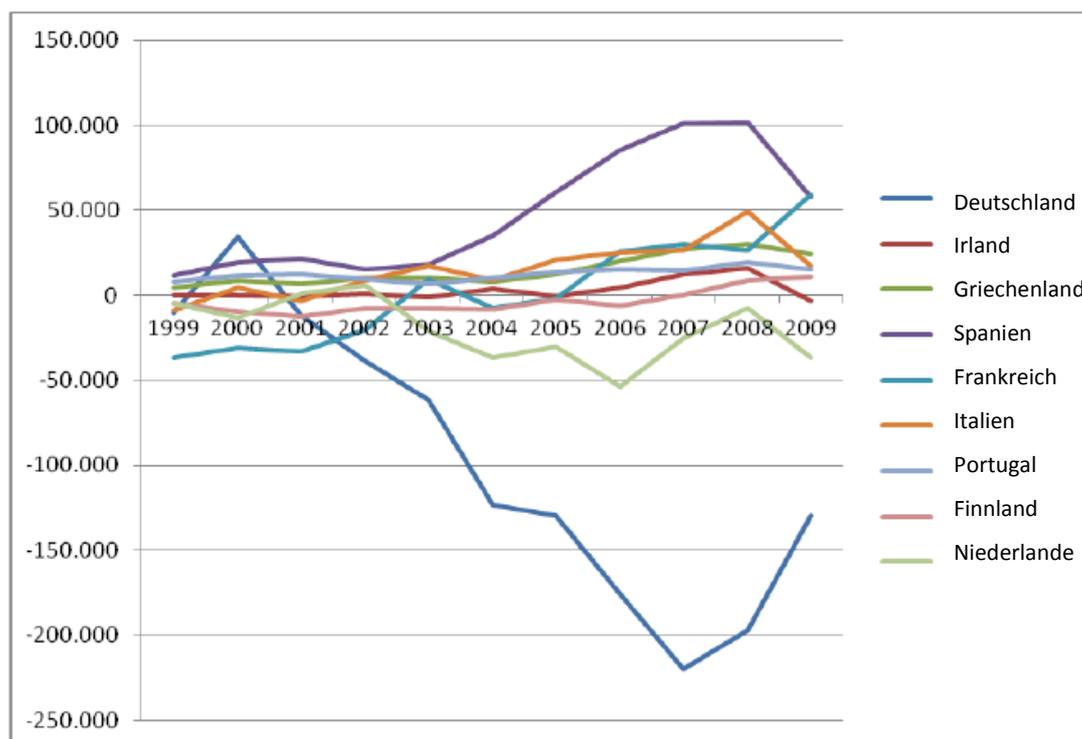
In Abbildung 9 lassen sich gut die unterschiedlichen Entwicklungen der Leistungsbilanzen von Spanien und Deutschland erkennen. Steigerte Deutschland bis zum Beginn der Krise 2007 seinen Leistungsbilanzüberschuss stetig, hatte Spanien hingegen ein laufendes Minus zu verzeichnen.

¹⁰⁹ vgl. Herrmann 2015, S. 24f

¹¹⁰ vgl. Flassbeck 2015a, S. 33

Bei der Kapitalverkehrsbilanz ergibt sich ein völlig anderes Bild. Spanien verfügte von 2003 bis 2007 über eine positive Kapitalverkehrsbilanz, Deutschland ein stark negative. (siehe Abbildung 10) Es hat den Anschein, als ob Deutschland in Spanien kräftig investierte, was sich als richtig herausstellte.¹¹¹

Abbildung 10: Entwicklung der Kapitalverkehrsbilanzen europäischer Staaten 1999-2009 (in Mio. Euro):



(Quelle: Iturricastillo Plazaola, Tejedor Nuñez 2012: S. 14; eigene Übersetzung)

Spaniens Position der internationalen Arbeitsteilung verschlechterte sich mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft 1986: der Fokus lag auf arbeitsintensiver Industrieproduktion mit geringem Technologiebedarf sowie auf der Tourismus- und Immobilienbranche.¹¹²

Die Strukturentwicklungspolitik der EU förderte Spanien und andere Länder des europäischen Südens im Agrar- und Dienstleistungssektor, nicht jedoch beim Aufbau oder

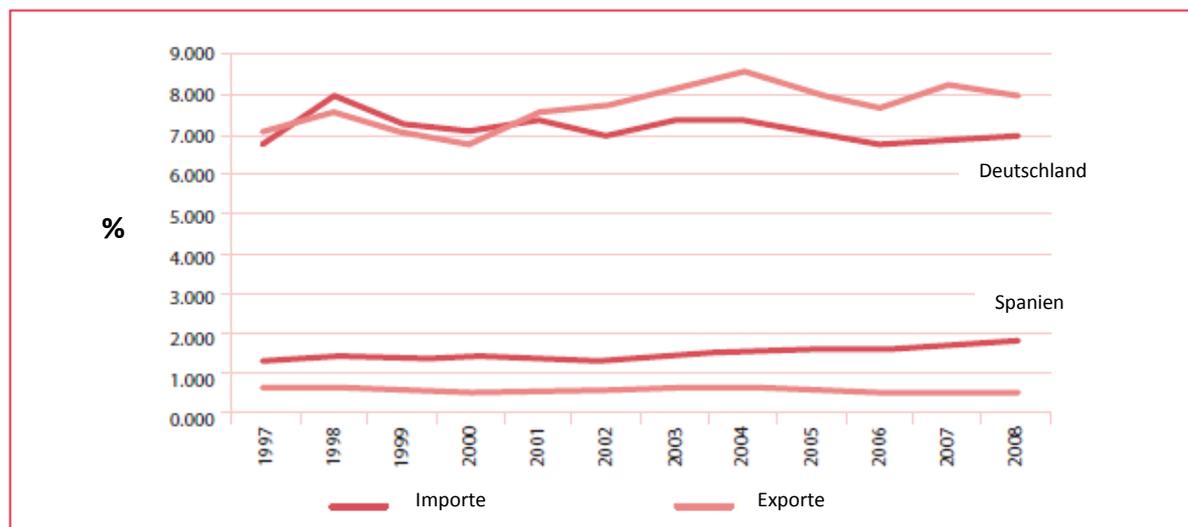
¹¹¹ vgl. Herrmann 2015, S. 27

¹¹² vgl. Zelik 2015, S. 65f

der Modernisierung der einheimischen Industrien – ersichtlich in Abbildung 11 anhand des Beispiels von Hochtechnologiegütern. Die oberen zwei Linien entsprechen dem weltweiten Marktanteil Deutschlands bei Importen sowie Exporten von Hochtechnologiegütern, die unteren beiden Linien stellen den Marktanteil Spaniens dar. Während Spaniens weltweiter Marktanteil bei den Importen 2008 bei ca. zwei Prozent lag, betrug dieser bei Deutschland über sieben Prozent. Der Wert war demnach fast viermal höher. Das erscheint kaum zu verwundern, da Deutschland eine bedeutend größere Volkswirtschaft ist. Ein gravierender Unterschied lässt sich jedoch bei den Exporten erkennen: Der weltweite Marktanteil an den Exporten von Hochtechnologiegütern lag 2008 bei Spanien bei 0,5 Prozent, bei Deutschland bei acht Prozent und war folglich 16 Mal höher.¹¹³

In Spanien erfolgte eine Deindustrialisierung und ein Boom des tertiären Sektors, welcher einen Spekulationsboom und eine aufgeblähte Konsumnachfrage mit sich führte.¹¹⁴

Abbildung 11: Weltweiter Marktanteil an Export bzw. Import von Hochtechnologiegütern am Beispiel von Spanien und Deutschland von 1997 bis 2008 in Prozent:



(Quelle: Ruesga Benito 2013: S. 84; eigene Übersetzung)

¹¹³ vgl. Ruesga Benito 2013, S. 84

¹¹⁴ vgl. Zelik 2015, S. 65f

Was wäre die Lösung aus dem Dilemma? Einerseits könnten die südeuropäischen Staaten, wie Spanien, die Lohnstückkosten senken, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, mit all den fatalen Folgen, welche in diesem Kapitel beschrieben wurden. Andererseits könnte Deutschland die Exportquote verringern, indem sie ihre Löhne erhöhen. Diese müssten jährlich um fünf Prozent steigen, um die geöffnete Wettbewerbsverzerrung wieder zu schließen.¹¹⁵ Viele Deutsche stehen diesen Maßnahmen skeptisch gegenüber, vor allem aus der berechtigten Sorge um den Arbeitsplatz in der Exportindustrie. Jedoch würde dadurch die Binnennachfrage gestärkt werden und so neue Arbeitsplätze entstehen.¹¹⁶ Diese Entwicklung wäre nachhaltig, da man selbst für die Nachfrage sorgen kann und nicht vom Export in andere Länder abhängig ist.¹¹⁷

Die Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann verweist auch auf eine Managementkrise in der Europäischen Union. Es werden zur Bewältigung der Krise falsche Rezepte angewandt. Rigorose Sparvorgaben in allen Bereichen, nach Ideen der deutschen Regierung, haben noch nie die Probleme von Staaten gelöst, sondern nur verschlimmert. Durch das Sparen von Staaten erhöhen sich die Budgetdefizite aufgrund der abfallenden Nachfrage und der dadurch fehlenden Steuereinnahmen und zusätzlichen Sozialausgaben. Auch hier wird die Betriebswirtschaft mit der Volkswirtschaft verwechselt. Was für ein Unternehmen gilt, muss nicht für den Staat gelten. Diese Art der Politik ist demnach gescheitert und darüber hinaus auch sehr gefährlich: bei zu langen Krisen können Demokratien zusammenbrechen: Während Deutschland Exportüberschüsse erzielt, importieren die südeuropäischen Staaten diese Produkte und Dienstleistungen. Dies funktioniert jedoch nur bei Aufnahme von Krediten, welche oft bei Deutschland getätigt werden.¹¹⁸ Die konservative spanische Regierung unter Mariano Rajoy beschloss ein 150 Milliarden schweres Sparpaket (15 Prozent des jährlichen BIPs) mit all seinen negativen Folgen für die Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung.¹¹⁹ (siehe Kapitel 4.2)

¹¹⁵ vgl. Flassbeck 2015a, S. 35

¹¹⁶ vgl. Herrmann 2015, S. 25f

¹¹⁷ vgl. Flassbeck 2015a, S. 45f

¹¹⁸ vgl. Herrmann 2015, S. 27

¹¹⁹ vgl. Charnock et al. 2014, S. 2

Von der Mitverantwortung Deutschlands und der EU wird jedoch kaum gesprochen, nur die positiven Entwicklungen werden dargestellt. Die deutsche Industrie erzielte mit ihren Exporten nach Südeuropa riesige Gewinne und der Staat sparte zwischen 2009 und 2014 aufgrund des niedrigen Zinses von deutschen Staatsanleihen (die Investoren befürchteten die Zahlungsunfähigkeit Südeuropas und suchten nach sicheren Anlagemöglichkeiten) noch 100 Milliarden Euro.¹²⁰ Demnach hat die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung auch Auswirkungen auf den Zins der Euro-Mitgliedsstaaten.

2.1.2.3 Der einheitliche Zins als Problem

Vor der Einführung des Euros als gemeinsame Währung mussten die wirtschaftlich schwächeren Randstaaten, wie Griechenland oder Spanien, sehr hohe Risikoaufschläge für seine Staatsanleihen bezahlen. Mit der Gründung des Euroraumes sanken die Kreditkosten rapide.¹²¹ Fast für zehn Jahre ergab sich dadurch vor allem für die Länder Südeuropas eine sehr billige Kreditfinanzierung.¹²² Die Investoren waren der Meinung, dass bei gleicher Währung auch die Kredite eine ähnliche Bonität hätten.¹²³ Auch war der Glaube vorhanden, dass sich die Staaten bei Überschuldung gegenseitig unterstützen, obwohl der Vertrag von Maastricht eine No-bailout-Klausel beinhaltet.¹²⁴ Somit sanken die Zinsen. Die Zinsen in Spanien fielen von 14 Prozent während der Zeit der Peseta als Währung auf vier Prozent mit der Einführung des Euros.¹²⁵ Aufgrund des billigen Geldes kam es zu einer Kreditblase, die jedoch nicht erkannt wurde, da die Arbeitslosigkeit sank, die Löhne stiegen und die Nachfrage nach Krediten erhöhte sich. Dies war vor allem auf den Bauboom in Spanien zurückzuführen. So schrieb die Deutsche Bank, dass Spanien Deutschland bis 2020 wirtschaftlich überholen würde. Die Immobilienkredite expandierten jährlich um 20 Prozent. Dies wurde von der EZB und den nationalen Notenbanken und der Deutschen Bundesbank geduldet. In Spanien fiel die stetige

¹²⁰ vgl. Zelik 2015, S. 65f

¹²¹ vgl. Herrmann 2015, S. 19

¹²² vgl. Kadelbach 2014, S. 10

¹²³ vgl. Herrmann 2015, S. 19f

¹²⁴ vgl. Schefold 2014, S. 51

¹²⁵ vgl. Charnock et al. 2014, S. 83

Verschuldung kaum auf, da es nicht der Staat selbst war, sondern die privaten Haushalte und Banken, die sich verschuldeten.¹²⁶

2.1.2.4 Die Freiheit des Kapitals - Spekulationen auf Staatsanleihen

Die unterschiedlichen Entwicklungen in der Eurozone fördern auch Unsicherheit bei den Anlegern: Es gibt zwar einerseits eine gemeinsame Währung, andererseits emittiert jedes Land seine eigenen Staatsanleihen. In Folge der Krise in Griechenland befürchteten Anleger auch ein Überschwappen auf Italien. Demnach wurden rasch italienische Staatsanleihen verkauft und deutsche Papiere gekauft. Die neuen hohen Zinsen ließen in Italien die Wirtschaft erst recht schrumpfen. Die EZB weigerte sich zusätzlich lange Zeit Staatsanleihen ihrer eigenen Mitglieder zu erwerben.¹²⁷ Deutschland war der Nutznießer: kurzfristig wurden ca. 750 Milliarden Euro in Deutschland investiert.¹²⁸ In den südeuropäischen Krisenstaaten erhöhten sich die Zinsen auf Staatsanleihen. Dies wurde auch von Spekulanten ausgenutzt. Es ging sogar so weit, dass Investoren mittels Kreditausfallsversicherungen (CDS = Credit Default Swaps) auf einen Staatsbankrott Griechenlands spekulierten.¹²⁹

2.1.3 Strukturelle Ursachen – Wandel der Wirtschaftsideologie

Eine der bedeutendsten Ursachen von Krisen in den letzten Jahrzehnten ist die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen. Nach Jahren des wirtschaftlichen Wachstums in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, erfolgte ab den 70er Jahren der Beginn der Unausgewogenheit zwischen Kapital und Arbeit.¹³⁰

Gerade in der langen Phase des Wachstums während der Nachkriegszeit verbesserten die ArbeitnehmerInnen ihre Positionen, vor allem in der Verteilung des Einkommens. Es kam

¹²⁶ vgl. Herrmann 2015, S. 20

¹²⁷ vgl. Herrmann 2015, S. 21ff

¹²⁸ vgl. Herrmann 2015, S. 28

¹²⁹ vgl. Von Petersdorff 2010

¹³⁰ vgl. Torres López 2009, S. 84

daher zur Bildung und Stärkung von Gewerkschaften, linker Parteien, von Frauen- und Umweltbewegungen und zivilen Rechten.¹³¹ Dies führte zu stetigen Lohnsteigerungen, jedoch auch zum Fall der Gewinnquote der UnternehmerInnen. Bald konnte die Steigerung der Nominallöhne nicht mit zunehmender Produktivität ausgeglichen werden, daher begannen die Inflationsraten markant zu steigen.¹³² „Die goldenen Jahre“ wurden auch mit der zunehmenden Überproduktion Ende der 1960er Jahre gestoppt, die die Gewinnquoten ebenso sinken ließen. Daher suchten große Unternehmen neue, gewinnbringendere Investitionsmöglichkeiten.¹³³ Auch erschienen neue soziale, politische und alternative linke Bewegungen: so wurde zum Beispiel 1970 Salvador Allende Präsident von Chile und implementierte einen demokratischen Sozialismus. Dies wurde als Bedrohung der USA betrachtet, welche ihre eigenen Schlüsse zogen und entsprechende Antworten bereitstellten. Südamerika galt in den 70er Jahren als Experimentierfeld für den Neoliberalismus. So wurden gezielt Diktatoren unterstützt oder sogar, wie Pinochet in Chile, an die Macht gehievt, um die neue Wirtschaftsideologie durchzusetzen.¹³⁴ Der Staatstreich war von den USA aus mitorganisiert worden. Das Militärregime bekam starke Unterstützung. So wurden Chilenen in der Chicago School als neoliberale Experten ausgebildet, um im eigenen Land dann Strukturanpassungsprogramme durchzuführen.¹³⁵ Diese Wirtschaftsideologie wurde von Margaret Thatcher und Ronald Reagan in den 80er Jahren extrem forciert.¹³⁶

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs konnte der Neoliberalismus weiter expandieren.¹³⁷ Der, von den USA ausgehende, Washington Consensus zwang nun vor allem Staaten der globalen Peripherie sich dem Weltmarkt zu öffnen.¹³⁸

¹³¹ vgl. Navarro et al. 2011, S. 31

¹³² vgl. Torres López 2009, S. 84

¹³³ vgl. Navarro et al. 2011, S. 28

¹³⁴ vgl. Torres López 2009, S. 85

¹³⁵ vgl. Iglesias Turrón 2015, S. 129

¹³⁶ vgl. Torres López 2009, S. 85

¹³⁷ vgl. Iglesias Turrón 2015, S. 129

¹³⁸ Der Washington Consensus von 1989 war eine Reihe von beschlossenen neoliberalen Maßnahmen, die der Entwicklung ärmerer Staaten dienen sollten: kein Budgetdefizit, geringe Inflationsrate, Senkung des Höchststeuersatzes, Liberalisierung des Finanzmarktes, freier Kapitalverkehr, Exportorientierung, Reduzierung der Zölle, Privatisierung staatlicher Betriebe, Deregulierung der Wirtschaft, Gewährung der Eigentumsrechte, usw. Für Stieglitz ist der Washington Consensus ein neoliberales Manifest. Des Weiteren kritisiert er das Fehlen von nachhaltiger und demokratischer Entwicklung sowie von Wachstum. (vgl. Williamson 2004)

All dies führte zu einer Reihe von Reformen in der Arbeitswelt, im Finanzmarkt und in der Realwirtschaft: die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Finanzwirtschaft sowie zahlreiche Privatisierungen im öffentlichen Sektor. Diese Maßnahmen bewirkten das einfache Zirkulieren von Kapital aufgrund des Wegfalls von Kapitalverkehrskontrollen, den Abbau von Standards von ArbeitnehmerInnen sowie eine schwächere Rolle des Staates. Der Fokus vieler Staaten rein auf Inflationsbekämpfung und die Vernachlässigung anderer Wirtschaftsindikatoren dämpfte das Wirtschaftswachstum und erhöhte somit die Zahl der Arbeitslosen, was wiederum die Position der ArbeitnehmerInnen zusätzlich schwächte. Das Ziel der neoliberalen WirtschaftswissenschaftlerInnen wurde erreicht: die Erhöhung der Gewinnquote auf Kosten der Lohnquote und Kapitalfreiheit für leichtere Anlageformen und Investitionen des zunehmenden Kapitals. Die Ungleichheiten in der Gesellschaft nahmen zu, während die sozialen Rechte und die Sozialsysteme erodierten. Aufgrund dieser Entwicklungen und der abnehmenden Nachfrage wegen Reallohnverlusten, verringerten sich auch die Gewinne in der Realwirtschaft (Produktions- und Dienstleistungsbranchen), was wiederum die Möglichkeiten der Ausweitung des Marktes reduzierte. Daraus ergeben sich verringerte Investitionen in die Realwirtschaft und eine Erhöhung der Sparquote.¹³⁹ Es war – und ist – viel attraktiver, das vorhandene Kapital in die wachsende Finanzwirtschaft zu investieren, auch weil man mit den neuen Informationstechnologien, ohne zusätzliche große Kosten, schnell und einfach sein Geld um den Globus bewegen kann. Banken verlagerten ihr Hauptgeschäft weg von der Kreditvergabe, hin zu Investmentgeschäften. Außerdem wurden neue Anlageformen entwickelt, welche zusätzliche Erträge versprachen, jedoch auch ein wachsendes Risiko mit sich trugen.¹⁴⁰ Dies war jedoch nur mit neuen Gesetzen zu bewerkstelligen. Die Finanzindustrie erreichte Gesetzesänderungen, die zum Beispiel die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen bewirkten oder andere Reformen, um das Kapital einfach und ohne große Kontrolle in jeglicher Art und Weise zirkulieren zu lassen.¹⁴¹ Auch aufgrund der Möglichkeiten, neue Finanztitel legal zu schaffen und damit den Gewinn zu steigern, fokussierten sich die Geschäfte der Banken weg von der Finanzierung der Realwirtschaft hin zum Management von Investmentfonds. Somit wurden Banken zum

¹³⁹ vgl. Torres López 2009, S. 86

¹⁴⁰ vgl. Pérez Yruela 2012, S. 5

¹⁴¹ vgl. Navarro et al. 2011, S. 29

Hauptverursacher von Spekulationen, Immobilienblasen sowie von Geldanlagen in Steuerparadiesen.¹⁴²

Seit den 80er Jahren erfolgt ein Prozess der Deregulierung der Finanzmärkte. Neue Finanzprodukte wurden kreiert, um für das vorhandene Kapital neue Ertragsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten zu gewährleisten und die Risiken zu deckeln. So war es nun für die Emittenten von Finanzprodukten möglich, das Risiko auf andere Investoren zu übertragen, welche diese komplexen Finanztitel kauften.¹⁴³ Auch warb und wirbt man mit der kapitalgedeckten Altersversorgung. Dieses Geld der Pensionsfonds fließt zum Großteil wieder in den Finanzsektor¹⁴⁴, aber auch zum Beispiel in Immobilien.¹⁴⁵ Somit wurden auch die Bürger in dieses System integriert und abhängig gemacht.¹⁴⁶ Anhand der politischen Maßnahmen entstanden sogenannte Steueroasen, in welchen ohne Kontrolle Geschäfte getätigt werden können oder das Geld vorm Finanzamt versteckt werden kann. Nach Schätzungen nutzten dies spanische Banken und Sparkassen sowie ca. 80 Prozent der großen Unternehmen des Landes.¹⁴⁷

Alleine von 1970 bis 2006 erhöhten sich die Gewinne der Finanzindustrie in den USA vom Indexwert 100 auf 3000, während das BIP nur 1200 und die Unternehmen in der Realwirtschaft einen Wert von 1900 erreicht hatten.¹⁴⁸

Schulmeister nennt diese Zeit, in der wir uns seit den 1970er Jahren befinden, treffend das Zeitalter des Finanzkapitalismus, während in den ersten Nachkriegsjahrzehnten der Realkapitalismus dominierte:¹⁴⁹

„Im Realkapitalismus werden die Anreize in systematischer Weise so gesetzt, dass sich das unternehmerische Gewinnstreben (nur) in der Realwirtschaft entfalten kann, das damit verbundenen hohe Wirtschaftswachstum ermöglicht anhaltende Vollbeschäftigung, einen

¹⁴² vgl. Navarro et al. 2011, S. 30

¹⁴³ vgl. Lopez Prol 2013, S. 94

¹⁴⁴ vgl. Schefold 2014, S. 37

¹⁴⁵ vgl. Lammer 2015

¹⁴⁶ vgl. Schefold 2014, S. 37

¹⁴⁷ vgl. Navarro et al. 2011, S. 29

¹⁴⁸ vgl. Torres López 2009, S. 87

¹⁴⁹ vgl. Schulmeister 2002, S. 1

Ausbau des Sozialstaats und eine Rückführung der Staatsverschuldung (dieses „Regime“ charakterisierte die erste Hälfte der Nachkriegszeit).¹⁵⁰

Mit dem immer stärker werdenden Finanzkapitalismus hingegen änderte sich der Fokus, Gewinne zu erzielen, auf die Finanzveranlagungen und Finanzspekulationen. Dies bewirkte jedoch eine Schwächung des Wachstums der Realwirtschaft, welche, nach Schulmeister, die bedeutendste Ursache für die zunehmende Arbeitslosigkeit, die ungleiche Einkommensverteilung sowie eine gravierende Schwächung des Sozialstaats darstellt.¹⁵¹

Die Weltwirtschaft hat sich in eine Rentierökonomie gewandelt. Es profitieren diejenigen, die aus Vermögen weiteres Vermögen kreieren – sei es mit Immobilien, Aktien oder anderen Finanzprodukten – während UnternehmerInnen der Realwirtschaft für ihre unternehmerischen Leistungen im Verhältnis kaum honoriert werden. Das Wirtschaftssystem zerstört sich selbst, wenn die Finanzmärkte nicht reguliert werden. - Siehe andere Krisen der Finanzwirtschaft, wie zum Beispiel in Großbritannien im 19. Jahrhundert oder die Weltwirtschaftskrise von 1929.¹⁵²

Robert Reich, US-Arbeitsminister unter dem ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton, zeigte das zunehmende Ungleichgewicht treffend: besaß 1976 das reichste ein Prozent neun Prozent des Reichtums, so änderte sich der Prozentsatz nach über 30 Jahren neoliberaler Politik auf 20 Prozent. Reich verweist, dass dies der Wert von 1928 war, also genau vor der Großen Depression von 1929!¹⁵³

Zusätzlich ist die Finanzindustrie aufgrund der Deregulierung der Finanzmärkte sehr instabil.¹⁵⁴ Je höher die mögliche Rentabilität, desto größer das Risiko. Die Spekulationen am Finanzmarkt verstärken die Gefahr von Krisen, da diese Geschäfte höchst spekulativ sind. Dies erklärt auch, dass die Krise von 2008 in den Jahren der Spekulationswut

¹⁵⁰ Schulmeister 2002, S. 1

¹⁵¹ vgl. Schulmeister 2002, S. 1f

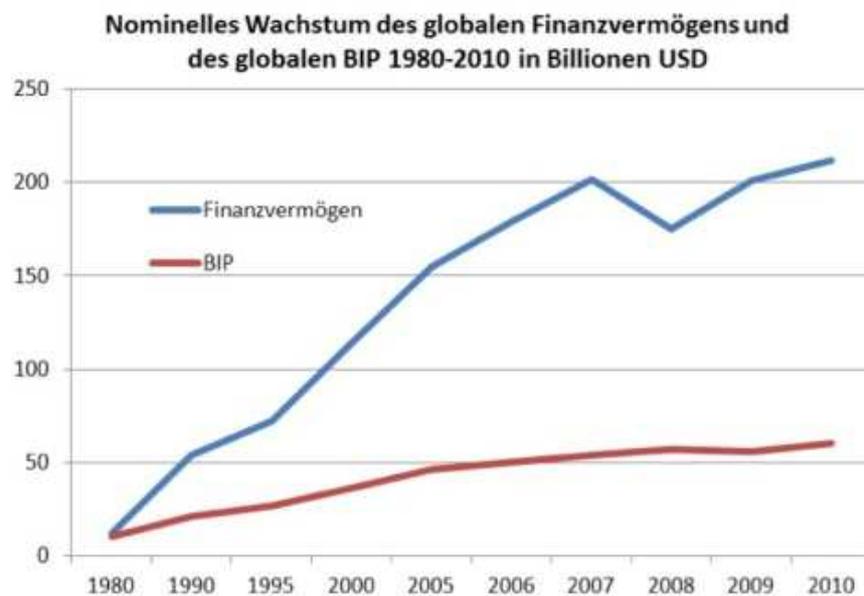
¹⁵² vgl. Gepp 2015, S. 68ff

¹⁵³ vgl. Navarro et al. 2011, S. 33

¹⁵⁴ vgl. Torres López 2009, S. 88

entstand.¹⁵⁵ Diese Unsicherheiten können sich wiederum auf die Realwirtschaft auswirken: Während man laut Universitätsprofessor Caprio und Weltbankmitarbeiterin Klingebiel weltweit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre höchsten vier bis fünf Finanzkrisen verzeichnete, so änderte sich die Situation mit Beginn des Zeitalters des Neoliberalismus gewaltig. Alleine von 1970 bis 2003 wurden 117 Krisen in 93 Staaten gezählt sowie 113 Fälle von Stress am Finanzmarkt in 17 Staaten. Diese Zahlen machen die zunehmenden Finanzströme von, laut Universitätsprofessor Torres López, fiktivem Kapital sichtbar, welche die Hauptverursacher der systemischen Instabilität des derzeitigen Kapitalismus darstellen.¹⁵⁶

Abbildung 12: Wachstum des globalen Finanzvermögens 1980-2010:



(Quelle: Heiss 2014)

Die extensive Entwicklung des Finanzvermögens seit den Liberalisierungen in den 1980er Jahren ist in der Abbildung 12 sehr gut erkennbar: Das weltweite Finanzvermögen ist viermal so schnell gewachsen wie das globale BIP. Ebenso zeigt die Grafik die Instabilität des Finanzmarktes auf: während das BIP stetig gering wächst, lässt sich eine große Zunahme des weltweiten Finanzvermögens bis 2007 und danach ein starker Einbruch

¹⁵⁵ vgl. Navarro et al. 2011, S. 29

¹⁵⁶ vgl. Torres López 2009, S. 88

aufgrund der Finanzkrise feststellen.¹⁵⁷ Noch massiver zeigt der Geldtheoretiker Steffen Henke die Diskrepanz zwischen der Finanz- und Realwirtschaft: laut Henke (Stand 2011) werden täglich Finanztransaktionen im Wert von 4.000 Milliarden US-Dollar getätigt, jedoch nur 50 Milliarden US-Dollar benötigt, damit der Austausch von Waren und Dienstleistungen funktioniert, dies sind 1,25 Prozent der Summe aller Finanztransaktionen. Somit können die Preise der Realwirtschaft immens beeinflusst werden.¹⁵⁸

Während der letzten 30 Jahre erfolgte demnach ein großer Umbruch in der Wirtschaftspolitik. Nach Universitätsprofessor Noam Chomsky gab es zwar weiter ein Wachstum, jedoch meist in der Finanzindustrie. Folglich verlagerte sich der Reichtum auf das oberste ein Prozent, das Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung hingegen stagnierte oder es kam zu Reallohnverlusten. Des Weiteren verlagerte sich mit der zunehmenden Konzentration von Vermögen auch der Machteinfluss weg von den ArbeitnehmerInnen hin zu Vermögenden und Großkonzernen, welche den Konsum und die Ressourcen steuern und verwalten.¹⁵⁹

Der Geograph David Harvey erkennt im derzeitigen System ein systemisches Risiko, welches sich in Widersprüchen von Kapitalakkumulationen aufgrund der Liberalisierung der Finanzwirtschaft widerspiegelt. Mit der Möglichkeit, ohne größere Hürden Investitionen zu tätigen und rasch wieder abziehen, werden Blasen bzw. Krisen erzeugt und eben auch verlagert. So begann die derzeitige Weltwirtschaftskrise in den Südstaaten der USA als Immobilienkrise, verbreitete sich jedoch rasch. Als Folge kollabierte unter anderem das Bankensystem in Island und löste die aktuelle Krise in Spanien aus.¹⁶⁰

Nach dem Wirtschaftswissenschaftler Schefold vergrößern sich Finanzkrisen aufgrund der Schuldenstruktur des Bankensystems. Banken sind miteinander vernetzt, sie leihen sich gegenseitig Geld und verfügen über diverse Staatsschuldenpapiere. Banken mit großen

¹⁵⁷ vgl. Heiss 2014

¹⁵⁸ vgl. Henke 2014

¹⁵⁹ vgl. Chomsky 2011, S. 10

¹⁶⁰ vgl. Iglesias Turrón 2015, S. 122

Bankbilanzen gelten als systemrelevant und werden im Falle einer Krise von den Staaten gerettet, obwohl ein Konkurs wegen verfehlter Politik gerechtfertigt wäre.¹⁶¹

2.1.4 Die Subprime-Krise in den USA – ein Auslöser der Krise in Spanien

Als Folge der beschriebenen Politik sanken in Europa und den USA die Löhne. In den 1990er Jahren führte dies in den USA zu einem gravierenden Problem: die Nachfrage in der Realwirtschaft brach ein. Um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, wurden die Zinsen gesenkt. Des Weiteren gab es für Banken diverse Anreize, um Hypothekendarlehen einfacher zu vergeben. Dies führte zu einem wachsenden Immobilienmarkt: Menschen verschuldeten sich für ihr erstes oder zweites Haus, was wiederum die Nachfrage ankurbelte und die Preise für Immobilien steigen ließ.¹⁶² Dies war in den USA jedoch kein neues Phänomen. Alleine zwischen 1998 und 2006 hatte die afroamerikanische Bevölkerung wegen Subprime-Hypotheken einen Verlust von 70 Milliarden Dollar zu verzeichnen und war schon vor Ausbruch der Krise 2007 Opfer von Zwangsräumungen.¹⁶³

Zur selben Zeit gab es seit 1995 eine hohe Zahl an Firmenneugründen (Start-Ups) im Informationstechnologiesektor zu verzeichnen. Dies führte zu einer starken Nachfrage nach den Aktien dieser Unternehmen. Die Folge waren exorbitante Kurssteigerungen, da viele AnlegerInnen von diesem Boom profitieren wollten. Da die Unternehmen in der Informationstechnologie, abgesehen von ihrer Internetpräsenz, kaum einen Wert hatten, erfolgte bald ein Absturz. Die so genannte Dotcom-Blase platzte und viele Unternehmen gingen in Insolvenz.¹⁶⁴

Um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, senkte die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve 2002 und 2003 den Leitzins auf ein historisches Tief von ein Prozent. Da viele US-Amerikaner dem Aktienmarkt nun skeptisch gegenüberstanden, verlagerten sich

¹⁶¹ vgl. Schefold 2014, S. 32

¹⁶² vgl. Navarro et al. 2011, S. 21

¹⁶³ vgl. Iglesias Turrón 2015, S. 131

¹⁶⁴ vgl. o.A.: Dotcom-Blase

die Investitionen noch zusätzlich in den Immobilienmarkt. Der Bauboom verursachte einen raschen Anstieg der Immobilienpreise. Alleine von 1997 bis 2007 stiegen die realen Hauspreise um 85 Prozent. Investmentbanken kauften Kredite von Kleinbanken und bündelten sie. So entstanden neue Anlageformen, wie verbriefte Hypothekarkredite - Mortgage Backed Securities (MBS). Diese bündelte man zu Fonds, welche den Kunden weiterverkauft wurden.¹⁶⁵

Wegen der Gier, immer mehr zu verdienen, boten Banken Kredite für kaum kreditwürdige Personen an. Diese wurden Subprime-Hypotheke genannt, welche ein hohes Risiko der Zahlungsunfähigkeit in sich bargen, jedoch auch profitabler waren. Diese Kredite wurden gebündelt und als neue Finanztitel angepriesen. In diesen neu erfundenen Titeln wurden viele Produkte integriert – Hypothekendarlehen, Darlehen für den Kauf von Autos, Studentendarlehen usw. – und man wusste praktisch nicht mehr, was man eigentlich erworben hatte. Die Ratingagenturen, also private Unternehmen, versahen diese mit einer guten Bonität. Die Folge davon war, dass viele andere Banken, Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, Hedgefonds usw. in diese investierten, da sie glaubten, es sei eine sichere Anlageform. Damit erfolgte auch eine Übertragung des Risikos.¹⁶⁶ Diese Verbriefung war jedoch nichts Neues. Der Wirtschaftswissenschaftler Hyman P. Minsky wies schon in den 80er Jahren auf diese Methode hin.¹⁶⁷

Die Blase platzte, da die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve die Zinsen erhöhte: Die Gewinnerwartungen der Unternehmen sanken, die Investitionen im Immobiliensektor gingen zurück und viele konnten ihre Kredite mit variablem Zinssatz nicht mehr zurückzahlen. Indem die Immobilienpreise stark sanken, waren auch die Häuser kaum mehr etwas wert. Viele Menschen verloren ihr Zuhause und die Banken hunderte Millionen von Euro bzw. Dollar. Anfangs betraf dies nur US-amerikanische Banken. Da diese Finanztitel jedoch an die gesamte Welt verkauft wurden, verbreitete sich die Finanzkrise bald um den Globus, vor allem in Europa. Die Bankenwelt war verunsichert und Banken vergaben auch keine Kredite mehr untereinander. Bald darauf bekamen auch KonsumentInnen und UnternehmerInnen mit guter Bonität keine Kredite

¹⁶⁵ vgl. Bloss et al. 2009, S. 15ff

¹⁶⁶ vgl. Navarro et al. 2011, S. 22ff

¹⁶⁷ vgl. Schefold 2014, S. 38f

mehr, was sich nun hemmend auf die Realwirtschaft auswirkte. Millionen von ArbeitnehmerInnen wurden daraufhin weltweit entlassen. Die Krise begann als Hypothekarkrise, wurde zu einer Finanzkrise und in Folge eine Krise der Realwirtschaft.¹⁶⁸ Das spanische Finanzsystem war zwar nicht sehr stark mit den faulen Finanztiteln der USA belastet, es reichte jedoch, um auch die lokale spanische Immobilienblase zum Platzen zu bringen. Sie war demnach nicht der Grund, aber ein Auslöser der spanischen Wirtschaftskrise.¹⁶⁹

2.2 Zusammenfassung

Die Wirtschaftskrise in Spanien ist für Spaniens Politik überraschend gekommen. Bei genauerer Betrachtung ist diese jedoch eine logische Folge verfehlter Entwicklungen. Hierbei ist es wichtig, die unterschiedlichen Maßstabsebenen zu betrachten: die globalen, europäischen sowie spanischen Ursachen der Krise, die eng miteinander verflochten sind.

Auf globaler Ebene änderte sich in den 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts die wirtschaftliche Ausrichtung, weg von einem Real- hin zu einem Finanzkapitalismus mit dem Wegfall von Kapitalverkehrskontrollen, einfachen und unbürokratischen neuen Anlageformen für das Kapital, der Schwächung der Positionen der ArbeitnehmerInnen, sowie der Schwächung des Staates. Durch diese Maßnahmen erhöhte sich die Gewinnquote der Unternehmen, während die Lohnquote sank. In Folge der Reallohnverluste fiel die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Investitionen in die Realwirtschaft waren weniger attraktiv, als in neu entwickelte Finanzprodukte zu investieren. Die Finanzwirtschaft ist aufgrund der Deregulierung der Finanzmärkte sehr instabil. Hochriskante Finanzgeschäfte bewirken demnach Kapitalakkumulationen und Kapitalflucht und verstärken die Gefahr von Krisen, die sich wiederum auf die Realwirtschaft auswirken, da Banken mit diversen Finanzprodukten ebenfalls involviert sind. Banken, in unserer Wirtschaft systemrelevant, geraten ins Straucheln und

¹⁶⁸ vgl. Navarro et al. 2011, S. 24f

¹⁶⁹ vgl. López Prol 2013, S. 95

vernachlässigen ihre wichtigste Aufgabe, nämlich die Kreditvergabe für Investitionen in die Realwirtschaft.

Auf europäischer Ebene spielt die gemeinsame Währungsunion eine bedeutende Rolle für die Stabilität der Volkswirtschaften. Hierbei entstehen nicht nur Vorteile. Die unterschiedlich starken Volkswirtschaften müssen sich an gewisse Vorgaben halten, um die ökonomischen Divergenzen zwischen den einzelnen Staaten nicht zu verstärken. Die frühere Auf- bzw. Abwertung von Währungen sowie eine eigene Zinspolitik der jeweiligen Nationalbanken fallen weg. Flassbeck verweist auf die Bedeutung der Entwicklung der Lohnstückkosten, um Wettbewerbsverzerrungen vorzubeugen. Diese sollen sich am EZB-Ziel von 1,9 Prozent orientieren. Während Spanien oder Griechenland vor der Krise zu hohe Lohnstückkosten aufwiesen, hatte Deutschland bewusst viel zu niedrige. Deutschland betrieb mit den Reformen der Agenda 2010 gezielt Lohndumping. Die Binnennachfrage sank, die Exporte jedoch stiegen stark an. Einzig Frankreich hielt das Ziel von 1,9 Prozent ein, geriet jedoch aufgrund von Deutschland ebenfalls unter Druck (siehe Abbildung 8). Dieses Ungleichgewicht verstärkte sich im Laufe der Jahre: Deutschlands Exporte stiegen vor allem nach Südeuropa. Länder wie Spanien oder Griechenland hatten laufend negative Leistungsbilanzen aufzuweisen.

Die Schuld der Krise nur auf externe Faktoren zu reduzieren, wäre jedoch zu einfach. Auch Spaniens nationale (wirtschafts)politische Maßnahmen trugen zur Schwere der Krise entscheidend bei. Das Entstehen der derzeitigen nicht nachhaltigen Wirtschaftsstruktur begann schon vor 500 Jahren, indem die Könige Spaniens mit dem Geld ihrer Eroberungen keine Industrie aufbauten, sondern es vor allem für den Kauf von Produkten und für die Finanzierung von Kriegen verwendeten. Der Fokus lag auf Vermögen und Landbesitz. So erscheint es kaum zu verwundern, dass die Industrielle Revolution erst Ende des 19. Jahrhunderts in der Peripherie, in Katalonien und im Baskenland begann. Unter der Diktatur Francos behielt Spanien den Fokus als Zulieferer von arbeitsintensiven Gütern nach Nordeuropa. Die Löhne waren niedrig und die Emigrationsrate stieg an. Geld lukrierte man hauptsächlich infolge des Aufbaus des Tourismus und von Geldrückflüssen von, im Ausland arbeitenden, SpanierInnen.

Mit dem Ende der Diktatur änderte sich an den Besitzverhältnissen nur wenig. Die Profiteure unter Franco, ca. 20 Familien, behielten ihre Großunternehmen sowie ihren Großgrundbesitz und kontrollierten weiter Spaniens Wirtschaft. Jedoch erfolgte eine Liberalisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes auf Kosten der ArbeitnehmerInnen aufgrund der Zurückhaltung von Lohnsteigerungen und der Auflockerung der Arbeitsverträge sowie des Kündigungsschutzes. Die Folge war ein Sinken der Reallöhne in den 1990er Jahren.

Des Weiteren fokussierte man sich auf den Bausektor und den Tourismus. Es wurden Millionen neue Arbeitsplätze in den nicht nachhaltigen Branchen mit geringem Qualifikationsbedarf geschaffen, während die Industrieproduktion vernachlässigt wurde. Das Ergebnis war eine Erhöhung der Löhne, aber ebenso stieg die Verschuldung der Privathaushalte aufgrund der zunehmenden gewährten Kredite für Immobilien stark an. Mittels der Liberalisierung des Finanzwesens und dessen Vernetzung mit Immobilienspekulationen – einfacher Zugang zu Krediten und Förderungen für das Eigenheim – entwickelte sich eine Immobilienblase, die 2008 platzte.

3. 2008-2010 – die ersten Jahre der Krise – eine Analyse anhand von Wirtschaftsindikatoren

Das Platzen der Immobilienblase in Spanien und die Auswirkungen in den ersten Jahren der Krise lassen sich sehr gut anhand von, in diesem Kapitel dargestellten, Wirtschaftsindikatoren erkennen. Wegen des Nachfragestopps und eines aufgeblähten Angebots an Immobilien kam es mit Beginn der Krise zu einem regelrechten Baustopp.¹⁷⁰

Infolge der Insolvenzen zahlreicher BauunternehmerInnen, setzte sich die ökonomische Abwärtsspirale fort: die Arbeitslosigkeit stieg und dies hatte auch Auswirkungen auf zahlreiche Zwangsräumungen. 2012 wurden bereits 75.400 Wohnungen von Banken geräumt. Die Menschen standen vor dem Nichts: sie hatten keine Arbeit, eine hohe Verschuldung und waren wohnungslos.¹⁷¹

Auch die Banken bekamen die Krise zu spüren, sie blieben auf ihren Verbindlichkeiten sitzen. Laut Politikwissenschaftler Raul Zelik waren 2010 fast alle spanischen Banken zahlungsunfähig und konnten nur durch die Rettung der Regierung bestehen. Die gesamte spanische Wirtschaft kollabierte.¹⁷²

*"Die Krise des Bausektors und die Massenarbeitslosigkeit lassen Binnennachfrage und Konsum schrumpfen, was wiederum zu Entlassungen im Handel, bei Dienstleistern und in anderen Industriebranchen führt"*¹⁷³

Mittels folgender Wirtschaftsindikatoren lässt sich der konjunkturelle Einbruch der spanischen Wirtschaft 2008-2010 gut demonstrieren: des Grades der Industrieproduktion, der Produktionsauslastung der Unternehmen und der Arbeitslosenrate. Diese Indikatoren haben Auswirkungen auf den Konsum sowie auf die Sparquote der Haushalte. Des Weiteren werden der Anstieg der Insolvenzen, die Zahl der Kredite mit Rückzahlungsproblemen sowie die Zahl der bewilligten und zurückgewiesenen

¹⁷⁰ vgl. Zelik 2015, S. 60f

¹⁷¹ vgl. Zelik 2015, S. 61

¹⁷² vgl. Zelik 2015, S. 62

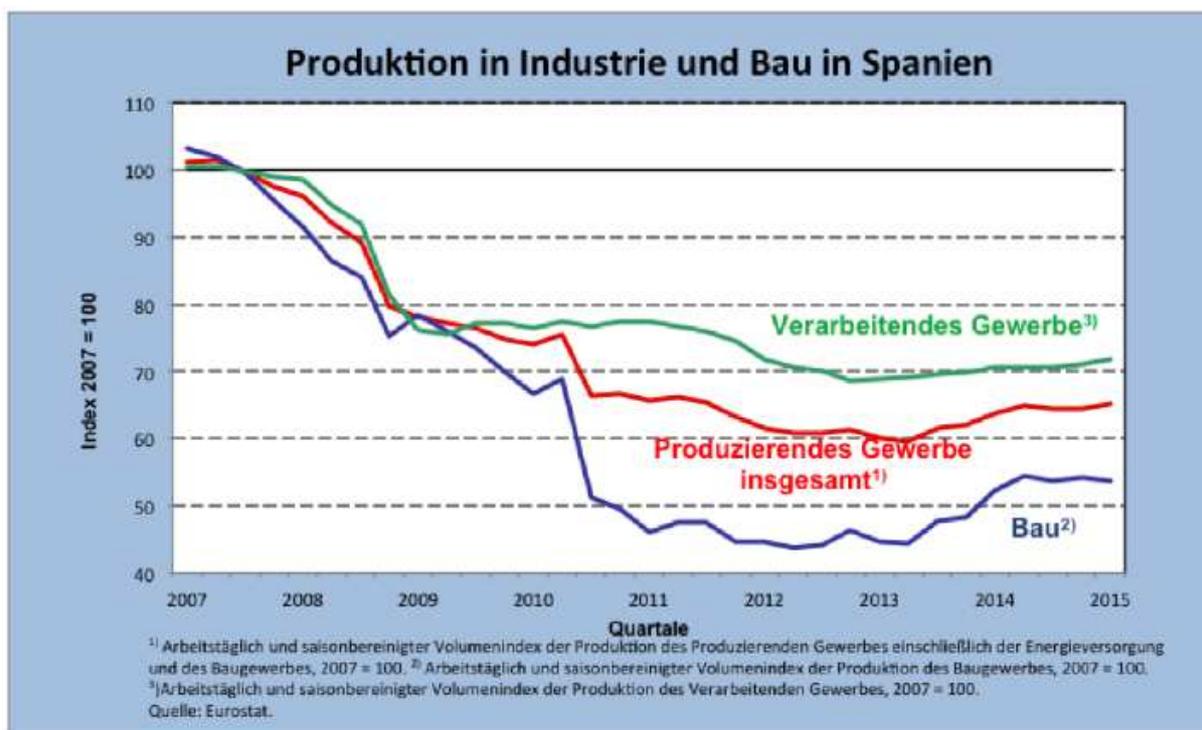
¹⁷³ Zelik 2015, S. 62

Kredite für spanische Klein- und Mittelunternehmen dargestellt. Schließlich erfolgen eine Analyse des BIPs sowie der Inflationsrate und die Änderung der Finanzierungssalden Spaniens.

3.1 Produktion und Konsum

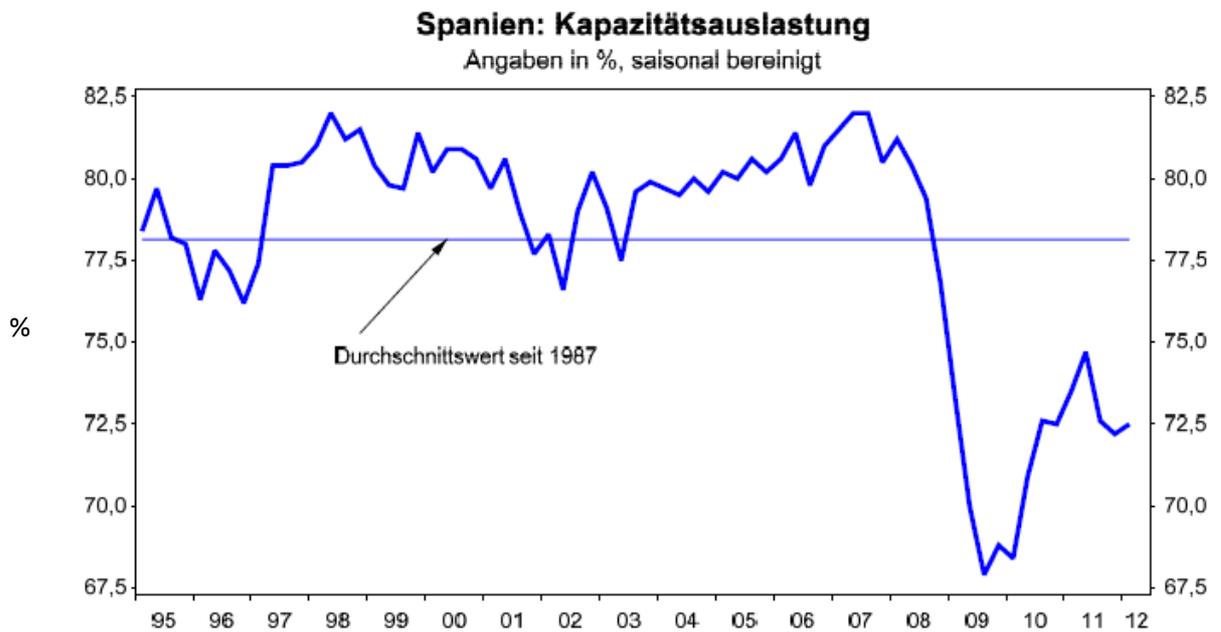
Dieser Rückgang der Nachfrage, vor allem der Baubranche, lässt sich in den folgenden Abbildungen erkennen: Abbildung 13 zeigt sehr gut die negative Entwicklung des produzierenden Gewerbes in Spanien. Ausgehend von einem Indexwert von 100 im Jahr 2007, fiel dieser bis Mitte 2008 auf 80 und bis Sommer 2010 auf 65. Während das verarbeitende Gewerbe nur einen Rückgang bis 2009 zu verzeichnen hatte, so sank der Indexwert des Baugewerbes bis 2011 auf unter 50 Prozent und war somit die Branche mit dem größten Produktionsrückgang.

Abbildung 13: Produktion in Industrie und Baugewerbe in Spanien von 2007-2015:



(Quelle: Flassbeck, Spiecker 2015: S. 4)

Abbildung 14: Kapazitätsauslastung von Unternehmen in Prozent, 1995-2012:

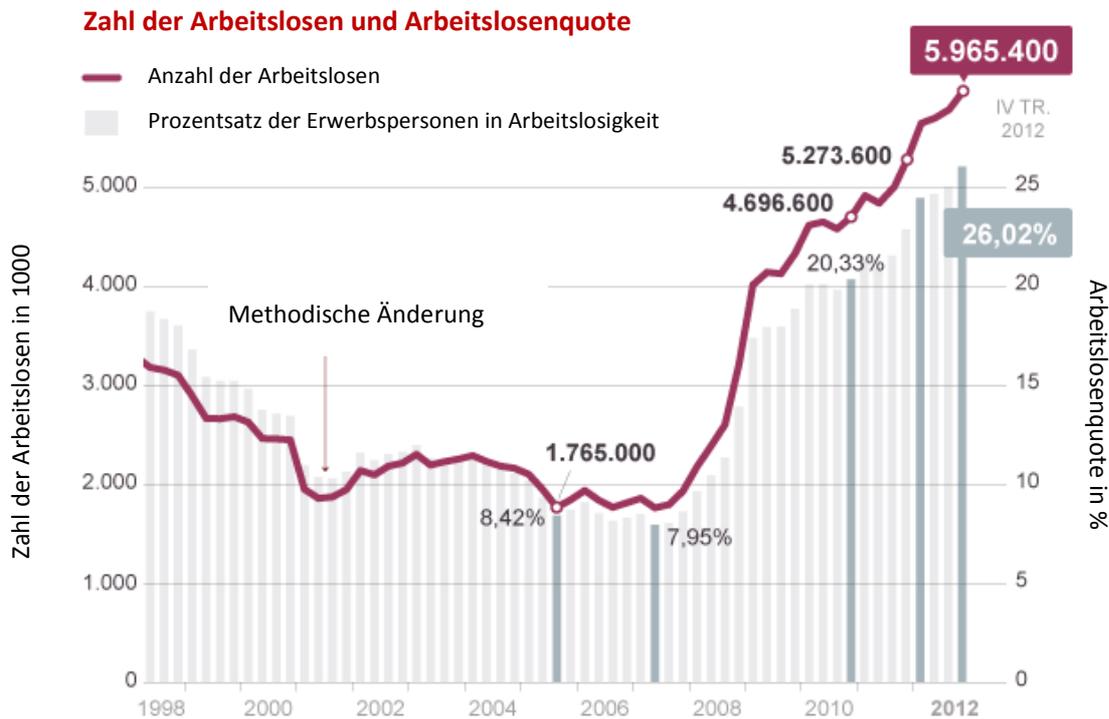


Quelle: Raiffeisen 2012: S. 21

Der starke Rückgang in der Produktion der Industrie ist ebenso in Abbildung 14 ersichtlich: Während die Kapazitätsauslastung der spanischen Unternehmen seit 1987 bei einem Durchschnittswert von ca. 78 Prozent lag und sich zwischen 1998 und 2008 meist bei über 80 Prozent befand, so sank diese mit Beginn der Krise bis 2009 auf unter 70 Prozent.

Der Rückgang der Produktion und somit auch der Produktionsauslastung hatte einen gravierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge.

Abbildung 15: Arbeitslosenquote in Spanien, 1998 bis 2012 (absolut und in Prozent):

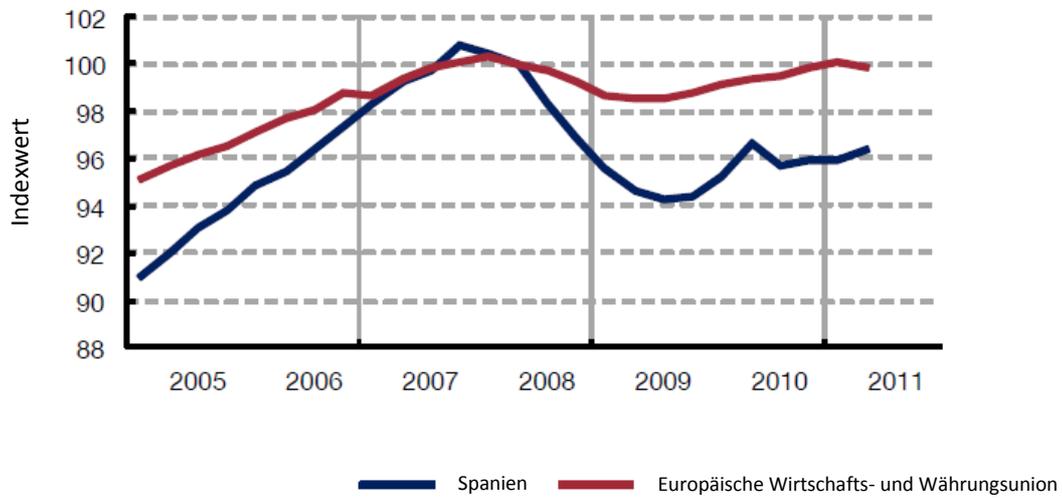


(Quelle: Gómez 2013; eine Übersetzung)

In Abbildung 15 sind sowohl die Zahl der Arbeitslosen, als auch die Arbeitslosenquote dargestellt. Alleine von Anfang 2008 bis 2009 stieg die absolute Zahl der Arbeitslosen von ca. 1,8 Millionen auf über vier Millionen an. Bis 2010 kamen nochmals mehr als 600.000 erwerbsfähige Personen hinzu. Die Arbeitslosenquote stieg im selben Zeitraum von knapp acht auf über 20 Prozent.

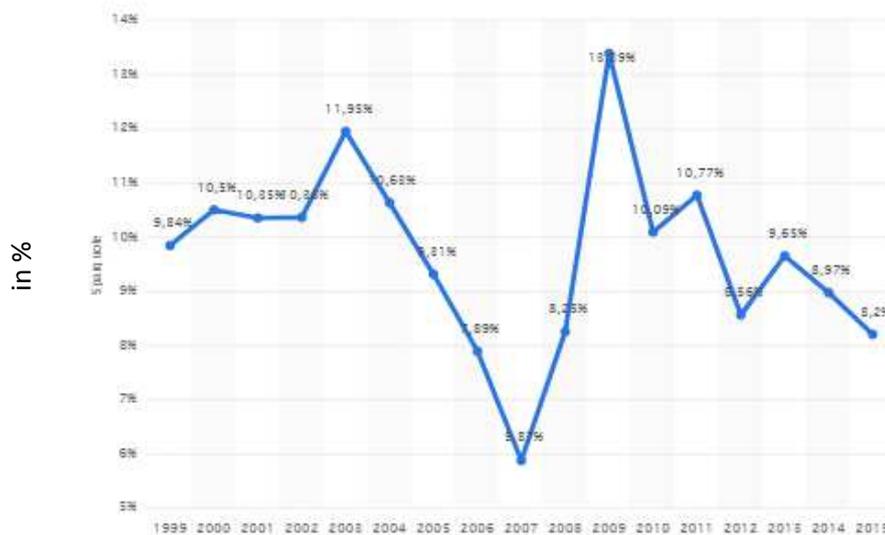
Infolge dieser Entwicklungen verfügten viele spanische Haushalte über ein geringeres Einkommen, was sich auch auf den Konsum auswirkte (siehe Abbildung 16). Einzig von 2008 bis Ende 2009 sank der Konsum von einem Indexwert 100 auf ca. 94, während die Konsumententwicklung in der gesamten Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nur leicht zurückging. Dieser ausgeprägte Rückgang wurde durch einen starken Anstieg der Sparquote der spanischen Haushalte noch verstärkt (Abbildung 17). Diese erhöhte sich von 2007 bis 2009 von 5,87 Prozent auf über 18 Prozent.

Abbildung 16: Konsumententwicklung der Haushalte in Spanien und der Haushalte der Wirtschafts- und Währungsunion 2005-2011 (Index 2008=100):



(Quelle: Ortega, Peñalosa 2012: S. 11; eigene Übersetzung)

Abbildung 17: Sparquote der spanischen Privathaushalte 1999-2015:



(Quelle: Statista 2017)

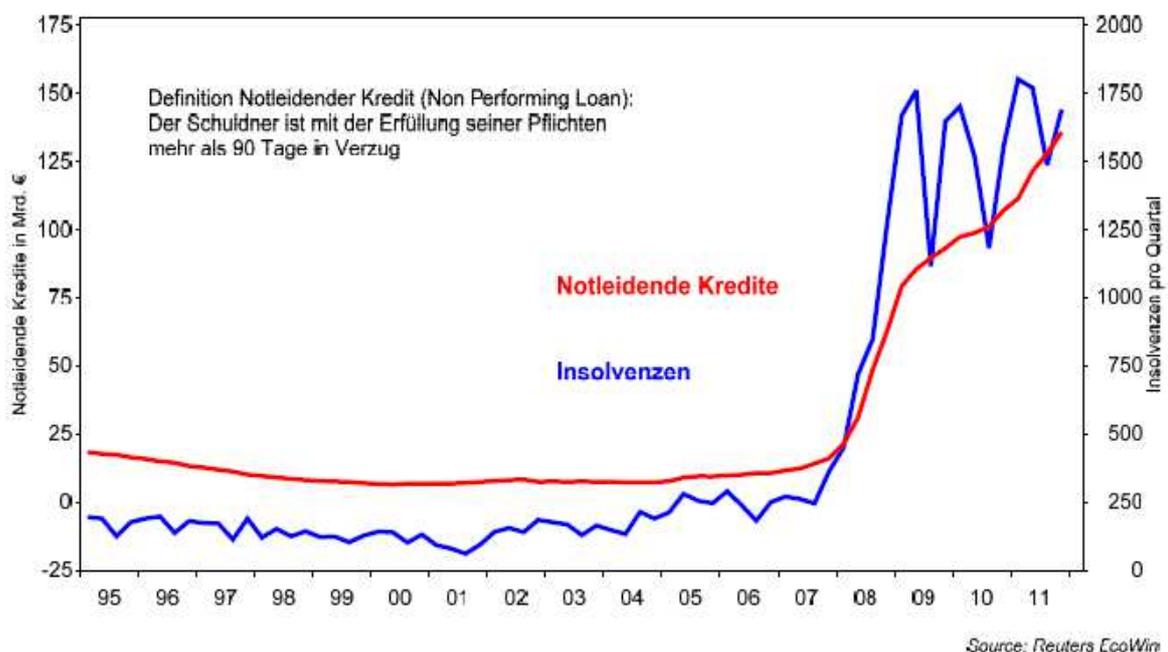
Der Rückgang der Produktion führte zu einer erhöhten Arbeitslosenrate. Diese Entwicklung wirkte sich wiederum auf den Konsumrückgang der Haushalte und auf die Sparquote aus. Verstärkt wurde die Krise aufgrund zahlreicher Insolvenzen und nicht zurückbezahlter Kredite. Daher kam es zu einer Kreditklemme der spanischen Banken, welche die Krise noch verstärkte. (siehe Abbildungen 18 und 19)

3.2 Insolvenzen und Kreditwesen

Alleine 2011 konnten hunderttausende Kredite nicht mehr zurückbezahlt werden und die Immobilien waren aufgrund der gesunkenen Nachfrage unverkäuflich.¹⁷⁴ Von 2007 bis 2013 fielen die Immobilienpreise um 36 Prozent, in Katalonien sogar um 45 Prozent.¹⁷⁵ Die spanischen Banken standen demnach vor dem Bankrott und somit auch deutsche, niederländische sowie französische Banken, die im spanischen Markt investiert hatten.¹⁷⁶

Schätzungen zufolge mussten zwischen 2008 und 2013 28.000 Unternehmen Konkurs anmelden.¹⁷⁷ Nur zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem von 2009 stiegen die Insolvenzen von 250 auf 1750. (siehe Abbildung 18) Die Gesamtsumme aller notleidenden Kredite in Spanien verdreifachte sich auf über 75 Mrd. Euro. Diese Entwicklungen verstärkten die großen Unsicherheiten auf den Finanzmärkten.¹⁷⁸

Abbildung 18: Insolvenzen und notleidende Kredite 1995-2012:



(Quelle: Raiffeisen 2012: S. 18)

¹⁷⁴ vgl. Zelik 2015, S. 68

¹⁷⁵ vgl. Charnock, Purcell, Ribera-Fumaz 2014, S. 107

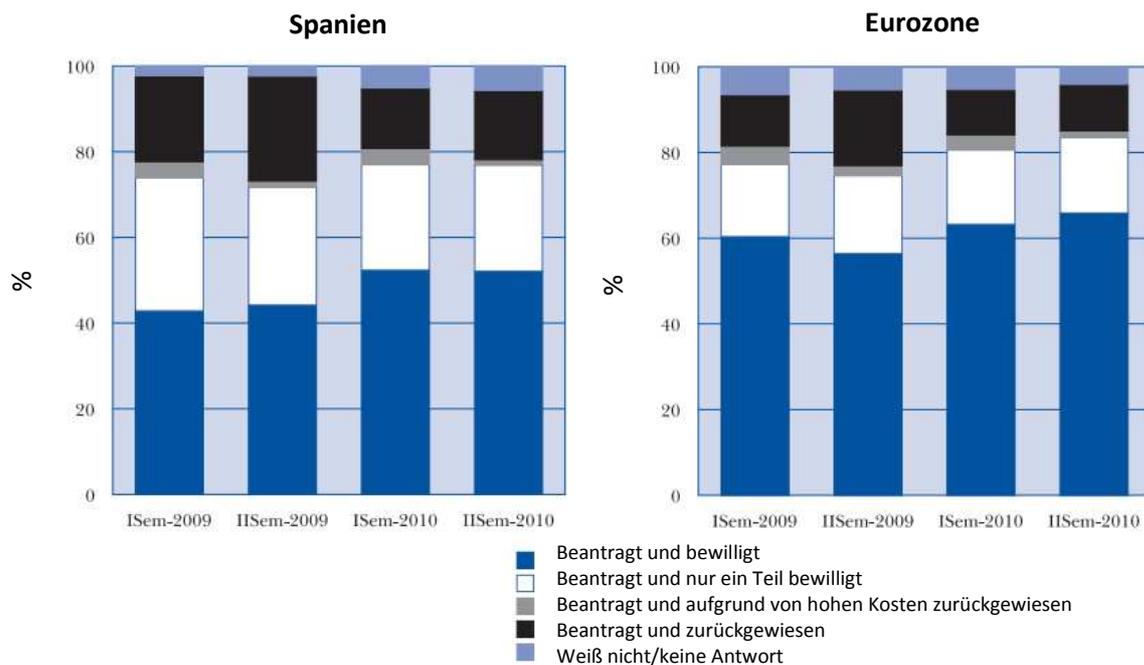
¹⁷⁶ vgl. Zelik 2015, S. 68

¹⁷⁷ vgl. Charnock, Purcell, Ribera-Fumaz 2014, S. 107

¹⁷⁸ vgl. Ruesga Benito 2013, S. 73

Die Vergabe von Krediten wurde stark eingeschränkt, was sich eben auf die Realwirtschaft auswirkte. Vor allem Klein- und Mittelunternehmen (KMUs) hatten zu Beginn der Krise Probleme, Kredite bewilligt zu bekommen.¹⁷⁹ Gerade dies trug zur Schwere der Krise bedeutend bei. KMUs sind für Spanien sehr relevant, da sie ca. 73 Prozent aller Arbeitsplätze generieren.¹⁸⁰ Alleine im zweiten Quartal 2009 sahen 35 Prozent der Befragten Klein- und MittelunternehmerInnen in Spanien den Zugang zur Finanzierung als ihr Hauptproblem an, während der Wert in der Eurozone nur bei 20 Prozent lag. Viele UnternehmerInnen befürchteten, keinen Kredit zu bekommen. 2010 haben acht Prozent der KMUs in Spanien aus diesem Grund keinen Kreditantrag gestellt.¹⁸¹

Abbildung 19: Bewilligte und zurückgewiesene Finanzierungsanfragen von KMUs an Banken 2009-2010 in Prozent:



(Quelle: Maudos: S. 70; eigene Übersetzung)

Abbildung 19 zeigt, dass 2009 in Spanien nur ca. 40 Prozent aller Finanzierungsanfragen von KMUs an Banken gänzlich bewilligt - im Euroraum lag der Prozentsatz bei ca. 60 - jedoch über 20 Prozent zurückgewiesen wurden. Der größte Unterschied Spaniens zum

¹⁷⁹ vgl. Maudos, S. 67

¹⁸⁰ vgl. Maudos 2016

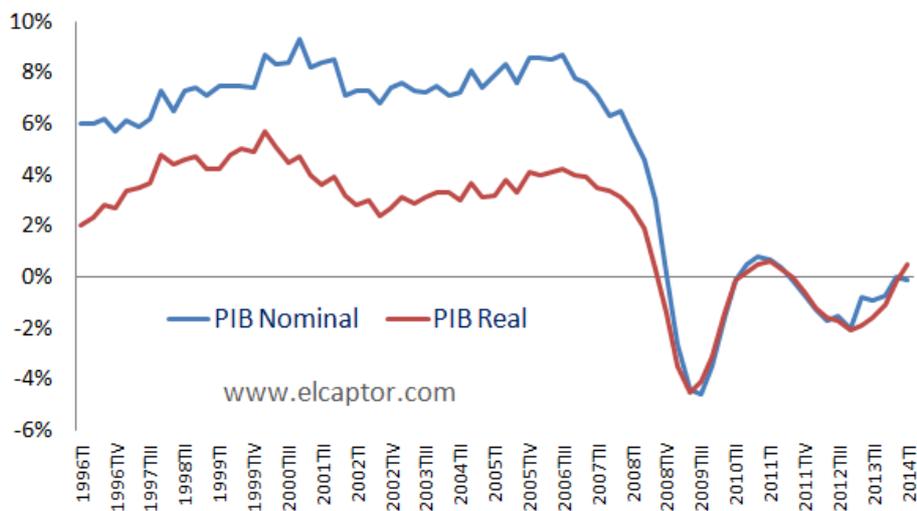
¹⁸¹ vgl. Maudos, S. 67ff

Euroraum war der Prozentsatz der nur zum Teil bewilligten Kreditanträge. Im Jahr 2010 sank der Prozentsatz der zurückgewiesenen Kredite in Spanien auf unter 20 Prozent.

3.3 Auswirkungen auf das BIP, die Inflation und die Finanzierungssalden

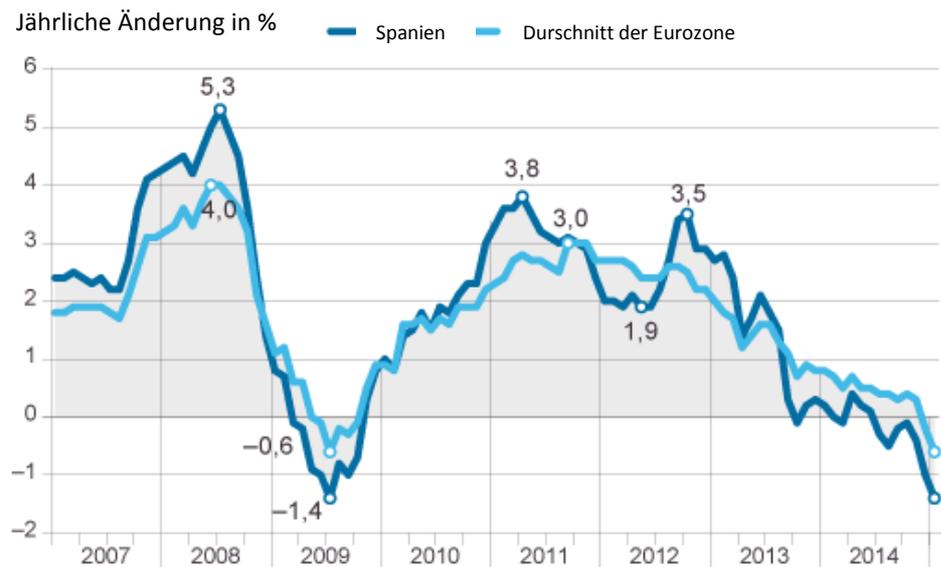
Die gezeigten Entwicklungen hatten großen Einfluss auf das BIP und auf die Inflation. So sank zwischen 2007 und 2009 sowohl das reale als auch nominale BIP Spaniens. Alleine die jährlichen Änderungsraten des realen BIPs fielen, ausgehend von einem Wachstum von zwei bis drei Prozent, zwischen 2002 und 2008 auf minus vier Prozent 2009 (Abbildung 20). Parallel zum BIP fiel auch die Inflationsrate. 2009 befand sich Spanien sogar in einer Deflation. (siehe Abbildung 21)

Abbildung 20: Entwicklung des realen und nominalen BIP von Spanien, 1996-2014 (Wachstumsrate in Prozent):



(Quelle: El Captor 2014)

Abbildung 21: Preisentwicklung in Spanien (2007-2015):



(Quelle: Bolaños 2015)

Eine dramatische Änderung der Wirtschaftsentwicklung lässt sich auch anhand der Finanzierungsalden von Spanien (siehe Abbildung 4) erkennen. Ab dem Jahr 2008 erfolgte eine abrupte Änderung der Entwicklung der Wirtschaftsakteure (Staat, Unternehmen, Haushalte, Ausland): Während die Überschüsse des Auslands gegenüber Spanien zwischen 2008 und 2010 von über neun Prozent auf unter fünf Prozent abnahmen, rutschte der Staat im selben Zeitraum von einem leichten Plus auf unter zehn Prozent Minus. Die Unternehmen und privaten Haushalte hingegen verfügten 2010 über ein klar positives Saldo.¹⁸²

Wie reagierte die spanische Politik auf diese Entwicklungen? Welche Maßnahmen verfolgte sie? Diese Fragen werden im nächsten Kapitel genauer beschrieben.

¹⁸² vgl. Dittli 2012

4. Krisenpolitik und Krisenauswirkungen

Die spanische Politik reagierte sehr unterschiedlich auf die Krise. Die Gliederung des Kapitels erfolgt nach den getätigten Maßnahmen und den Auswirkungen. Zusätzlich erfolgt am Ende ein Vergleich mit der portugiesischen Krisenpolitik.

Bis 2011 regierten die spanischen Sozialdemokraten PSOE unter dem Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero, danach kam die spanische Volkspartei PP unter Mariano Rajoy an die Macht. Die Regierungsänderung lässt sich auch sehr gut am Wechsel der jeweiligen Wirtschaftspolitik erkennen. Jedoch begann schon Zapatero ab Mai 2010, die wirtschaftspolitische Richtung zu ändern. Von 2006 bis 2010 investierte der spanische Staat und die Staatsverschuldung erhöhte sich um 22 Prozent, ab 2010 sanken die nominalen Staatsausgaben, mit Ausnahme des Jahres 2011, und die Steuern wurden zusätzlich erhöht.¹⁸³

Hierbei handelt es sich um zwei verschiedene wirtschaftspolitische Denkrichtungen, welche die Auswirkungen von fiskalpolitischen Multiplikatoren unterschiedlich deuten. Diese beschreiben das Ausmaß, das die Änderungen bei Steuern und Staatsausgaben auf die Konjunktur bewirken.¹⁸⁴

Die Wirtschaftswissenschaftler Engler und Klein beschreiben diese zwei Denkrichtungen mit Fokus auf das Vermögen und der Verschuldung der Haushalte am Beispiel Spaniens.¹⁸⁵

„Nach der keynesianischen Theorie ist der Staatsausgabenmultiplikator „größer als eins“: Eine Senkung der Staatsausgaben um einen Euro senkt das Bruttoinlandsprodukt um mehr als einen Euro.“¹⁸⁶

¹⁸³ vgl. Engler, Klein 2017, S. 127

¹⁸⁴ vgl. Engler, Klein 2017, S. 128

¹⁸⁵ vgl. Engler, Klein 2017, S. 128

¹⁸⁶ Engler, Klein 2017, S. 128

Dies wird dadurch erklärt, dass die verfügbaren Einkommen sinken und dadurch auch der Konsum.¹⁸⁷

Die andere, in Europa vorherrschende, Denkrichtung ist nur schwer mit einem Begriff zu fassen. Die Autoren des Buches, „Europa der Regionen“, Peter Hilpold, Walter Steinmair und Christoph Perathoner, nennen die Denkrichtung treffend den deutschen ordoliberalen Monetarismus.¹⁸⁸ Die Deutschen setzten sich demnach im Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Denkrichtungen in der Europäischen Union durch. Dies bestätigte 2013 der deutsche Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Er meinte, dass wichtige Grundlagen des Ordoliberalismus sich im Maastricht-Vertrag wiederfinden.¹⁸⁹ Diese Denkrichtung besagt Folgendes:

„...hat die Konsolidierung der staatlichen Finanzen zur Folge, dass die Verbraucher eine reduzierte Steuerlast in der Zukunft erwarten sollten. Damit steigt ihr Vermögen und der Konsum wird nicht gesenkt, sondern erhöht. Demnach wäre der Multiplikator „kleiner als eins“.“¹⁹⁰

Untersuchungen zufolge konnte nachgewiesen werden, dass der Multiplikatoreffekt bei einer Rezession größer ist als beim Aufschwung. Gründe dafür sind das Sinken der Immobilienpreise und das Sinken der Vermögen. Dies wiederum hat Einfluss auf die Kreditaufnahme, welche in einer Rezession so schon schwieriger ist. Die Folge ist ein Rückgang des privaten Konsums. Nach den Rückschlüssen einer Studie von zwölf OECD-Ländern zwischen 1980 und 2004 wird der Multiplikator auch stark von der Verschuldung der privaten Haushalte beeinflusst. Sind diese Schulden sehr hoch, so werden in einer Rezession durch sinkende Immobilienpreise und Einkommen folglich nur wenige Kredite aufgenommen. In diesem Szenario führt die Austeritätspolitik zu einem stärkeren Sinken des privaten Konsums sowie des BIP. Die Einnahmen des Staates gehen zurück und die Staatsschuldenquote erhöht sich. Spanien dient hierfür als Paradebeispiel einer hohen Verschuldung der privaten Haushalte. Die Schulden der Privathaushalte sanken zwischen

¹⁸⁷ vgl. Engler, Klein 2017, S. 128

¹⁸⁸ vgl. Hilpold et al. 2016, S. 104

¹⁸⁹ vgl. TAZ 2015

¹⁹⁰ Engler, Klein 2017, S. 128

2007 und 2014 von 87 Prozent auf unter 60 Prozent im Verhältnis zum BIP. Aufgrund dieser Entwicklungen sank auch der private Konsum gravierend.¹⁹¹

Welche Maßnahmen wurden nun von der Politik vorgenommen und was sind deren Ergebnisse? Diese Frage wird in den folgenden Kapiteln beantwortet.

4.1 Die Krisenpolitik der spanischen Sozialdemokraten

Die spanischen Sozialdemokraten PSOE regierten in Spanien von 2004 bis 2011. Die Jahre vor der Krise bis 2008 waren von einer eher restriktiven Fiskalpolitik geprägt: die Staatsschulden wurden verringert und in den letzten Jahren vor der Krise erzielte die Regierung sogar einen Budgetüberschuss. Die Sozialausgaben erhöhten sich nur sehr gering, jedoch kam es zu einer kleinen Einkommenssteuersenkung und der Mindestlohn sowie die Mindestpension wurden erhöht. Der ökonomische Aufschwung wurde vor allem durch den Boom der Bauwirtschaft ermöglicht. Die Regierung versuchte gegen die aufkommende Immobilienblase anzukämpfen. Vieles, wie der einfache Kreditzugang sowie die Zinsen, waren Agenden der Spanischen Nationalbank (Banco de España) sowie der EZB. Der damalige spanische Wirtschaftsminister Pedro Solbes schlug zum Beispiel vor, die Steueranreize für einen Haus- oder Wohnungskauf zu beenden. Diese Maßnahme wurde jedoch erst nach dem Platzen der Immobilienblase eingeführt.¹⁹²

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Sozialdemokraten lassen sich in zwei Abschnitte unterteilen: Expansive Fiskalpolitik bis 2010 und danach das Verfolgen einer Austeritätspolitik bis zur Abwahl der sozialdemokratischen Regierung 2011.¹⁹³

¹⁹¹ vgl. Engler, Klein 2017, S. 128f

¹⁹² vgl. Fernández-Albertos 2014, S. 111ff

¹⁹³ vgl. Sánchez-Cuenca 2014, S. 111

4.1.1 Expansive Fiskalpolitik bis Mai 2010

Die Regierung war sich 2008 der Tragweite der Krise nicht bewusst und verwies auf externe Ursachen, wie das Platzen der Blase in den USA und die Deregulierung der Finanzmärkte, die diese Krise erst ermöglichte.¹⁹⁴ Der spanische Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero nahm das Wort Krise auch lange Zeit nicht in den Mund und verwies auf eine Abschwächung des Wachstums oder auf ein Negativwachstum.¹⁹⁵ Aufgrund der Fiskalpolitik der letzten Jahre war Spanien gerüstet und konnte aktiv auf die Krise reagieren. Beim G20-Gipfel in London im April 2009 wurde darüber hinaus beschlossen, eine expansive Fiskalpolitik voranzutreiben. Spanien erhöhte die Staatsausgaben als wichtigste Krisenmaßnahme. Im November wurde von Regierungschef Zapatero der Plan E ins Leben gerufen¹⁹⁶, der Gesamtinvestitionen von elf Milliarden Euro vorsah. Diese Summe betrug ca. 1,1 Prozent des spanischen BIP und somit fast die, von der Europäischen Kommission vorgeschlagene, Höhe der Staatsausgaben für Investitionen. Ziel war es, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Acht Milliarden Euro standen den Gemeinden zur Verfügung. Diese konnten mit dem Geld sehr frei Projekte in Angriff nehmen, die sie als wichtig erachteten. Die Regierung streckte 70 Prozent vor und bezahlte die restlichen 30 Prozent mit dem Ende der Arbeiten. Die Projekte sollten ein Budget von jeweils fünf Millionen Euro nicht überschreiten. Mit den restlichen drei Milliarden Euro wurde unter anderem die Automobilindustrie gefördert (800 Millionen)¹⁹⁷, um die 300.000 Arbeitsplätze in dieser Branche zu sichern¹⁹⁸, 500 Millionen wurden für Forschung und Entwicklung und 600 Millionen für Investitionen in erneuerbare Energien und für Energiesparmaßnahmen verwendet. Der Rest wurde an die Autonomen Gemeinschaften - die politische Gliederung nach Regionen des spanischen Staates - transferiert.¹⁹⁹ Der Ministerrat genehmigte 2009 eine Hilfe von 426 Euro für Arbeitslose, die kein Arbeitslosengeld mehr erhielten und so aus der monetären Absicherung fielen.²⁰⁰

¹⁹⁴ vgl. Fernández-Albertos 2014, S. 115f

¹⁹⁵ vgl. Sánchez-Cuenca 2014, S. 107

¹⁹⁶ vgl. Fernández-Albertos 2014, S. 115f

¹⁹⁷ vgl. Bolaños 2008

¹⁹⁸ vgl. González 2009

¹⁹⁹ vgl. Bolaños 2008

²⁰⁰ vgl. Menéndez 2011

Außerdem wurden die Einkommenssteuer sowie die Unternehmenssteuern gesenkt. Insgesamt standen den Familien und Unternehmen so 14,5 Mrd. Euro mehr zur Verfügung.²⁰¹ Das Ziel war es, den Konsum der privaten Haushalte wieder anzukurbeln. 16 Millionen SpanierInnen kamen in den Genuss dieser Steuersenkung. Die Menschen der untersten Einkommen, die bis 9000 Euro verdienten, profitierten am wenigsten von dieser Maßnahme, da diese kaum Steuern zahlten. Des Weiteren wurden die Vermögenssteuern abgeschafft.²⁰²

Folgende bedeutende Maßnahmen betrafen den Finanzmarkt:²⁰³

- Die Einlagensicherung wurde von 20.000 auf 100.000 Euro erhöht, um das Vertrauen der BürgerInnen in das Finanzsystem aufrecht zu erhalten.
- Die Regierung gründete einen Fonds um 30 Mrd. Euro, der auf 50 Mrd. Euro erweiterbar war, um nicht toxische Finanzpapiere und Hypotheken aufzukaufen, um den spanischen Finanzmarkt zu stabilisieren.
- Hypotheken des Hauptwohnsitzes konnten ohne weitere Kosten verlängert werden. So reduzierten sich die monatlichen Kosten der KreditnehmerInnen.
- Insolvente UnternehmerInnen und PensionistInnen konnten die Rückzahlungsrate ihrer Hypotheken um 50 Prozent für 24 Monate kürzen.
- 10 Mrd. Euro an Krediten für KMUs wurden zur Verfügung gestellt.

Auch bürgte der Staat mit 10 Mrd. Euro für Träger, die geförderte Sozialwohnungen errichteten.²⁰⁴

Der Plan E stimulierte zwar das Wachstum, konnte jedoch die Krise nicht überwinden, da diese stärker und länger war, als man dachte.²⁰⁵

²⁰¹ vgl. Bolaños 2008

²⁰² vgl. González 2009

²⁰³ vgl. González 2009

²⁰⁴ vgl. González 2009

²⁰⁵ vgl. Fernández-Albertos 2014, S. 117

4.1.2 Restriktive Fiskalpolitik ab Mai 2010

Die Europäische Union schlug 2008 noch vor, die Einkommenssteuern von GeringverdienerInnen sowie die Mehrwertsteuer temporär zu verringern.²⁰⁶ Die wirtschaftspolitische Ausrichtung von Brüssel änderte sich jedoch abrupt. Regierungschef Zapatero kam von europäischen Staaten wie Deutschland sowie der Europäischen Union immer mehr unter Druck, seine Maßnahmen gravierend zu ändern. Schließlich gab er im Mai 2010 nach und führte die geforderte restriktive Fiskalpolitik ein. Das Hauptziel war, nicht, wie Griechenland, unter die Kontrolle der EU zu geraten.²⁰⁷

Die Staatsausgaben wurden massiv reduziert. Mittels einer Verfassungsreform von PSOE und PP wurde ebenso ein Defizitlimit eingeführt, welches ein strukturelles Defizit verbot.²⁰⁸ Dies verlangte Kürzungen der Staatsausgaben: Die Löhne der öffentlich Angestellten wurden um fünf Prozent gesenkt und der größte Teil der Pensionen wurde eingefroren. Im Juni 2010 erhöhte man zudem die Mehrwertsteuer.²⁰⁹ Vermögenssteuern wurden ab einem Betrag von 700.000 Euro wieder eingeführt. Im selben Zeitraum strich die Regierung den Baby-Scheck im Wert von 2.500 Euro pro Kind. Mittels der neuen Arbeitsreform war es nun leichter und billiger, Angestellte zu entlassen. Auch waren mehrere zeitlich befristete Arbeitsverträge hintereinander auf zwei Jahre erlaubt, ohne die Angestellten in einen unbefristeten Vertrag überzuführen. Des Weiteren wurde das Pensionsalter auf 67 Jahre angehoben. Wer dennoch mit 65 Jahren in Pension gehen wollte, musste zuvor mindestens 38,5 Jahre gearbeitet haben.²¹⁰

Auch gab es Reformen am Finanzmarkt. Im Juli 2010 wurde die Reform der Sparkassen bewilligt. Diese benötigten zwischen neun und zehn Prozent Kernkapital, um in Banken umgewandelt zu werden.²¹¹

²⁰⁶ vgl. Bolaños 2008

²⁰⁷ vgl. Sánchez-Cuenca 2014, S. 107f

²⁰⁸ vgl. Sánchez-Cuenca 2014, S. 108

²⁰⁹ vgl. Fernández-Albertos 2014, S. 117f

²¹⁰ vgl. Menéndez 2011

²¹¹ vgl. Menéndez 2011

Trotz des Fokus auf eine restriktive Fiskalpolitik, gab es expansive Maßnahmen der Regierung. Um Anreize für den Kauf von neuen Immobilien zu setzen, verringerte die Regierung die Mehrwertsteuer für diesen Sektor von acht auf vier Prozent.²¹²

4.2 Die Krisenpolitik der spanischen Volkspartei

Kurz vor der Wahl vom November 2011 erfolgte eine Umfrage zur Regierungszeit von Zapatero. 78,3 Prozent der Befragten kritisierten die Politik der regierenden Sozialdemokraten.²¹³ Diese Unzufriedenheit sah man auch am Wahlergebnis: die PSOE verlor 4,4 Millionen Wählerstimmen und kam nur mehr auf 28,7 Prozent (2008: 43,9%). Die PP ging mit 44,6 Prozent als Sieger hervor.²¹⁴

Mit dem Wahlsieg der spanischen Volkspartei PP wurde die restriktive Fiskalpolitik unter dem neuen Regierungschef Mariano Rajoy fortgeführt. Ein Arbeitspapier der spanischen Regierung von 2012 beschreibt die verabschiedeten und geplanten Reformen²¹⁵, welche auch von der Europäischen Union für Spanien gefordert wurden. Rajoy erwähnte auch, dass er viele Maßnahmen davon nicht wollte und einige davon auch von ihm und den Ministern zuvor zurückgewiesen worden waren, aber sie sich dem Druck der Situation und der EU beugen mussten.²¹⁶

Eine Aussage vom damaligen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy:

„No he cambiado de criterio, cambian las circunstancias y debo adaptarme. No tengo más remedio que hacerlo, aunque no me guste. No son medidas agradables, pero son imprescindibles“²¹⁷

Übersetzung: *„Ich habe nicht meine Einstellung geändert, es änderten sich die Umstände und ich soll mich anpassen. Mir bleibt nichts anderes übrig es zu machen, selbst wenn es mir nicht gefällt. Es sind keine angenehmen Maßnahmen, aber sie sind unbedingt nötig.“*

²¹² vgl. Menéndez 2011

²¹³ vgl. Fernández-Albertos 2014, S. 111

²¹⁴ vgl. Sánchez-Cuenca 2014, S. 108

²¹⁵ vgl. Spanische Regierung 2012, S. 1

²¹⁶ vgl. Garea 2012

²¹⁷ Garea 2012, https://politica.elpais.com/politica/2012/07/11/actualidad/1342039254_993732.html

Folgende Maßnahmen der Krisenpolitik wurden umgesetzt.²¹⁸

1. Eine Forcierung der Sparpolitik mit Hilfe der Reduktion der öffentlichen Ausgaben.
2. Die Erhöhung der Flexibilisierung und Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.
3. Eine Analyse des spanischen Finanzmarktes.
4. Die Unterstützung von KMUs als wichtige Säule der Wirtschaft.

Diese Maßnahmen wurden eingeführt, um das Finanzsystem zu stabilisieren und vor allem die Staatschuldenquote zu verringern.²¹⁹

Ad 1: Erstens wurde das Budget von 2012 um 15 Mrd. verringert, um das Defizit zu minimieren. Um dies zu erreichen, wurden die Gehälter der öffentlich Bediensteten in den meisten Bereichen nicht angehoben und keine weiteren Beschäftigten mehr für den Staatsdienst angestellt. Des Weiteren reduzierte man die Beschäftigung in der Staatsverwaltung sowie die Zahl der leitenden Angestellten um 20 Prozent. Auch sparte man für denselben Zeitraum bei der Verwaltung zusätzliche 17,8 Mrd. Euro ein. So wurden zum Beispiel die Ausgaben für die Ministerien um 17 Prozent gekürzt. Besonders stark trafen weitere Maßnahmen das Gesundheits- und das Bildungswesen. Alleine diese beiden Ressorts mussten insgesamt mit 10 Mrd. Euro weniger vorliebnehmen. Weiters wurden die Bedingungen für den Anspruch auf Arbeitslosengeld erschwert und die Höhe des Geldes für neue Arbeitslose ab dem 7. Monat um 10 Prozent gesenkt. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, folgten nicht nur Sparmaßnahmen, sondern auch eine Steuererhöhung, die alle SpanierInnen traf: die allgemeine Mehrwertsteuer wurde von 18 auf 21 Prozent angehoben, die reduzierte Mehrwertsteuer von acht auf zehn Prozent.²²⁰

Ad 2: Folgende Maßnahmen sollten die Flexibilisierung und die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft erhöhen. Um neue Arbeitsplätze zu generieren, wurden unter anderem die Arbeitsvermittlung reformiert und die unbefristeten Verträge geändert.²²¹

²¹⁸ vgl. Spanische Regierung 2012, S. 3

²¹⁹ vgl. Spanische Regierung 2012, S. 4ff

²²⁰ vgl. Spanische Regierung 2012, S. 4ff

²²¹ vgl. Garea 2012

Auch die erwähnten Einschnitte im öffentlichen Sektor dienten diesem Ziel. Beamte erhielten keine Weihnachtzahlung mehr und hatten weniger Urlaubstage.²²²

Außerdem trat im Mai 2012 ein Gesetz in Kraft, das die Liberalisierung bestimmter Gewerbe und Dienstleistungen vorsah. Somit war es, laut Regierung, einfacher, selbständig zu werden. Im Juli erfolgte eine Ausweitung der Geschäftsöffnungszeiten: ab diesem Zeitpunkt konnten Geschäfte maximal 90 Stunden pro Woche während der Arbeitstage geöffnet sein. Für neue Unternehmensprojekte von KMUs wurde der Kreditrahmen erhöht: 22 Mrd. Euro waren für diese Kredite bereitgestellt worden.²²³

Um Schwarzarbeit und Betrug bei der Sozialabgabe zu verringern, wurden die Kontrollen und das Strafausmaß verschärft.²²⁴

Ad 3: Die ersten Maßnahmen zur Stabilisierung und Sanierung der spanischen Finanzunternehmen erfolgte im Mai 2012. Unternehmen wurden zusammengeschlossen und mittels des Fonds für geordnete Bankenumstrukturierung „Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria (FROB)“ erhielten Banken finanzielle Unterstützung. Die Regierung gab den Agenturen Roland Berger und Oliver Wyman den Auftrag, den Grad der Sanierung der spanischen Banken von außen zu analysieren, um die Glaubwürdigkeit des Finanzmarktes zu erhöhen und Zweifel bei den Bankbilanzen zu klären. Diese Maßnahme stimmte auch mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission, der EZB sowie des IWF überein. Bei diesem Stresstest stellte sich heraus, dass zur Rekapitalisierung der Banken im günstigsten Fall zwischen 16 und 26 Mrd. Euro, im schlimmsten Fall zwischen 51 und 62 Mrd. Euro nötig wären.²²⁵

In zwei Jahren wurden somit 65 Mrd. Euro im Budget des Staates eingespart und die Forderungen der Europäischen Union erfüllt. Dies waren jedoch die höchsten Kürzungen in der Geschichte Spaniens. Die Einschnitte von José Luis Zapatero im Mai 2010 betrug nur 15 Mrd. Euro, demnach vier Mal weniger. Dessen Politik verfolgte ihn jedoch bis zu

²²² vgl. Garea 2012

²²³ vgl. Spanische Regierung 2012, S. 10ff

²²⁴ vgl. Spanische Regierung 2012, S. 9

²²⁵ vgl. Spanische Regierung 2012, S. 15f

seinem politischen Ende 2011. Mariano Rajoy's Aussagen zu den Reformen ähneln jenen von Zapatero. Beide versicherten, viele Maßnahmen selbst nicht zu wollen, diese wurden jedoch von der Europäischen Union eingefordert.²²⁶

Wieso sträubten sich die spanischen Politiker, von der Europäischen Union eine so genannte Unterstützung in Anspruch zu nehmen? Weshalb war der Druck der EU auf die Regierungen unter Zapatero und Rajoy so groß, bis sie sich diesem beugten?

4.3 Maßnahmen der Europäischen Union

Die Europäische Union forderte von den Mitgliedsstaaten eine restriktive Fiskalpolitik, um deren Staatsschulden zu senken. Um dies zu erreichen, wurden folgende Maßnahmen verabschiedet: Der „Euro-Rettungsschirm“, der geänderte Stabilitäts- und Wachstumspakt und der Fiskalpakt zur Stabilisierung der Finanzmärkte.

4.3.1 Der „Euro-Rettungsschirm“ - EFSM, EFSF, ESM

Da sich zu Beginn 2010 die Zinsen für Staatsanleihen vor allem von Griechenland, aber auch anderen südeuropäischen Staaten EU drastisch erhöhten, unterstützte die EU Griechenland mit Krediten.²²⁷ Um auch für andere Krisenfälle gerüstet zu sein, verabschiedete die Eurogruppe mittels Verordnung den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM). 60 Mrd. Euro wurden für in Not geratene Staaten als Kredite zur Verfügung gestellt. Im selben Jahr wurde die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gegründet.²²⁸ Mittels dieser privatrechtlichen Kapitalgesellschaft wurden bis Mitte 2013²²⁹ ebenso Kredite im Gesamtvolumen von 440 Mrd. Euro an Staaten der Eurozone gewährt.²³⁰

²²⁶ vgl. Garea 2012

²²⁶ vgl. Garea 2012

²²⁷ vgl. Bundesfinanzministerium von Österreich 2016

²²⁸ vgl. Bundesfinanzministerium von Deutschland 2017b

²²⁹ vgl. Bundesfinanzministerium 2016

²³⁰ vgl. Bundesfinanzministerium von Deutschland 2017b

Im 11. Juli 2011 unterzeichneten die Finanzminister der Eurozone den Vertrag zur Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Das Ziel war es, ebenso wie die zeitlich befristeten EFSM und ESFM, Mitgliedstaaten der Währungsunion zu unterstützen und unter Auflagen als Finanzierungshilfe zu dienen. Das Stammkapital des ESM beläuft sich auf 704,8 Mrd. Euro (2016), 500 Mrd. davon können als Kredite beansprucht werden.²³¹

Lange Zeit wehrten sich die spanischen Regierungen, den Euro-Rettungsschirm EFSF in Anspruch zu nehmen. Den Kreditzusagen gehen immer Bedingungen voraus, die umgesetzt werden müssen. Außerdem befürchtete man, dass die Kreditwürdigkeit Spaniens sinken könnte.²³² Das spanische Bankensystem benötigte jedoch bis zu 62 Mrd. Euro.²³³ Bis Mai 2012 investierte man schon 18 Mrd. Euro in den einheimischen Finanzsektor und zwang die Banken, notleidende Kredite im Wert von mehr als 50 Mrd. Euro abzuschreiben. Alleine die Bank Bankia benötigte über 20 Mrd. Euro. Aufgrund der Wirtschaftskrise, die die Immobilienbranche besonders stark betraf, verfügten viele Kreditinstitute über eine Vielzahl an faulen Krediten. Die Zinsen für zehnjährige spanische Staatsanleihen standen bei über sechs Prozent.²³⁴ Der damalige spanische Finanzminister Christóbol Montoro gab zu, keine Kredite zu niedrigen Zinssätzen mehr am Finanzmarkt zu erhalten.²³⁵

Im Sommer 2012 fragte die spanische Regierung schließlich als viertes Land nach Griechenland, Irland und Portugal nach Krediten des EFSF an. Da es sich bei Spanien rein um den Bankensektor handelte, betrafen die Reformen eben nur diese Branche.²³⁶ Spanien konnte bis zu 100 Mrd. Euro an Krediten in Anspruch nehmen. Bis zum Verlassen des Rettungsschirms, im Sommer 2013, waren Kredite in einer Höhe von 41,3 Mrd. notwendig, um den Bankensektor zu stützen.²³⁷

²³¹ vgl. Bundesfinanzministerium von Österreich 2016

²³² vgl. Trend 2012

²³³ vgl. Spanische Regierung 2012, S. 16

²³⁴ vgl. NTV 2012

²³⁵ vgl. Die Welt 2012

²³⁶ vgl. Die Welt 2012

²³⁷ vgl. Die Welt 2012

4.3.2 „EU-Sixpack“ - der geänderte Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 diente der Einhaltung der Konvergenzkriterien für Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Im Falle einer Übertretung – die Neuverschuldung eines Landes beträgt über drei Prozent im Verhältnis zum BIP oder der Gesamtschuldenstand beläuft sich auf über 60 Prozent des BIP – konnte ab nun mit finanziellen Sanktionen gedroht und diese auch vollzogen werden.²³⁸

Ende 2011 verletzten 23 der damaligen 27 EU-Staaten aufgrund der Folgen der Krise die Konvergenzkriterien. Sie befanden sich in einem Defizitverfahren und mussten die Vorschläge der Europäischen Kommission sowie des Europäischen Rates befolgen, um die Defizite zu verringern. Am 13. Dezember 2011 wurden daraufhin vom Europäischen Parlament eine Richtlinie sowie fünf Verordnungen verabschiedet. Der sogenannte Six-Pack ist eine verschärfte Form des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Folgende Punkte sind darin enthalten:²³⁹

- Wenn ein Mitgliedstaat der Eurozone die geforderten Maßnahmen nicht erfüllt, werden finanzielle Strafen ausgesprochen.
- Der in den Jahren zuvor vernachlässigte Schuldenstand wird nun genau geprüft. Der Staat befindet sich bei Überschreitung der Staatsschulden von 60 Prozent des BIP in einem Defizitverfahren und hat drei Jahre Zeit, den Abstand zu diesen 60 Prozent um jährlich 1/20 zu verringern.
- Zusätzlich wird für Länder der Eurozone, bei denen kein Defizitverfahren eingeleitet wurde, mittelfristig ein spezifisches Haushaltsziel vereinbart. Die Ausgaben des Staates sind mit der Wachstumsrate gekoppelt. Dies galt 2011 nur für Schweden, Luxemburg, Finnland sowie Estland. Auch diesen Staaten können finanzielle Sanktionen von 0,2 Prozent des BIP drohen, falls ihre Politik von den Vorgaben abweicht.
- Um makroökonomische Ungleichgewichte zu vermeiden, sind ebenfalls Empfehlungen einzuhalten. Bei gravierenden Ungleichgewichten erfolgt ein klarer

²³⁸ vgl. Bundeszentrale für politische Bildung bpb 2016

²³⁹ vgl. Europäische Kommission 2011

Korrekturmaßnahmenplan. Auch hierbei kann bei Nichterfüllung eine Strafe von 0,1 Prozent des BIP vollzogen werden.

Folgende zehn Indikatoren dienen als Frühwarnsystem für makroökonomische Ungleichgewichte:

- „*Durchschnittlicher Leistungsbilanzsaldo für die letzten 3 Jahre in Prozent des BIP, mit Schwellenwerten von +6 % des BIP und -4 % des BIP;*
- *Netto-Auslandsvermögensstatus in Prozent des BIP, mit einem Schwellenwert von -35 % des BIP;*
- *prozentuale Veränderung der Exportanteile über 5 Jahre (in Werten), mit Schwellenwerten von -6 % des BIP;*
- *prozentuale Veränderung der nominalen Lohnstückkosten über 3 Jahre, mit Schwellenwerten von +9 % für Länder des Euro-Gebiets und +12 % für Länder außerhalb des Euro-Gebiets;*
- *prozentuale Veränderung der realen effektiven Wechselkurse auf der Grundlage der HVPI/VPI-Deflatoren über 3 Jahre, im Vergleich zu 35 weiteren Industrieländern, mit Schwellenwerten von -/+ 5 % für Länder des Euro-Gebiets und -/+ 11 % für Länder außerhalb des Euro-Gebiets;*
- *Schulden des privaten Sektors in % des BIP mit einem Schwellenwert von 160 %;*
- *Kreditfluss des privaten Sektors in % des BIP mit einem Schwellenwert von 15 %;*
- *Jährliche Veränderung der Immobilienpreise im Vergleich zu einem Eurostat-Deflator des privaten Verbrauchs, mit einem Schwellenwert von 6 %;*
- *Schulden des Sektors Staat in % des BIP mit einem Schwellenwert von 60 %;*
- *Durchschnittliche Arbeitslosenquote für die letzten 3 Jahre mit einem Schwellenwert von 10 %.*²⁴⁰

Gerade die Indikatoren, wie der Schuldenstand und die Kredite des privaten Sektors, die Änderung der Immobilienpreise, die Arbeitslosenquote und die Richtlinien zur

²⁴⁰ Europäische Kommission 2011, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-898_de.htm

Leistungsbilanz und zum Auslandsnettovermögen treffen auf Spaniens Entwicklung bis zum Ausbruch der Krise 2008 zu.

4.3.3 Der Fiskalpakt

Im Jänner 2012 wurde von allen EU-Mitgliedsstaaten bis auf Großbritannien und die Tschechische Republik ein neuer Vertrag zur Stabilisierung des Euroraumes signiert²⁴¹, welcher Anfang Jänner 2013 rechtsverbindlich wurde. Ziel ist es vor allem, die Staatsdefizite zu verringern und Korrekturmaßnahmen einzuführen. Als Basis dienen wiederum die Konvergenzkriterien der Haushaltsdefizite, welche nicht überschritten werden dürfen.²⁴²

Somit sollen die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten besser koordiniert und die Wettbewerbsfähigkeit gefördert, aber auch Wachstum und Beschäftigung gesichert und sozialer Zusammenhalt erreicht werden.²⁴³

Diese Aussagen stehen direkt in Artikel eins des Vertrages zum Fiskalpakt. Das bedeutet, die Europäische Union forciert die vorherrschende Denkrichtung (siehe Kapitel 4.3) und möchte mittels Austeritätspolitik einen Wirtschaftsaufschwung in Gang zu setzen.

Die Forderungen des Fiskalpaktes sind um einiges strenger als noch beim kurz zuvor geänderten Stabilitäts- und Wachstumspakt. Dies wird in Artikel drei des Fiskalpaktes ersichtlich, welcher besagt, dass die Staatshaushalte der Vertragsparteien ausgeglichen sein müssen oder sogar einen Überschuss aufweisen sollen. Ein ausgeglichener Staatshaushalt gilt bis zu einem strukturellen Defizit von 0,5 Prozent. Dieses darf entweder bei außergewöhnlichen Ereignissen überschritten werden oder wenn die Staatsschulden deutlich unter 60 Prozent des BIPs liegen. Hierbei gilt ein strukturelles Defizit bis höchstens einem Prozent. Wird dieses Ziel weit verfehlt, so müssen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden. Wie beim

²⁴¹ vgl. Europäische Zentralbank 2012

²⁴² vgl. Bundesfinanzministerium von Deutschland 2017c, S. 1f

²⁴³ vgl. Bundesfinanzministerium von Deutschland 2017c, S. 9

geänderten Stabilitäts- und Wachstumspakt, muss dann die Lücke um 1/20 jährlich zum Schuldenrichtwert von 60 Prozent des BIP verringert werden.²⁴⁴

Die Vertragsländer müssen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat einen Bericht über ihre Planungen zum Schuldenabbau vorlegen. Herrscht eine Vertragsverletzung vor, wird der Europäische Gerichtshof mit der Thematik beauftragt. Dieser wird ebenso eingeschaltet, wenn ein Land der Auffassung ist, dass ein anderes Land den Regeln nicht nachkommt. Der Europäische Gerichtshof kann dann eine Strafe bis zu 0,1 Prozent des BIP verhängen.²⁴⁵

Artikel 11 besagt, dass die geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen aller Mitgliedsländer einer Koordinierung der Organe der EU bedürfen.²⁴⁶

Anhand der festgelegten Richtlinien und Verträge sind Mitgliedstaaten, wie Spanien, gezwungen, die Austeritätspolitik voranzutreiben. Mit der Verabschiedung des Fiskalpaktes sind die Spielräume der einzelnen Staaten in Bezug auf Investitionen in Arbeitsplätze, Forschung und Entwicklung sowie in Bildung sehr eng gesetzt, wenn nicht gleich null.

4.3.4 Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte

Zur Stabilisierung des Finanzsystems wurden folgende Maßnahmen seitens der EU und EZB getätigt: So wurde das Europäische Finanzaufsichtssystem und die Bankenunion gegründet sowie von der EZB der Leitzins gesenkt und begonnen, Staatsanleihen der Mitgliedsstaaten zu kaufen.

²⁴⁴ vgl. Bundesfinanzministerium von Deutschland 2017c, S. 11ff

²⁴⁵ vgl. Bundesfinanzministerium von Deutschland 2017c, S. 16

²⁴⁶ vgl. Bundesfinanzministerium von Deutschland 2017c, S. 18

4.3.4.1 Europäisches Finanzaufsichtssystem und Bankenunion

Als Folge der Krise wurde 2011 das Europäische Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision - ESFS) gegründet, um eine einheitliche Finanzaufsicht der EU zu garantieren. Des Weiteren installierte man unter anderem die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority – EBA) und Aufsichtsbehörden für die Versicherungsbranche sowie für die Marktaufsicht. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) überwacht mit der Erhebung und Auswertung von Daten das Finanzsystem.²⁴⁷

Eine weitere Maßnahme für die Stabilisierung des Finanzsystems ist die Bankenunion. Hierbei erfolgt eine gemeinsame Aufsicht und man entwickelte für, in unüberbrückbare Schwierigkeiten geratene, Banken einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus.²⁴⁸

4.3.4.2 Die Geldpolitik und andere Maßnahmen der EZB

Auch die Europäische Zentralbank EZB veranlasste ein Bündel an Maßnahmen, obwohl eine direkte Einmischung in die EU-Mitgliedsstaaten laut EU-Recht verboten ist und sie die Unabhängigkeit wahren müsse. Im Gegensatz zu anderen Notenbanken, wie der US-amerikanischen Zentralbank Federal Reserve (FED), die neben der Preisstabilität auch Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in ihren Agenden hat, ist das eigentliche Ziel rein die Preisstabilität im Euroraum. Das gewünschte Inflationsziel liegt bei knapp zwei Prozent.²⁴⁹

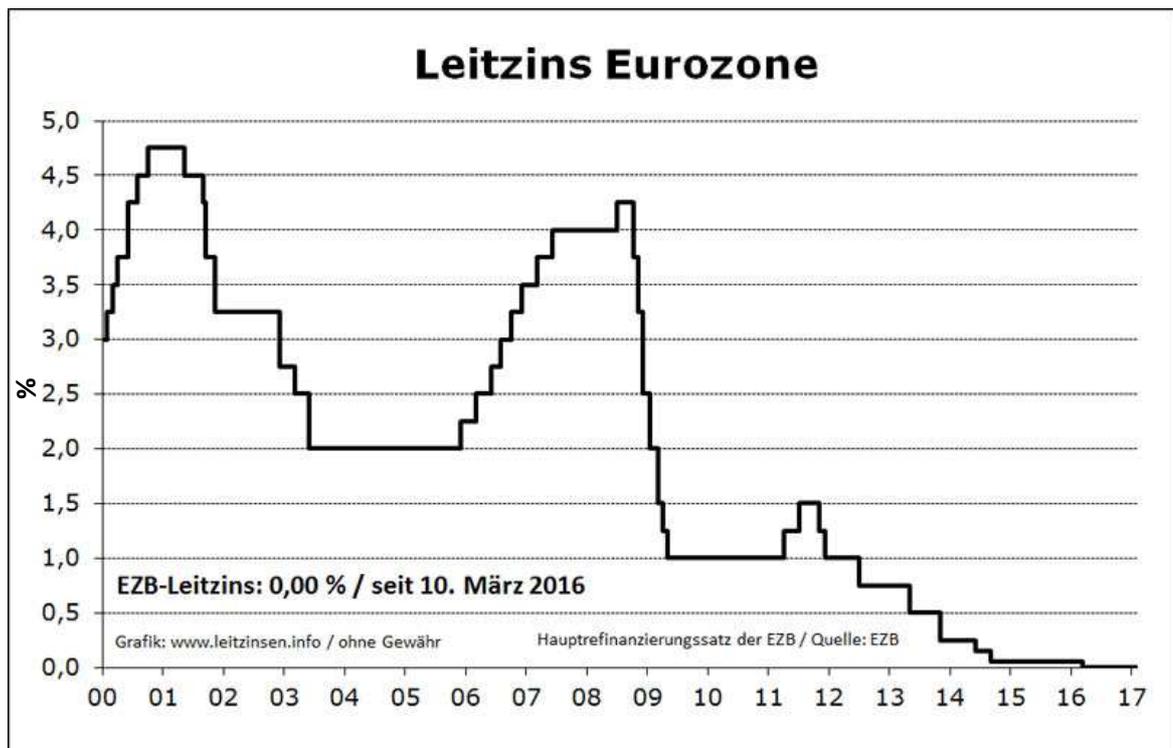
Eines der Hauptinstrumente der EZB ist die Bestimmung des Leitzinses. In Abbildung 22 ist die Entwicklung des Leitzinses ersichtlich:

²⁴⁷ vgl. Europäische Zentralbank 2017

²⁴⁸ vgl. Österreichische Nationalbank 2017

²⁴⁹ vgl. Tokarski 2016, S. 6ff

Abbildung 22: Entwicklung des Leitzinses der Eurozone (2000-2017):



(Quelle: Leitzinseninfo 2017)

In Abbildung 22 ist klar zu erkennen, dass die EZB den Leitzins von 2006 bis zum Ausbruch der Krise erhöhte – Ende 2008 lag dieser bei über vier Prozent – ihn dann jedoch innerhalb weniger Monate auf ein Prozent senkte. Seit März 2016 befindet sich der Leitzinssatz bei null Prozent. Das bedeutet, mit diesem Instrumentarium der Geldpolitik hat die EZB keinen Handlungsspielraum mehr. Interessant ist die leichte Anhebung des Leitzinses von eins auf 1,5 Prozent im Jahr 2011. Anscheinend dachte man, die Krise wäre schon überwunden.

In der Krise war und ist die EZB ein aktiver Akteur und spielt eine entscheidende Rolle bei gesamteuropäischen Maßnahmen und bei Forderungen an einzelne Länder.²⁵⁰ Die EZB intervenierte auf den Kapitalmärkten und bot Liquiditätshilfen für Banken an. Des Weiteren ist die EZB ein Teil der Troika²⁵¹, spielte eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Hilfskredite für Länder, wie Griechenland, und beeinflusst somit gravierend die Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten. Mit dem Ankauf von

²⁵⁰ vgl. Tokarski 2016, S. 6ff

²⁵¹ Die Troika besteht aus Europäischer Kommission, der EZB sowie des IWF

Staatsanleihen ihrer Mitgliedsstaaten zur Stabilisierung des Finanzmarktes und um die Deflation einzudämmen, beging sie einen weiteren Vertragsbruch. Diese Maßnahme war jedoch vor allem für die Zinsentwicklung von südländischen Staatsanleihen von großer Bedeutung.²⁵²

Da die Stabilität des Euroraums gefährdet war, weil sich die Lage der spanischen und italienischen Anleihemärkte rasant verschlechterte, kaufte die EZB 2011 auch Staatsanleihen von Spanien. Der damalige EZB-Präsident Trichet verlangte vom spanischen Regierungschef Zapatero tiefgreifende Strukturreformen und eine restriktive Fiskalpolitik, um die Kapitalmärkte zu stabilisieren, welche dann auch vorgenommen wurden (siehe Kapitel 4.1.2). Unter anderem war man gezwungen, die Löhne im öffentlichen Sektor zu reduzieren, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und den Staatshaushalt zu konsolidieren. Laut Wirtschaftswissenschaftler Pawel Tokarski spielte die EZB die Rolle eines Gläubigers, was mit den ursprünglichen Zielen der Bank nur schwer vereinbar ist.²⁵³

Im März 2015 begann der Staatsanleihenkauf für die Ankurbelung der Inflation. Bis März 2017 hielt die EZB Staatsanleihen und andere öffentliche Schuldenpapiere im Wert von 1,4 Billionen Euro. Monatlich kommen Wertpapierkäufe in der Höhe von 80 Mrd. Euro hinzu, um die Inflation auf das Inflationsziel von zwei Prozent steigen zu lassen.²⁵⁴

4.4 Aktuelle Maßnahmen der spanischen Regierung

Die meisten Maßnahmen der konservativen Regierung unter Mariano Rajoy wurden gleich zu Beginn der Legislaturperiode 2011 und 2012 vollzogen (siehe Kapitel 4.2). Um die Budgetziele des Fiskalpaktes für 2017 zu erreichen, verlangte die Europäische Kommission von Spanien eine Einsparung um 15 Mrd. Euro und das, obwohl 5,5 Mrd. Euro aufgrund der Wirtschaftsentwicklung schon erlassen worden waren. Die Ziele für

²⁵² vgl. Tokarski 2016, S. 6ff

²⁵³ vgl. Tokarski 2016, S. 25f

²⁵⁴ vgl. Handelsblatt 2017

den Staatshaushalt waren ein Budgetdefizit von 4,6 Prozent des BIP 2016, für 2017 lagen die Vorgaben bei 3,1 Prozent des BIP und für 2018 liegen sie bei 2,2 Prozent des BIP.²⁵⁵

Somit beschloss die Regierung Ende 2016, die Steuern weiter zu erhöhen und neue Steuern einzuführen, um zusätzliche Einnahmequellen zu lukrieren. Da Rajoy die Einkommenssteuer sowie die Mehrwertsteuer nicht erhöhen wollte, suchte er nach Alternativen. So wurde zum Beispiel die Steuer auf fossile Brennstoffe und die Körperschaftssteuer erhöht.²⁵⁶ Zusätzlich wurde die Alkohol- und Tabaksteuer erhöht und die Regierung erhofft sich so Mehreinnahmen von acht Mrd. Euro. Die neue Steuer auf Softdrinks soll 2017 weitere 200 Millionen Euro generieren.²⁵⁷ Des Weiteren wurde die Höchstbemessungsgrundlage für Sozialabgaben um drei Prozent von monatlich 3642 auf 3752,2 Euro für 2017 erhöht. Die Mindestbemessungsgrundlage stieg um acht Prozent gemeinsam mit der Erhöhung des Mindestlohnes.²⁵⁸ Laut der konservativen Zeitung El Mundo drängten die Gewerkschaften sowie die spanischen Sozialdemokraten PSOE auf die Erhöhung, da sie sonst die Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung der konservativen Regierung nicht mitgetragen hätten. Somit erhöht sich der Mindestlohn für 2017 von monatlich 665,20 Euro auf monatlich 707,70 Euro 14 Mal im Jahr.²⁵⁹ Dies ist die größte Erhöhung seit 30 Jahren. Ca. fünf Millionen ArbeitnehmerInnen werden davon profitieren. Die konservative spanische Regierung erwähnte, dass diese Maßnahme die Wettbewerbsfähigkeit Spaniens nicht beeinflussen würde.²⁶⁰ Die Mindestpensionen jedoch erhöhten sich 2017 nur marginal von 636,1 Euro auf 637,7 Euro monatlich.²⁶¹

Mit Ausnahme der, von der PSOE geforderten, Erhöhung des Mindestlohnes und der Mindestpensionen sind Budgetkürzungen und Steuererhöhungen rein restriktive fiskalpolitische Umsetzungen. Mit der Aussage, dass die spanische Regierung mit diesen Maßnahmen vier Millionen neue Arbeitsplätze schaffen möchte,²⁶² favorisieren sie, die in Europa vorherrschende, restriktive Fiskalpolitik. (siehe Kapitel 4)

²⁵⁵ vgl. Expansion 2016b

²⁵⁶ vgl. Segovia 2016

²⁵⁷ vgl. El País 2017b

²⁵⁸ vgl. El País 2017a

²⁵⁹ vgl. Munera, 2017

²⁶⁰ vgl. Munera, 2016

²⁶¹ vgl. El País 2017c

²⁶² vgl. El País 2017b

Welche Maßnahmen haben nun zu einem Wachstum in Spanien geführt, eine restriktive oder expansive Fiskalpolitik?

4.5 Evaluierung der Krisenpolitik

In diesem Kapitel werden die expansive der restriktiven Fiskalpolitik gegenübergestellt und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung mit den Wirtschaftsindikatoren von Kapitel 3 visualisiert.

4.5.1 Expansive Fiskalpolitik (2009 bis Mai 2010)

Die expansive Fiskalpolitik fand unter der Regierung der spanischen Sozialdemokraten von 2009 bis Mai 2010 statt.²⁶³ Die Entwicklung der Wachstumsrate des realen BIP während dieses Zeitraumes lässt sich mittels Abbildung 20 gut erkennen: Von 2008 bis 2009 fiel die jährliche Veränderungsrate von plus drei Prozent auf ca. minus fünf Prozent. Von 2009 bis Anfang 2011 jedoch stieg diese wieder auf ein leichtes Plus an. Während desselben Zeitraums erhöhte sich die Kapazitätsauslastung der spanischen Unternehmen von 68 auf 74 Prozent (siehe Abbildung 14). Ebenso erholte sich die Konsumententwicklung der privaten Haushalte: Ausgehend von einem Indexwert von 100 im Jahr 2008, stieg der Index von 94 auf über 96 (siehe Abbildung 16). Auch bei der jährlichen Preisentwicklung lässt sich eine Trendumkehr beobachten (Abbildung 21): Betrug die Inflationsrate von Spanien 2008 noch über fünf Prozent, so befand sich das Land 2009 in einer Deflation. 2011 jedoch wurde eine Inflationsrate von über drei Prozent erreicht.²⁶⁴

Der Rückgang des produzierenden Gewerbes, hierbei vor allem der Bauwirtschaft, konnte zwar nicht gestoppt, jedoch gemindert werden, ebenso wie die Zahl der notleidenden Kredite (siehe Abbildungen 13 und 18). Der Anstieg der Arbeitslosenquote von 2009 bis 2011 verringerte sich und stagnierte im Jahr 2010 bei ca. 20 Prozent (Abbildung 15).

²⁶³ vgl. Sánchez-Cuenca 2014, S. 111

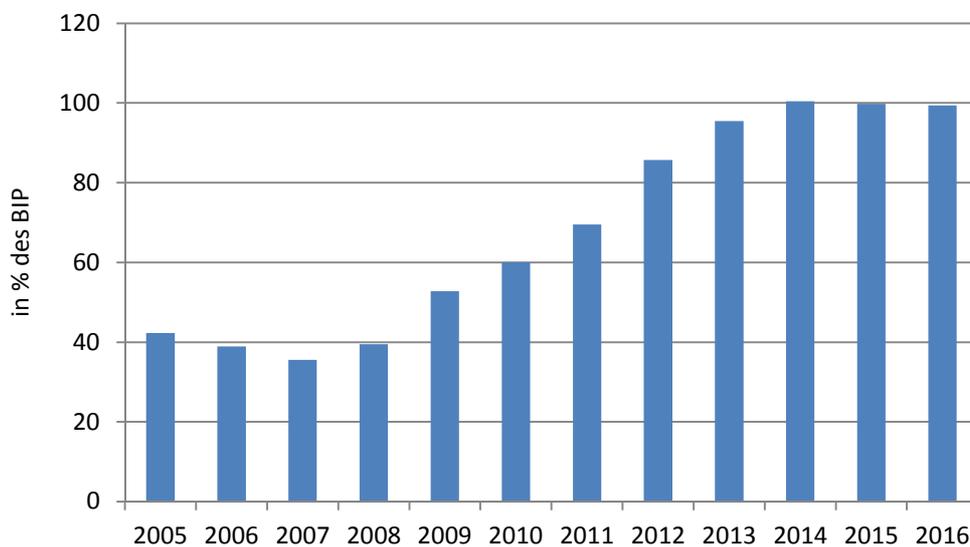
²⁶⁴ vgl. Bolaños 2015

Im Mai 2010 vollzog der damalige Regierungschef Zapatero, auch auf Drängen der Europäischen Union, einen Wechsel der Wirtschaftspolitik hin zur restriktiven Fiskalpolitik²⁶⁵, welche die konservative Regierung unter Rajoy dann fortsetzte und forcierte.²⁶⁶

4.5.2 Restriktive Fiskalpolitik ab Mai 2010

Mit Hilfe der Austeritätspolitik sollten die Staatsschulden verringert werden. Ein Indikator hierfür ist die Staatsschuldenquote in Prozent des BIP. Während der Zeit der expansiven Fiskalpolitik von 2008 bis 2010 stieg die Quote von unter 40 auf 60 Prozent an. Mit dem Wechsel der wirtschaftspolitischen Denkrichtung hin zur Sparpolitik, erhöhte sich die Staatsschuldenquote bis 2014 sogar auf knapp über 100 Prozent und stagnierte danach bis 2016 auf einem hohen Niveau. (siehe Abbildung 23)

Abbildung 23: Staatsschuldenquote Spaniens in Prozent des BIP (2005-2016):



(Datengrundlage: Expansión 2017; eigene Darstellung)

Aufgrund der restriktiven Fiskalpolitik verringerte sich die spanische Staatsschuldenquote nicht, sie erhöhte sich! Die Politik der konservativen PP-Regierung hatte somit das

²⁶⁵ vgl. Sánchez-Cuenca 2014, S. 107f

²⁶⁶ vgl. Spanische Regierung 2012, S. 1

Gegenteil erreicht, was sie bezwecken wollten. Was zeigen die anderen Wirtschaftsindikatoren für denselben Zeitraum?

Die Arbeitslosenquote stieg bis 2012 auf über 26 Prozent (Abbildung 15), fiel jedoch bis 2015 auf 21 Prozent.²⁶⁷ Die Kapazitätsauslastung der spanischen Unternehmen sank zwischen 2010 und 2012 auf 72,5 Prozent (Abbildung 14) und die Zahl der notleidenden Kredite wuchs im selben Zeitraum wieder stärker (Abbildung 18).

Von 2011 bis 2013 verzeichnete das Land negative Wachstumsraten des realen BIP. Ab diesem Zeitpunkt begann das reale BIP wieder zu steigen, erreichte jedoch 2016 noch nicht den Wert von 2008.²⁶⁸

Die Inflationsrate stagnierte bis 2012 bei ca. drei Prozent, danach fiel sie. 2014 bis 2016 kam es in Spanien sogar zu einer Deflation (Abbildung 21).

Spanien fiel ab 2011, anhand der Daten der dargestellten Wirtschaftsindikatoren, in eine Rezession. Die gewünschten Erfolge, wie Senkung der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum, konnten in Spanien bis 2012 mit der restriktiven Fiskalpolitik nicht erzielt werden. Im Gegenteil, aufgrund dieser Wirtschaftspolitik kam es zu einer negativen Entwicklung bei allen dargestellten Wirtschaftsindikatoren.

Die expansive Fiskalpolitik zu Beginn der Krise minderte hingegen die Auswirkungen der Krise und es konnte sogar ein kleines Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Laut Daten der Wirtschaftsindikatoren für Spanien verbesserte sich jedoch die Lage ab 2013: die Staatsschuldenquote sank minimal (Abbildung 23), die jährlichen Veränderungsrate des realen BIP begannen wieder zu steigen²⁶⁹ und die Arbeitslosenquote leicht zu sinken.²⁷⁰ Die Austeritätspolitik verfehlte in Spanien nicht nur das Ziel die Staatsschuldenquote zu senken, es kam sogar zu einem starken Anstieg. Aber brachte sie doch auch einen wirtschaftlichen Aufschwung ab 2013?

²⁶⁷ vgl. Gómez 2016

²⁶⁸ vgl. Bundesfinanzministerium von Deutschland 2017a

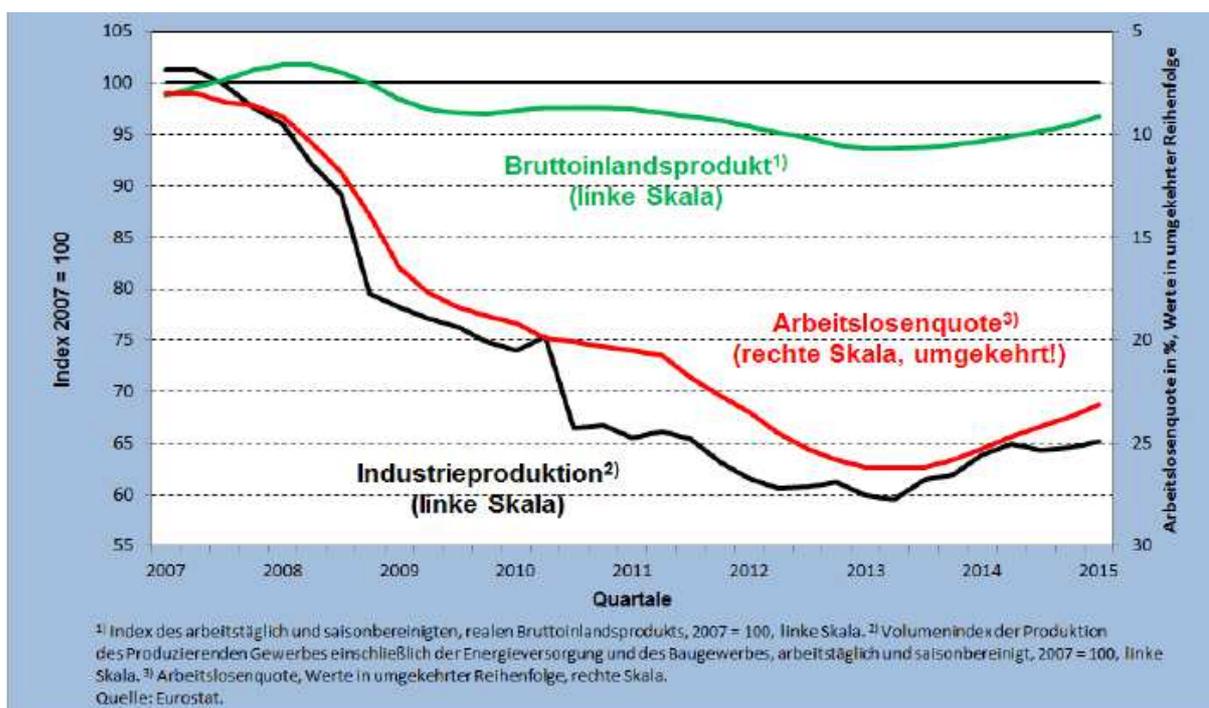
²⁶⁹ vgl. Bundesfinanzministerium von Deutschland 2017a

²⁷⁰ vgl. Gómez 2016

Laut deutschen Medien wie der FAZ ist Spanien sogar der Vorzeigestaat für eine erfolgreiche Reformpolitik. Für Flassbeck trägt jedoch der Schein: die Wirtschaftskraft steigt zwar, jedoch liegt sie weitaus tiefer als vor der Krise 2008 und noch immer niedriger als 2011²⁷¹, ein Jahr nach der Wende von einer expansiven, zu einer restriktiven Fiskalpolitik (siehe Kapitel 4.1.2).

Es erstaunt, dass das BIP weniger sank, als die Baubranche sowie die Industrie und Spanien und ab 2013 einen Aufschwung verzeichnete, obwohl beide Bereiche nur leicht stiegen. Auch zeigt sich Flassbeck verwundert, dass die Arbeitslosenrate Spaniens der von Griechenland ähnelte trotz eines viel moderateren Rückgangs des BIP.²⁷²

Abbildung 24: Reales BIP, Industrieproduktion und Arbeitslosigkeit in Spanien (2007-2015):



(Quelle: Flassbeck, Spiecker 2015: S.5)

²⁷¹ vgl. Flassbeck, Spiecker 2015, S. 2f

²⁷² vgl. Flassbeck, Spiecker 2015, S. 4f

Demnach hängt die Arbeitslosenquote kaum mehr mit dem BIP zusammen, jedoch mit der Industrieproduktion. Für Flassbeck ist daher bei den positiven Berichterstattungen betreff Erfolge der restriktiven Fiskalpolitik Vorsicht geboten.²⁷³

Der spanische Regierungschef Rajoy jedoch lässt sich feiern. Von 2015 bis 2017 verzeichnete Spanien eine Wachstumsrate jährlich von über drei Prozent und die Arbeitslosigkeit sank weiter auf 18 Prozent.²⁷⁴ Neben der Abkoppelung des BIP von der Industrieproduktion ist auch ein genauer Blick auf die Daten empfehlenswert:

Der Staat vollzieht eine restriktive Fiskalpolitik und die Investitionsquote stagniert seit 2012²⁷⁵. Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte steigen nach einem minus 2012 und 2013, seit 2014 wieder an²⁷⁶. Dies erklärt jedoch nicht alleine das Wachstum. Die hohen Wachstumsraten müssen daher auch teils vom Ausland stammen. Hierbei lohnt sich der Blick auf die spanische Leistungsbilanz von Tabelle 2:

Tabelle 2: Leistungsbilanz Spaniens 2013-2016 (in Mio. Euro):

	Saldo der Handelsbilanz	Saldo der Dienstleistungsbilanz			Erwerbs- und Vermögenseink. + laufende Übertragungen	Gesamt
		Tourismus	andere D.	Gesamt		
2013	-14.011	34.804	12.980	47.784	-18.182	15.591
2014	-22.376	35.438	12.447	47.885	-14.265	11.244
2015	-21.745	35.239	12.735	47.974	-11.503	14.726
2016	-17.918	36.268	14.365	50.634	-11.240	21.476

(Quelle: Spanische Nationalbank 2017a und 2017b; eigene Darstellung)

Die Handelsbilanz sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen und die laufenden Übertragungen verzeichnen von 2013 bis 2016 ein konstantes Minus. Die Dienstleistungsbilanz allerdings verfügt jedes Jahr über ein Plus von über 47 Mrd. Euro. Diese positive Bilanz ist vor allem dem Tourismussektor zu verdanken. Alleine 2016 verbuchte der Tourismus einen positiven Saldo von über 36 Mrd. Euro. Die

²⁷³ vgl. Flassbeck, Spiecker 2015, S. 5ff

²⁷⁴ vgl. Wandler, 2017

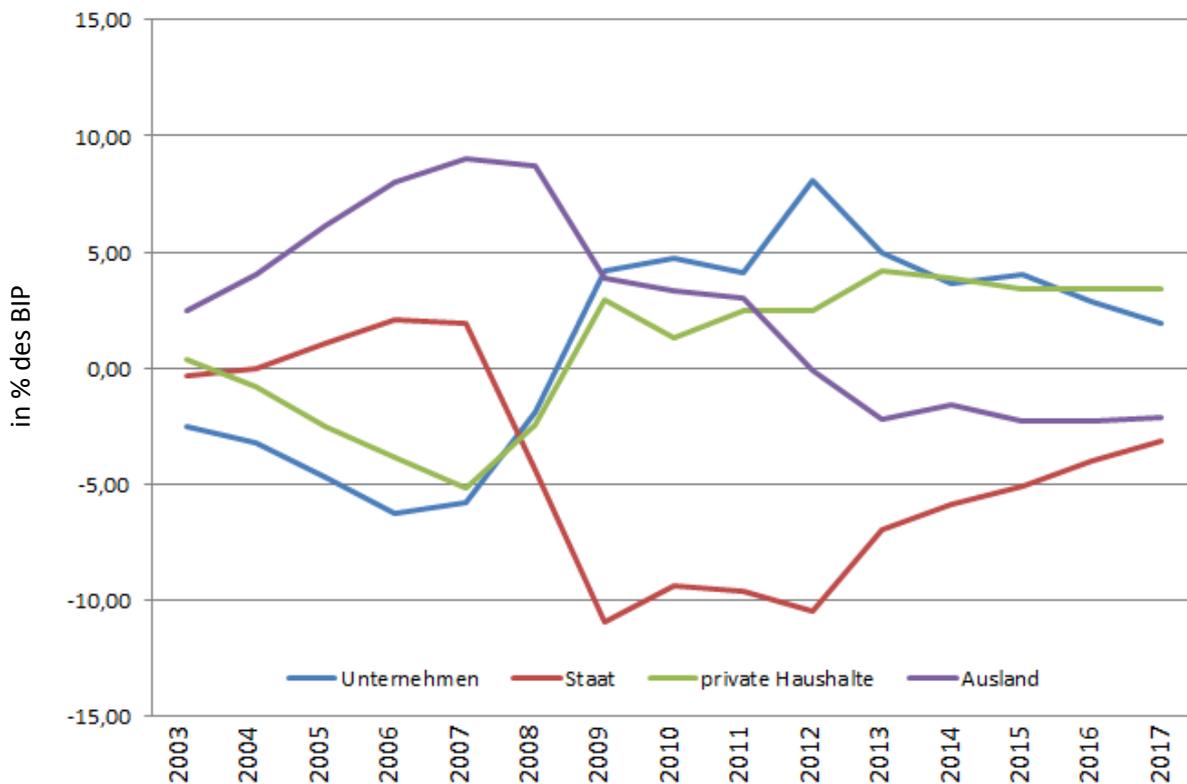
²⁷⁵ vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2017b

²⁷⁶ vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2017a

Leistungsbilanz liegt mit ca. 21,5 Mrd. Euro im Plus. Spanien verdankt das Wirtschaftswachstum vor allem dem Ausland (siehe Tabelle 2).

Dies bestätigen auch die aktuellen Finanzierungssalden für Spanien. Seit 2013 trägt das Ausland einen großen Teil zum Wirtschaftswachstum bei, während die privaten Haushalte und Unternehmen ein positives Saldo aufweisen und demnach sparen (siehe Abbildung 25).

Abbildung 25: Finanzierungssalden der Wirtschaftssektoren von Spanien in % des nominalen BIP (2003-2017)



(Quelle der Daten: Ameco 2018; eigene Darstellung)

Es gab grundlegende Änderungen am Arbeitsmarkt: Während Arbeitsplätze in der Industrie verschwanden, entstanden neue Arbeitsstellen im Tourismussektor. Diese verfügen allerdings meist nur über befristete Verträge, sind oft nur Teilzeit und sind schlechter bezahlt.²⁷⁷ Alleine von März 2015 bis März 2016 stieg die Zahl der ArbeitnehmerInnen mit begrenzten Arbeitsverträgen um zehn Prozent von 3,4 auf 3,7

²⁷⁷ vgl. Wandler, 2017

Mio. Die befristeten Arbeitsverträge machten schon 25 Prozent aller Arbeitsverträge aus.²⁷⁸

Die Lage von 70 Prozent der Einheimischen hat sich trotz des Wachstums nicht verbessert. Spanien verfügt noch immer über ein Viertel aller Arbeitslosen in der Eurozone. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit basiert weniger auf neuen Arbeitsplätzen, sondern auf der Emigration von 800.000 von vor allem jungen SpanierInnen seit Beginn der Krise, die ihr Glück in anderen Staaten suchten. Des Weiteren ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 43 Prozent noch immer sehr hoch. Auch die Schere zwischen arm und reich vergrößerte sich: Seit 2006 verbuchten die untersten zehn Prozent der ArbeitnehmerInnen einen Lohnrückgang von 28 Prozent, während die Zahl der Millionäre in Spanien um 50 Prozent zunahm.²⁷⁹

4.5.3 Kritik am Fiskalpakt

Für Schulmeister ist das Ziel, die Staatsschulden zu reduzieren, zwar richtig, dies kann jedoch nicht mit monetaristisch-neoliberalen Maßnahmen der Austeritätspolitik geschehen. Laut Schulmeister setzt der Fiskalpakt voraus, dass der Staat für seine Schulden selbst verantwortlich sei. Hierbei wird vergessen, dass, wenn der Staat seine Schulden senken will, es mindestens einen der anderen Wirtschaftsakteure benötigt – demnach die privaten Haushalte, die Unternehmen oder das Ausland – welcher die Überschüsse reduzieren oder die Schulden erhöhen muss, da die Finanzierungssalden wie kommunizierende Gefäße funktionieren.²⁸⁰ (siehe auch Abbildung 4 und 25, die Finanzierungssalden von Spanien)

Der Fiskalpakt verlangt eine Verringerung des strukturellen Defizits.²⁸¹ Nach den Vorgaben des Fiskalpaktes muss Spanien in den nächsten 20 Jahren den Abstand zur angestrebten Staatsschuldenquote von 60 Prozent des BIP jährlich um 1/20 verringern.

²⁷⁸ vgl. Gómez 2016

²⁷⁹ vgl. Wandler, 2017

²⁸⁰ vgl. Schulmeister 2012, S. 1ff

²⁸¹ vgl. Schulmeister 2014, S. 1

Dies bedeutet eine Einsparung von 1,5 Prozent des BIP pro Jahr. Für Schulmeister ist dies der falsche Weg:²⁸²

„...Die „Verzahnung“ von Defizit- und Schuldenregeln im Fiskalpakt verordnet (fast) allen EU-Ländern den „griechischen Weg“ in die Depression. Sparmaßnahmen reduzieren zwar das Defizit, aber gleichzeitig das BIP, die Staatsschuldenquote steigt, und das erzwingt ein (nahezu) permanentes Sparen. ... Im Gegensatz zur Defizitregel ist es für die Schuldenregel belanglos, wie die Staatsschuld entstand. Selbst wenn dies nur auf die Bekämpfung von Wirtschaftskrisen („Konjunktur“) zurückzuführen wäre, muss danach gespart werden.“²⁸³

Dies lässt sich sehr gut am Beispiel Spaniens erkennen, wo trotz der Sparpolitik die Staatsschuldenquote weiter stieg, anstatt sich zu verringern (siehe Abbildung 23).

Der Staat hat aufgrund des Fiskalpaktes kaum mehr die Möglichkeit, mittels expansiver Fiskalpolitik lenkend in die Wirtschaft einzugreifen.²⁸⁴ Die Maßnahmen der restriktiven Fiskalpolitik wirken sich auf auch die privaten Haushalte aus.

4.6. Krisenauswirkungen – die Ungleichheit der Gesellschaft

Alle Auswirkungen der Krise dazustellen, würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Die Auswirkungen auf bestimmte Wirtschaftsindikatoren wurden in Kapitel 4.5 näher aufgezeigt. Der Fokus dieses Kapitels liegt auf der Ungleichheit der privaten Haushalte und stellt folgende Fragen:

- Erhöhte sich die monetäre Ungleichheit nach der Krise in Spanien?
- Wer war besonders stark von der Krise betroffen?
- Welche Auswirkungen hatte dies auf die jeweiligen Lebensumstände?

Die Ungleichheit in einer Gesellschaft bedarf einer genaueren Betrachtung und Analyse: für den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO ist sie zum einen schädlich für ökonomisches

²⁸² vgl. Schulmeister 2012, S. 2

²⁸³ Schulmeister 2012, S. 2f

²⁸⁴ vgl. Schulmeister 2012, S. 4

Wachstum, zum anderen ebenso hinderlich für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft.²⁸⁵

Die Liberalisten sprechen von einer natürlichen Ungleichheit in der Gesellschaft. Es stimmt, dass jeder mit unterschiedlichen Fähigkeiten geboren wird, die Zukunft des Kindes hängt jedoch schon stark von der sozialen Schicht der Eltern ab. Auch die Möglichkeiten der Schulbildung spielen bei der späteren Verteilung der Einkommen eine entscheidende Rolle. Es gibt zwar eine natürliche Ungleichheit, die größte Bedeutung haben jedoch der Aufbau und die Organisation der Gesellschaft. So kann der Staat mit der Art des Steuersystems, der Sozialleistungen und der Gestaltung des Zugangs zur Bildung und Gesundheit, entscheidend eingreifen und die Ungleichheit der Primärverteilung der Einkommen mit der Sekundärverteilung korrigieren.²⁸⁶

4.6.1 Die Komplexität der Ungleichheit: der Versuch der Messbarkeit

Ungleichheit ist ein unklarer Begriff, den es genauer zu bestimmen gilt. Auch die Eingrenzung auf die ökonomische Ungleichheit der Gesellschaft ist noch viel zu groß, obwohl dieser Begriff oft verwendet wird. Es bedarf einer weiteren Differenzierung: erstens die Ungleichverteilung des Vermögens, welches Immobilien, Wertpapiere, Pensionsfonds und andere Vermögenswerte umfasst; zweitens die Ungleichverteilung der Einkommen: hierzu zählen der Lohn sowie Erträge aus Mieteinkünften, Dividenden oder Zinsen. Der Schwerpunkt dieses Kapitels bezieht sich auf die Verteilung der Einkommen der privaten Haushalte. Ohne sie ist es unmöglich, Vermögen aufzubauen.²⁸⁷

Wie wird die Ungleichheit bzw. Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen gemessen? Hierbei bestehen unterschiedliche Möglichkeiten: Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty favorisiert die Betrachtung der Konzentration des Einkommens oder Vermögens der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung eines Landes. Es können zum Beispiel auch die reichsten 20 oder nur das reichste ein Prozent

²⁸⁵ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 59

²⁸⁶ vgl. Flassbeck 2016, S. 1ff

²⁸⁷ vgl. Moncada, Ramón Rallo 2016, S. 9ff

dargestellt werden. Für die Wirtschaftswissenschaftler Moncada, Ramón ist diese Betrachtungsweise jedoch unvollständig, da die Verteilung des Einkommens oder des Vermögens der restlichen neun Dezile nicht ersichtlich ist.²⁸⁸

Eine weitere Möglichkeit, Ungleichheit aufzuzeigen ist, die reichsten und ärmsten Teile der Bevölkerung anhand des Einkommens bzw. Vermögens gegenüberzustellen. Oft wird das Verhältnis 20:20 genutzt, also das reichste Quintil eines Landes dividiert mit dem ärmsten Quintil. Bei der Ungleichheit des Vermögens kann diese Art der Darstellung nicht verwendet werden, da das ärmste Quintil meist verschuldet ist.²⁸⁹

Der Gini-Koeffizient ist ein geeignetes Mittel, um Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen darzustellen. Liegt der Koeffizient bei null, so herrscht eine Gleichverteilung in der Bevölkerung vor, während beim Wert 1 – in vielen Publikationen auch der Wert 100 – eine Person über alle Einkommen bzw. Vermögen verfügt, alle anderen jedoch nichts besitzen. Die Sichtbarkeit des Gini-Koeffizienten zeigt sich anhand der Lorenz-Kurve.²⁹⁰

Bei allen drei Messungen sieht man zwar den Grad der Ungleichheit, jedoch nicht die absoluten Zahlen. Es könnte zum Beispiel vorkommen, dass sich der Gini-Index erhöht, sich die monetäre Situation der gesamten Bevölkerung jedoch verbessert.²⁹¹

Zusätzlich werden in diesem Kapitel diverse Armutsindikatoren aufgezeigt, welche die Anzahl der armutsgefährdeten Personen eines Landes darstellen. Zu den wichtigsten zählt der Prozentsatz der Bevölkerung, der unter der Armutsschwelle liegt. Diese befindet sich laut Eurostat bei unter 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung eines Landes.²⁹² Eine weitere Möglichkeit, Armut sichtbar zu machen, besteht mit dem AROPE-Indikator.²⁹³ Dieser Indikator besteht aus drei Teilbereichen:

²⁸⁸ vgl. Moncada, Ramón Rallo 2016, S. 14

²⁸⁹ vgl. Moncada, Ramón Rallo 2016, S. 14f

²⁹⁰ vgl. Moncada, Ramón Rallo 2016, S. 16

²⁹¹ vgl. Moncada, Ramón Rallo 2016, S. 17

²⁹² vgl. Ararteko 2013, S. 41

²⁹³ vgl. Bundeszentrale für politische Bildung bpb 2017a

- „Das Einkommen der Person liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze.
- Die Person lebt in einem Haushalt, für den erhebliche materielle Entbehrung zutrifft.
- Die Person lebt in einem Haushalt mit einer sehr geringen Erwerbsbeteiligung (unter 20 %) der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder.“²⁹⁴

Personen sind dann armutsgefährdet, wenn zumindest einer der drei Punkte auf sie zutrifft. Dieser Indikator kann unterschiedlich dargestellt werden: zum Beispiel die Armutsgefährdung nach Quintilen, nach der Haushaltsgröße, nach Altersgruppen, usw;²⁹⁵

Auch bei der Armutsmessung ist zu beachten, dass Relativwerte vorliegen. Sinkt das Medianeinkommen, so kann auch die Zahl der armutsgefährdeten Personen zurückgehen, obwohl in absoluten Zahlen die Menschen über weniger Einkommen verfügen.

4.6.2 Die Ungleichheit Spaniens

Dieses Kapitel betrachtet diverse Arten der Ungleichheit in Spanien vor bzw. während der Krise und blickt auf die Folgen für die Bevölkerung bzw. den Staat.

4.6.2.1 Die Vermögensverteilung Spaniens im europäischen Vergleich

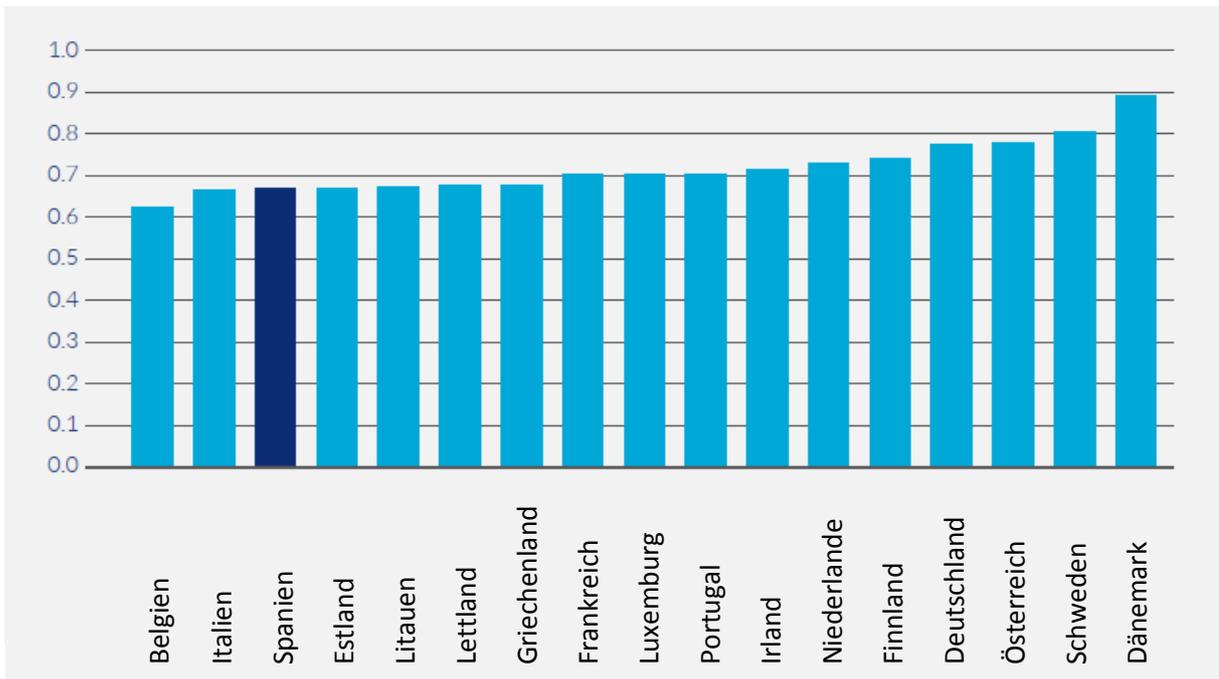
Das Vermögen in europäischen Staaten ist sehr ungleich verteilt. Vor allem in wohlhabenderen Staaten, wie Österreich oder Dänemark, mit einem Wert des Gini-Koeffizienten von fast 0,9, ist das Vermögen auf einen geringen Teil der Bevölkerung konzentriert. Spanien liegt mit einem Wert von 0,67 im niedrigen Bereich der 17 gezeigten Staaten. Demnach ist das Vermögen gleicher verteilt als in vielen Staaten Europas.²⁹⁶

²⁹⁴ Bundeszentrale für politische Bildung bpb 2017a, <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2016/226268/der-arope-indikator>

²⁹⁵ vgl. Bundeszentrale für politische Bildung bpb 2017a

²⁹⁶ vgl. Moncada, Ramón Rallo 2016, S. 18

Abbildung 26: Gini-Koeffizient (Wert von 0-1) nach Vermögen 2015:



(Quelle: Moncada, Ramón Rallo 2016: S. 19; eigene Übersetzung)

Betrachtet man das Vermögen der reichsten zehn Prozent, ergibt sich ein ähnliches Bild: Das obere Dezil in Spanien verfügt über 43 Prozent des Vermögens. Alleine betrachtet, ist ein Großteil des Vermögens auf wenige Personen konzentriert. Dieser Wert ist jedoch einer der geringsten unter den OECD-Staaten. Der OECD-Durchschnitt liegt bei ca. 50 Prozent. Angeführt wird diese Studie von Österreich mit einem Wert von 61,7 Prozent.²⁹⁷ Die Verteilung des Vermögens in Spanien hat sich in den letzten 30 Jahren auch kaum verändert.²⁹⁸

Das Vermögen Spaniens ist zwar ungleich verteilt, Spanien gehört dennoch zu den Staaten in Europa und im OECD-Raum mit der geringsten Ungleichverteilung an Vermögen. Interessanter ist die Verteilung der Einkommen der spanischen Haushalte zu betrachten.

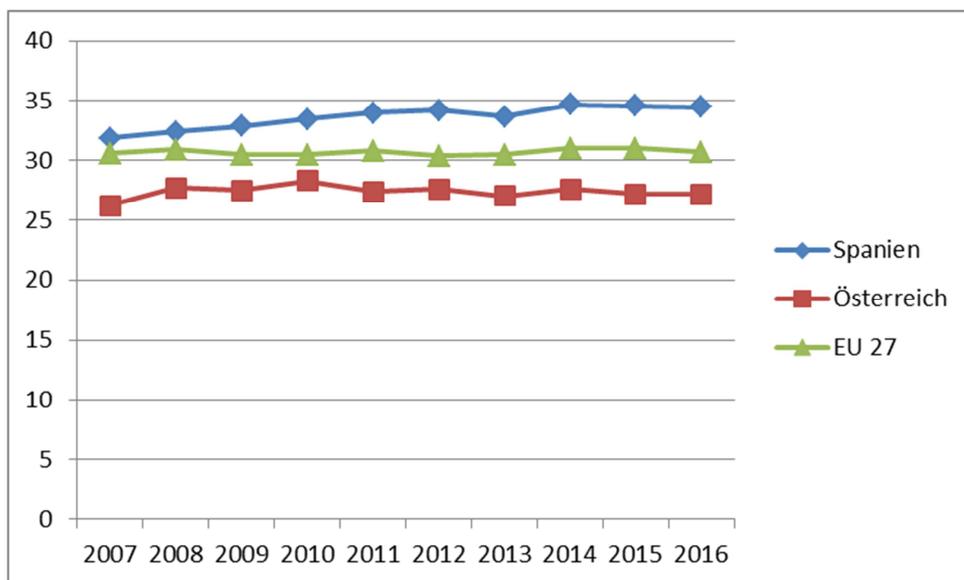
²⁹⁷ vgl. Moncada, Ramón Rallo 2016, S. 19

²⁹⁸ vgl. Ramón Rallo 2017

4.6.2.2 Die Verteilung des Einkommens Spaniens im europäischen und innerspanischen Vergleich

Laufende monetäre Einkommen sind für die meisten Menschen essentiell, um ihre Bedürfnisse abzudecken. In Abbildung 27 ist der Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens abgebildet. Hierbei werden die Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder addiert und durch die Anzahl der Personen dividiert, wobei eine Gewichtung erfolgt: der erste Erwachsene erhält die Äquivalenzgröße 1, jeder weitere 0,5, Kinder unter 14 Jahre werden mit 0,3 gerechnet.²⁹⁹

Abbildung 27: Gini-Koeffizient (0-100) des verfügbaren Äquivalenzeinkommens 2007-2016:



(Datengrundlage: Eurostat 2017; eigene Darstellung)

In Abbildung 27 ist ersichtlich, dass im ganzen Zeitraum von 2007 bis 2016 das verfügbare Äquivalenzeinkommen Spaniens ungleicher verteilt ist als in der EU 27 (ohne Kroatien). Während der EU-Durchschnitt rund um einen Wert von 30 liegt, erhöhte sich der Wert Spaniens im selben Zeitraum von 32 (2007) auf 35 (2014) und stagniert seitdem. Spaniens, schon vor der Krise ungleiche, Einkommensverteilung erhöhte sich demnach stetig, während es in anderen Staaten, wie Österreich, keine großen Veränderungen zu

²⁹⁹ vgl. Eurostat 2017

verzeichnen gab. Die Krise trug in Spanien folglich zu einer größeren Ungleichverteilung des Einkommens bei.

Die Gewerkschaft Gestha der technischen Angestellten im spanischen Finanzministerium erstellte 2013 eine Studie zur Ungleichheit in Zeiten der Krise. Sie bezogen sich auf die Einkommen von Privatpersonen und nahmen hierfür die Statistiken der Lohn- und Einkommenssteuer als Basis.³⁰⁰

Tabelle 3: Die Verteilung des Einkommens nach Quintilen von Spanien, Madrid und Extremadura (2012):

Spanien		Madrid		Extremadura	
Quintil	% des Gesamt-Einkommens	Quintil	% des Gesamt-Einkommens	Quintil	% des Gesamteinkommens
1	6,61	1	7,02	1	4,71
2	10,83	2	4,78	2	27,04
3	23,21	3	19,18	3	20,34
4	15,40	4	10,80	4	24,84
5	43,95	5	58,21	5	23,08

(Quelle: Gestha 2013, Zusammenfassung der Tabellen von S. 2, 10 und 11; eigene Übersetzung)

Tabelle 3 zeigt die Verteilung der Einkommen von Spanien sowie von den autonomen Regionen Madrid und Extremadura im Jahr 2012 nach Quintilen in Prozent. In Spanien verfügten 2012 die ärmsten 20 Prozent über 6,61 Prozent der Einkommen, die ärmsten 40 Prozent besaßen nur 17,44 Prozent. Den reichsten 20 Prozent standen 43,95 Prozent der Einkommen zur Verfügung. Als Vergleich wird die reiche Hauptstadtregion Madrid sowie die ärmere ländlich geprägte Region Extremadura herangezogen. Hierbei zeigen sich gravierende Unterschiede: während den ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung Madrids nur 11,80 Prozent der Einkommen gehörten, lag der Wert bei Extremadura bei über 30 Prozent. Hauptverantwortlich hierfür ist das zweite Quintil mit einem Anteil am Gesamteinkommen von 27,04 Prozent. Vergleicht man die reichsten 20 Prozent beider

³⁰⁰ vgl. Gestha 2013, S. 4

Regionen, ergibt sich ebenfalls eine große Divergenz: standen diesen in Madrid 58,21 Prozent der Gesamteinkommen zur Verfügung, so waren es in Extremadura nur 23,08 Prozent. Interessant ist die beinahe vollkommene Gleichverteilung der Einkommen der reichsten 80 Prozent der Bevölkerung von Extremadura, während die Einkommen Madrids sehr ungleich verteilt waren.

Die Ungleichverteilung des Einkommens erkennt man auch am Gini-Koeffizienten: dieser lag 2012 für die Region Extremadura bei 0,138, während er für die Region Madrid 0,434 betrug.³⁰¹

4.6.2.3 Gründe für die zunehmende Ungleichheit in Spanien – die Auswirkungen der Krise

In diesem Kapitel werden die Gründe für die zunehmende Ungleichheit der Einkommen während der Krise dargestellt. Einer der Hauptgründe für die zunehmende Ungleichverteilung des Einkommens liegt vor allem im Rückgang der unteren und mittleren Einkommen sowie an der Zunahme der Arbeitslosigkeit.³⁰²

4.6.2.3.1 Der Rückgang der verfügbaren Einkommen

Der Rückgang der verfügbaren Einkommen lässt sich gut am Medianeinkommen der einzelnen Personen erkennen. Dieses lag 2008 bei 14.795 Euro, 2013 jedoch nur mehr bei 13.269 Euro zu laufenden Preisen. Nach Abzug der Inflation ist für denselben Zeitraum ein Absinken sogar auf 12.193 Euro zu verzeichnen.³⁰³ Neuere Daten verweisen auf ähnliche Zahlen: So sank das Medianeinkommen spanischer Haushalte um elf Prozent von 30.045 Euro (2009) auf 26.730 Euro (2016).³⁰⁴

³⁰¹ vgl. Gestha 2013, S. 10f

³⁰² vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 63

³⁰³ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 65

³⁰⁴ vgl. Navarro 2017

Für eine genauere Analyse ist die Aufteilung der Einkommensklassen in Dezile vorteilhaft.
(siehe Tabelle 4)

Tabelle 4: Durchschnittseinkommen der spanischen Bevölkerung nach Dezilen (2008/2013):

Dezile	Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen			Prozentuelle Veränderung	
	2008 Laufende Preise	2013 Laufende Preise	2013 Zu konst. Preisen ab 2008	2008-2013 Zu laufenden Preisen	2008-2013 Zu konstanten Preisen ab 2008
1	3.830	2.812	2.584	-26,6	-32,6
2	7.721	6.386	5.868	-17,3	-24,0
3	9.837	8.473	7.786	-13,9	-20,8
4	11.865	10.286	9.452	-13,3	-20,3
5	13.790	12.246	11.252	-11,2	-18,4
6	15.845	14.341	13.178	-9,5	-16,8
7	18.335	16.830	15.465	-8,2	-15,7
8	21.487	20.057	18.430	-6,7	-14,2
9	26.161	24.607	22.611	-5,9	-13,6
10	41.521	38.001	34.919	-8,5	-16,0

(Quelle: Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015: S. 65; eigene Übersetzung)

Bei der Betrachtung der Tabelle 4 erkennt man von 2008 auf 2013 den Rückgang der Einkommen von allen 10 Dezilen. Ist die Abnahme der Einkommen schon bei laufenden Preisen ersichtlich, so verstärkt sich diese bei Abzug der jährlichen Preisänderungen. Somit verlor das ärmste Dezil der spanischen Bevölkerung zwischen 2008 und 2013 32,6 Prozent ihres Einkommens von 3830 Euro auf 2584 Euro. Die nächsten drei Dezile waren mit mindestens 20 Prozent Einkommensrückgang ebenso stark betroffen, während die reichsten Dezile einen geringeren Verlust aufwiesen.

Daraus ergibt sich eine Zunahme der Ungleichverteilung der Einkommen: Waren die Einkommen der reichsten zehn Prozent der spanischen Bevölkerung 2008 noch 10,9 Mal höher als die der ärmsten 10 Prozent, so erhöhte sich dieser Wert 2013 auf 13,5. Die

Gesamteinkommen verringerten sich zwar, wird jedoch der prozentuelle Anteil der einzelnen Dezile am Einkommen betrachtet, so konnten die reichsten 40 Prozent der Bevölkerung im selben Zeitraum ihren Anteil leicht vermehren – zwischen 0,2 und 0,7 Prozent – während die ärmsten 50 Prozent nicht nur einen absoluten, sondern auch einen relativen Einkommensverlust im Verhältnis zum gesamten Einkommen zu verzeichnen hatten.³⁰⁵

Von 2014 bis 2016 erhöhte sich das Durchschnittseinkommen um drei Prozent, wobei alle Dezile profitierten. Die größte Veränderung war im untersten Einkommensdezil mit plus 13,6 Prozent zu verzeichnen. Dennoch verfügte dieses Dezil 2016 noch um 516 Euro weniger als 2008.³⁰⁶

Da die Pensionen aufgrund der Erhöhung der Mindestpensionen und der Deckelung der Höchstpensionen über einen eher ausgleichenden Effekt verfügen, resultiert ein großer Teil der Ungleichheit der Einkommen aus den Lohneinkünften. Waren die Gehälter der reichsten 20 Prozent 2008 noch 8,7 Mal höher als die der ärmsten 20 Prozent, erhöhte sich diese Größe 2013 auf 11. Der Rückgang der Löhne konzentrierte sich auf die ersten zwei Dezile.³⁰⁷

Ein Grund für den Rückgang der Einkommen sind die Reformen des Arbeitsmarktes 2012 (siehe Kapitel 4.2). Eine Hauptursache ist jedoch die Zunahme der Arbeitslosigkeit.

4.6.2.3.2 Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit

Spaniens ist seit Beginn der Krise von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen. Nach dem nationalen statistischen Zentralamt von Spanien (siehe Abbildung 15) stieg diese von 2008 bis zum ersten Quartal 2013 von unter zehn Prozent auf über 26 Prozent. Seitdem fiel die spanische Arbeitslosenrate wieder auf knapp unter 17 Prozent. Interessant ist die Entwicklung der Arbeitslosenrate zwischen den Geschlechtern: Vor der Krise bis 2008 lag

³⁰⁵ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 66f

³⁰⁶ vgl. European Anti-Poverty Network (EAPN) 2017a, S. 60

³⁰⁷ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 70

die Arbeitslosenrate der Frauen um ca. fünf Prozent über der der Männer. Zwischen Beginn 2009 und dem Höhepunkt der Arbeitslosenrate 2013 war zwischen beiden Geschlechtern kaum ein Unterschied. Ab 2013 bis 2017 vergrößerte sich der Abstand fast wieder auf Vorkrisenniveau mit einer ungefähren um vier Prozent höheren Arbeitslosenrate der Frauen als die der Männer. In Spanien profitieren demnach Männer mehr als Frauen von einer niedrigeren Arbeitslosenrate.³⁰⁸

Nach der Differenzierung zwischen Männern und Frauen erfolgt nun eine Analyse der Entwicklung der Arbeitslosenrate nach Altersgruppen. In Tabelle 5 wird die Jugend- (Personen unter 25 Jahre) der Altersarbeitslosigkeit (Personen über 55 Jahre) gegenübergestellt.

Tabelle 5: Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen 2007-2017 in Prozent (Daten jeweils 1. Quartal pro Jahr):

Jahre	Jugendarbeitslosigkeit <25 Jahre (in %)	Altersarbeitslosigkeit >55 Jahre (in %)	Gesamtarbeitslosigkeit (in %)
2007	17,72	5,91	8,42
2008	21,08	6,41	9,6
2009	35,54	10,43	17,24
2010	40,73	13,13	19,84
2011	45,3	13,88	21,08
2012	51,67	16,67	24,19
2013	56,92	19,78	26,94
2014	55,49	19,76	25,93
2015	51,36	18,41	23,78
2016	46,5	17,26	21
2017	41,66	15,56	18,75

(Datengrundlage: Spanisches Statistikinstitut INE 2018a; eigene Darstellung)

Anhand von Tabelle 5 lässt sich ein großer Unterschied zwischen der Jugend- und Altersarbeitslosigkeit erkennen. Zwar verläuft die Entwicklung der genannten Arbeitslosenraten parallel mit jener der Gesamtarbeitslosenrate, jedoch liegt die Arbeitslosenrate der unter 25-Jährigen deutlich darüber, die Arbeitslosenrate der über 55-Jährigen darunter. Schon 2007, vor der Krise, waren 17,72 Prozent der jungen

³⁰⁸ vgl. Spanisches Statistikinstitut INE 2018a

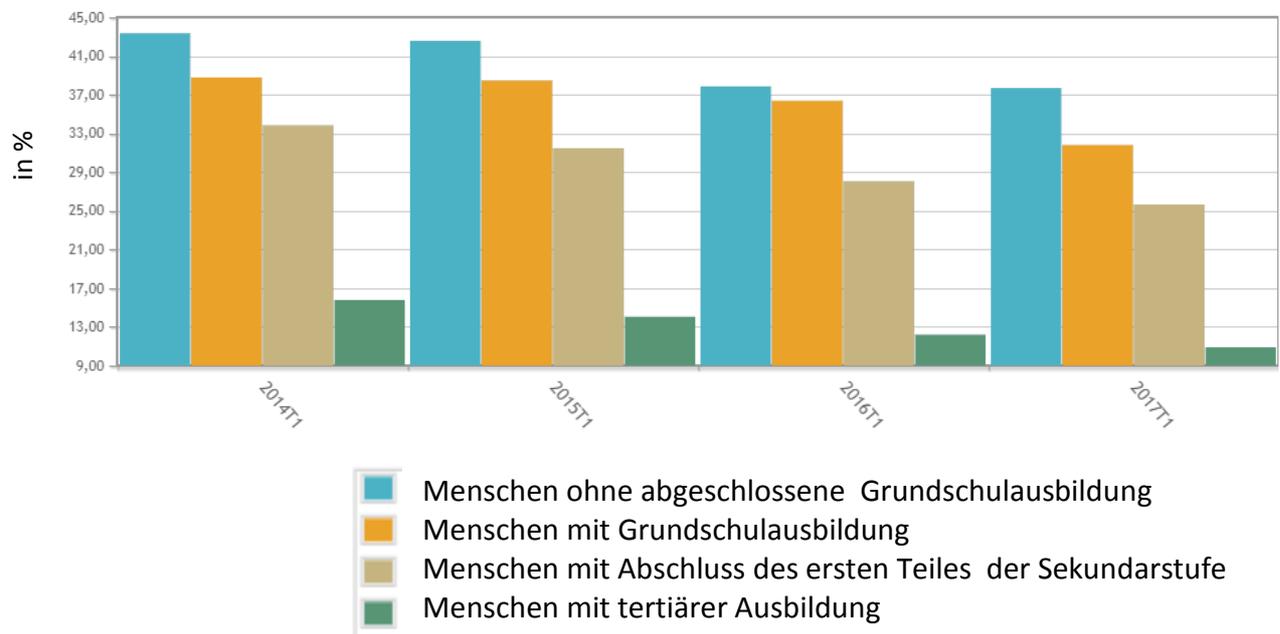
Erwachsenen ohne Arbeitsstelle. Dieser Wert erhöhte sich 2013 auf über 56 Prozent und sank bis zum ersten Quartal 2017 nur wenig auf 41,66 Prozent. Der Verlauf der Arbeitslosenrate der über 55-Jährigen verlief ähnlich: Von einem sehr niedrigen Ausgangswert von 5,91 Prozent 2007, stieg dieser bis 2013 auf knapp unter 20 Prozent und verringerte sich ebenso nur wenig auf 15,56 Prozent.

Aufgrund der Daten des statistischen Zentralamts von Spanien von Tabelle 5 ergeben sich folgende drei Schlussfolgerungen:

- Für Personen unter 25 Jahren ist es sehr schwer, in den spanischen Arbeitsmarkt einzutreten. Die Jugendarbeitslosigkeit von über 56 Prozent 2013 zeigt, dass die Krise sehr stark diese Altersgruppe betrifft.
- Die Altersarbeitslosigkeit erhöhte sich von 2007 bis 2013 ebenso stark von 5,91 Prozent auf 19,78 Prozent. Dennoch liegt diese noch deutlich unter jener der Gesamtarbeitslosenrate.
- Sowohl die Alters- als auch die Jugendarbeitslosenrate verringerte sich von 2013 bis 2017 um über 20 Prozent. Der Rückgang der Gesamtarbeitslosenrate im selben Zeitraum betrug jedoch über 30 Prozent. Beide Alterskohorten profitierten folglich weniger als andere von der Abnahme der Arbeitslosenrate.

Als nächstes erfolgt eine Untersuchung der Arbeitslosenrate nach Ausbildungsgrad der spanischen Bevölkerung.

Abbildung 28: Arbeitslosenrate in Prozent nach Ausbildungsgrad 2014-2017 (Daten jeweils 1. Quartal) pro Jahr:



(Quelle: Spanisches Statistikinstitut INE 2018b)

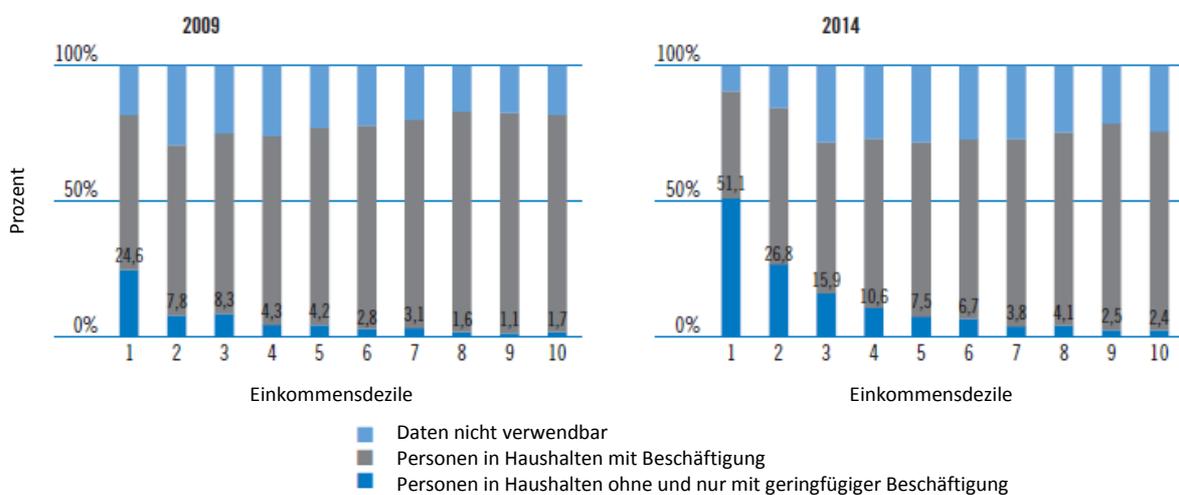
In Abbildung 28 wird die Arbeitslosenrate im Verhältnis zur jeweiligen Ausbildung gezeigt. Die Arbeitslosenrate für SpanierInnen ohne abgeschlossene Grundschulausbildung lag 2014 bei ca. 43 Prozent und sank bis zum ersten Quartal 2017 nur gering auf knapp über 37 Prozent. Auch Menschen mit Grundschulausbildung sowie Personen mit abgeschlossenem erstem Teil der Sekundarstufe, der noch nicht zu einem Studium berechtigt, haben ein hohes Risiko, keine Arbeitsstelle zu finden. Am schnellsten fiel die Arbeitslosenrate zwischen 2014 und 2017 für Menschen mit tertiärer Ausbildung: von 15,77 Prozent auf 10,89 Prozent. Je höher die Bildung, desto geringer sind die Chancen, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein.

Die Daten des spanischen statistischen Zentralamtes zeigen, dass junge Menschen ohne Ausbildung am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dies bestätigen auch mehrere Studien, die besagen, dass vor allem junge, wenig qualifizierte ArbeiterInnen

hauptsächlich in der Baubranche am meisten vom Immobilienboom vor der Krise profitierten und danach am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen waren.³⁰⁹

Der Anstieg der Arbeitslosenrate hatte auch Auswirkungen auf die Einkommen der Haushalte. In Abbildung 29 werden die Personen nach Einkommensdezilen unterteilt und ob sie in Haushalten mit hoher oder geringer Arbeitsintensität leben.

Abbildung 29: Einkommen der Bevölkerung nach Dezile in Kombination mit der Arbeitsintensität der Haushalte in denen sie leben (2009 und 2014):



(Quelle: Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015: S. 73; eigene Übersetzung)

Vergleicht man die Grafiken von 2009 und 2014 von Abbildung 29, lassen sich gewisse Trends erkennen. So erhöhte sich in den fünf Jahren in allen Einkommensdezilen der Prozentsatz der Personen in Haushalten ohne oder nur mit geringfügiger Beschäftigung. Logisch erscheint die Erhöhung des Prozentwertes je geringer das Einkommen einer Person ist, demnach bei den unteren Einkommensdezilen. Die Entwicklung von 2009 bis 2014 ist dennoch gravierend: Beim unteren Einkommensdezil verdoppelte sich der Prozentsatz von 24,6 auf 51,1 von Personen, die in Haushalten mit geringer oder keiner Beschäftigung leben, beim zweiten Einkommensdezil ergab sich fast eine Vervielfachung auf 26, 8 Prozent 2014.

³⁰⁹ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 74

Ab 2013 beginnt die Arbeitslosigkeit wieder zu sinken und es gibt Anzeichen eines Aufschwungs. Dennoch erfolgt kaum eine Verbesserung des sozialen Wohlstands und der Verringerung der Ungleichheit. Vor allem die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sind ein Grund zur Besorgnis.³¹⁰ 41,5 Prozent, insgesamt 1,8 Millionen Personen im Jahr 2016, waren seit mehr als zwei Jahren ohne Beschäftigung, 24,7 Prozent oder 1,1 Millionen Personen über vier Jahre.³¹¹

4.6.2.3.3 Die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen

Beim Arbeitsmarkt bedarf es nicht nur der Analyse der Arbeitslosenrate, auch die Art und Qualität der Beschäftigung ist ein wichtiges Zeichen für die monetäre Absicherung. 2012 wurde eine Reform des Arbeitsmarktes vollzogen, die mehr Beschäftigung zur Folge hatte. Die OECD kam zum Ergebnis, dass von 2012 bis 2016 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die spanische Bank BBVA berechnete 900.000 gerettete Arbeitsstellen. Dieser Erfolg wurde jedoch teuer gekauft. Die Arbeitsmarktreform hatte negative Auswirkungen für die Beschäftigten zur Folge. Die Löhne und Gehälter sanken. Lag das Durchschnittseinkommen der SpanierInnen laut des spanischen statistischen Zentralamtes 2011 bei 25.999,87 Euro, verringerte es sich 2015 um fast 800 Euro. Die Gründe sind vielfältig: So wurde der Kündigungsschutz gelockert. Kündigungen können ab 2012 leichter vollzogen werden, die Kosten für Kündigungen für die Unternehmen wurden reduziert, Klein- und Mittelunternehmen können neue junge ArbeitnehmerInnen im ersten Probejahr jederzeit ohne Kosten entlassen und Teilzeitarbeit sowie befristete Arbeitsverträge wurden forciert.³¹²

So erscheint es kaum zu verwundern, dass es für Menschen nach der Arbeitslosigkeit fünf Mal wahrscheinlicher ist eher einen befristeten als einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu unterzeichnen. Von 2007 bis 2016 erhöhte sich die Zahl der Menschen mit Teilzeitverträgen um 19,1 Prozent.³¹³ Die befristeten Arbeitsverträge werden auch immer

³¹⁰ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 74

³¹¹ vgl. Navarro 2017

³¹² vgl. Gómez 2017

³¹³ vgl. Europapress 2017

kürzer. 60 Prozent der neuen befristeten Arbeitsverträge zwischen 2005 und 2015 waren höchstens für zwei Jahre.³¹⁴ 15,3 Prozent der Beschäftigten arbeiteten nur stundenweise. Von 2,8 Millionen Personen, die 2016 in diesem Arbeitsverhältnis tätig waren, machten 60 Prozent dies, weil sie keine andere Arbeit finden konnten. Vor der Krise bekamen 25 Prozent dieser Unterbeschäftigten nach einer gewissen Zeit eine Vollzeitstelle, 2016 nur mehr 17,5 Prozent. 60 Prozent der Teilzeitbeschäftigten machten dies unfreiwillig. Vor der Krise betrug der Wert nur 30 Prozent.³¹⁵

Das Durchschnittseinkommen der ArbeiterInnen erhöhte sich von 2014 auf 2015 um 1,1 Prozent auf 23.106 Euro brutto. Der Lohn der unter 40-Jährigen jedoch fiel. Die 20- bis 24-Jährigen hatten sogar einen Einkommensverlust von 5,1 Prozent zu verzeichnen.³¹⁶

Die Arbeitsmarktreform hat wahrscheinlich eine höhere Beschäftigung zur Folge – die Erhöhung der Beschäftigung kann auch durch den Aufschwung der Konjunktur erfolgen – ArbeitnehmerInnen jedoch müssen meist schlechtere Arbeitsbedingungen und geringere Löhne in Kauf nehmen.

4.6.2.3.4 Die Bedeutung des Rückgangs des Sozialstaats

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der Liberalisierung des Arbeitsmarktes verfügen die SpanierInnen über verringerte Einkommen. Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Transferleistungen des Staates, demnach die Sekundärverteilung des Einkommens, die in einer Krise zusätzliche Bedeutung erlangen. Die Einführung der restriktiven Fiskalpolitik unter dem damaligen Ministerpräsidenten Zapatero und der Fortführung und Zuspitzung unter Mariano Rajoy hatte Auswirkungen auf die Ausgabenpolitik des Staates. (siehe Kapitel 4.1.2 sowie 4.2)

Für Universitätsprofessor Vicenç Navarro von der Universität Barcelona hat die Austeritätspolitik seit 2011 einen bedeutenden Anteil an der zunehmenden Ungleichheit.

³¹⁴ vgl. Gómez 2017

³¹⁵ vgl. Rodríguez de Paz 2017

³¹⁶ vgl. Rodríguez de Paz 2017

Die öffentlichen Ausgaben Spaniens mit 43,6 Prozent des BIP lagen 2016 unter dem EU-Schnitt von 48,1 Prozent des BIP. Darüber hinaus lagen die Sozialausgaben mit 24,6 Prozent des BIP im unteren Bereich im Vergleich zu den EU-15-Staaten. Auch die Ausgaben pro Kopf zählen zu den geringsten im EU-15-Vergleich und verringerten sich während der Krise aufgrund der Budgetkürzungen. Zwischen 2009 und 2016 reduzierten sich die Ausgaben im Gesundheitsbereich pro Kopf um 14,2 Prozent, von 1.393 auf 1.195 Euro. Die Bildungsausgaben pro Kopf verringerten sich im selben Zeitraum um 5,87 Prozent, von 834 auf 785 Euro. Die restlichen Sozialausgaben ohne Bildung, Gesundheit und Pensionen betrugen 2016 16 Mrd. Euro und reduzierten sich um eine Mrd. Euro im Vergleich zu 2010.³¹⁷

Die wirkt sich auch auf die Sekundärverteilung der Einkommen aus. Lag die Armutsgefährdung der spanischen Bevölkerung nach der Primärverteilung der Einkommen – hier nach Steuerabgaben ohne Sozialtransfers - 2016 bei 29,5 Prozent (EU-Durchschnitt bei 26 Prozent), so verringerte sich diese nach der Sekundärverteilung auf 22,3 Prozent (EU-Durchschnitt bei 17,3 Prozent). Die Differenz liegt in der EU bei 8,7 Prozent, in Spanien hingegen nur bei 7,2 Prozent. Dies bedeutet, dass die Transferleistungen in Spanien zu gering sind, um die Armutsgefährdung drastisch zu reduzieren.³¹⁸

Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit, der Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die eine Schlechterstellung der ArbeiterInnen und Angestellten bewirkte, sowie der Kürzung der Sozialausgaben lässt sich der Rückgang der Einkommen der spanischen Bevölkerung, vor allem der der ärmsten Bevölkerung, gut erklären (siehe Tabelle 4). Viele SpanierInnen gerieten demnach in Armut.

³¹⁷ vgl. Navarro 2017

³¹⁸ vgl. Navarro 2017

4.6.2.4 Die Zunahme der Armut als Folge der Krise

Armut kann mit verschiedenen Indikatoren gemessen werden. Ein bedeutendes Maß ist die Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung liegt. Laut spanischem statistischen Zentralamt erhöhte sich die Zahl der Menschen unter dieser Armutsschwelle von 19,8 Prozent 2008 auf 22,2 Prozent 2014 und stagniert seitdem.³¹⁹ Die Zahl der armutsgefährdeten SpanierInnen hat sich demnach kaum erhöht. Hierbei gilt es zu beachten, dass es sich um eine relative Armut handelt. Die Armutsgefährdungsschwelle sank von 2009 bis 2014 von 8.877 Euro auf 7.961 Euro des durchschnittlichen Nettoeinkommens pro Person und Jahr.³²⁰

2016 befanden sich mehr als 10 Millionen SpanierInnen unter der Armutsgefährdungsschwelle, was 22,3 Prozent der spanischen Bevölkerung entspricht. 42,3 Prozent der Haushalte mit einem Erwachsenen und mindestens einem Kind waren im selben Jahr armutsgefährdet. Die andauernde Armut – Personen, die in den drei letzten Jahren mindestens zwei Jahre armutsgefährdet waren – lag 2015 bei 15,8 Prozent, in der Eurozone hingegen nur bei 11,5 Prozent.³²¹

Die Zahl der Menschen in strenger Armut, die höchstens über 30 Prozent des Medianeinkommens verfügen, stieg von 4,1 Prozent 2008 auf 7,6 Prozent 2015 und fiel auf 6,4 Prozent 2016. In absoluten Zahlen waren dies 2,9 Millionen SpanierInnen. Die Risikogruppen waren unter 18-Jährige mit 9,9 Prozent und Drittstaatsangehörige mit 20,2 Prozent.³²²

Der AROPE-Indikator der Europäischen Union als Maß für Armutsgefährdung und sozialer Ausgrenzung zeigt folgende Ergebnisse: Zwischen 2009 und 2014 erhöhte sich der Prozentsatz der armutsgefährdeten Personen in Spanien um 4,5 auf 29,2. Dies war der zweithöchste Wert nach Griechenland im gesamten Euroraum.³²³ 2016 waren 27,9 Prozent der spanischen Bevölkerung von Armut betroffen. Der Wert sank demnach

³¹⁹ vgl. Spanisches Statistikinstitut INE 2017

³²⁰ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 78

³²¹ vgl. Navarro 2017

³²² vgl. European Anti-Poverty Network (EAPN) 2017a, S. 55f

³²³ vgl. European Anti-Poverty Network (EAPN) 2017b, S. 5

moderat, lag jedoch noch immer weit über dem der Eurozone (23 Prozent).³²⁴ Während der AROPE-Indikator 2016 für Personen über 65 mit 14,4 Prozent einen niedrigen Wert verzeichnete, waren die 16- bis 29-Jährigen mit 37,7 Prozent sehr stark betroffen. Den höchsten Wert erzielten AlleinerzieherInnen mit 53,3 Prozent sowie MigrantInnen mit 60,10 Prozent.³²⁵

Eine weitere Möglichkeit, Armut zu messen, besteht in der Messung der materiellen Deprivation, in welcher Menschen sich mit alltäglichen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr versorgen können. Jeder zehnte Haushalt konnte sich in Spanien 2016 das Heizen nicht leisten, 40 Prozent der Haushalte verfügten über zu wenig Geld, um eine Woche im Jahr auf Urlaub zu fahren. Ebenso 40 Prozent konnten keine unvorhergesehenen Ausgaben tätigen. Für 15,3 Prozent war es sehr schwer, mit dem Einkommen bis zum Ende des Monats zu gelangen.³²⁶

Eine genauere Analyse erfolgt mit der Trennung von armutsgefährdeten Personen, die bis 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hatten und Personen, über der Armutsgefährdungsschwelle lagen. Konnten sich 2009 22,1 Prozent der Armen Freizeitaktivitäten wie Kino, Konzerte und Sport nicht leisten, so waren es 2016 38,2 Prozent. Bei den nichtarmutsgefährdeten Personen erhöhte sich im selben Zeitraum der Prozentsatz von 7,2 auf 11,3. Eine Woche Urlaub im Jahr konnten sich 2009 61,9 Prozent der armutsgefährdeten SpanierInnen nicht leisten, 2016 waren es 72,6 Prozent. Für über 70 Prozent der, von Armut betroffenen Personen, waren 2016 unvorhergesehene Ausgaben unmöglich zu tätigen. Fast ein Viertel der Armen konnte sich 2016 nicht mit Familienangehörigen oder Freunden einmal in der Woche in einem Restaurant oder Bar verabreden, um gemeinsam zu essen oder zu trinken. 2009 betrug der Wert nur 15,2 Prozent. Der soziale Ausschluss und die materielle Deprivation sind für armutsgefährdete Personen aufgrund fehlender Einkommen und Vermögen um zwei bis sechs Mal höher, als für nicht von Armut betroffene Personen.³²⁷

³²⁴ vgl. Navarro 2017

³²⁵ vgl. European Anti-Poverty Network (EAPN) 2017b, S. 5f

³²⁶ vgl. Navarro 2017

³²⁷ vgl. European Anti-Poverty Network EANP 2017a, S. 68

Für Vicenç Navarro ist die Armut in Spanien nicht konjunkturell, sondern hat strukturelle Gründe aufgrund der getätigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen.³²⁸

4.6.2.5 Die Auswirkungen der Ungleichheit auf die Privathaushalte

Folgendes Kapitel stützt sich zum größten Teil auf den Bericht des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO für Spanien vom Jahr 2015.

4.6.2.5.1 Die Ungleichheit des Konsums

Mit Beginn der Krise 2008 erfolgte ein sofortiger Abschwung der Konsumausgaben der privaten Haushalte. Betragen die durchschnittlichen Konsumausgaben 2006 noch 30.015 Euro pro Haushalt, so sanken sie bis 2014 auf 23.560 Euro. Dies ist ein Rückgang um 22 Prozent. Die sinkenden Konsumausgaben hatten einen großen Einfluss auf die Lebensqualität der SpanierInnen. Um die Kreditrückzahlungen und Mieten der Wohnungen und Häuser zu garantieren, musste in anderen Bereichen gespart werden, da diese 2014 ein Drittel der Gesamtausgaben ausmachten, während diese 2006 nur ein Viertel betragen. So sanken zum Beispiel die Autokäufe und die Ausgaben für Kunst, Kultur und Freizeit.³²⁹ Laut einer Umfrage von 2013 änderten 86 Prozent aller SpanierInnen ihr Konsumverhalten, um zu sparen. Auch die Essgewohnheiten wandelten sich: Menschen bringen mehr hausgemachtes Essen mit in die Arbeit und auch, wenn sich ein Restaurantbesuch finanziell ausgeht, wird auf den Preis geschaut. Vier Prozent aller SpanierInnen verfügen über zu geringe finanzielle Mittel, um ausreichend Nahrungsmittel für den täglichen Bedarf zu kaufen.³³⁰

Die Konsumausgaben sind vor allem bei Menschen mit geringfügiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit am stärksten zurückgegangen. PensionistInnen hingegen konsumierten

³²⁸ vgl. Navarro 2017

³²⁹ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 85

³³⁰ vgl. Sánchez-Valdemoro Ramos 2015, S. 4f

2014 fast 15 Prozent mehr als 2006.³³¹ Der Markt mit Luxusgütern in Spanien floriert. Von 2011 bis 2015 wuchs dieser Sektor um 33 Prozent. Spanien ist der fünftgrößte Markt mit Luxusprodukten in Europa nach Frankreich, Italien, Deutschland und der Schweiz.³³²

4.6.2.5.2 Die Ungleichheit in der Bildung

Ein faires Bildungssystem, das allen Bevölkerungsgruppen gleichen Zugang zu Bildung ermöglicht und eine gleichere Verteilung der Menschen in allen Bildungsbereichen vom Pflichtschulabschluss bis hin zur Universitätsausbildung trägt zu geringerer Ungleichheit bei. In Spanien hingegen verfügen die meisten Menschen entweder über nur einen sehr geringen Bildungsabschluss oder über eine tertiäre Ausbildung.³³³

Ein weiteres Problem ist die hohe Quote an SchulabbrecherInnen. Diese sank von 2008 von 31,9 Prozent auf 22,3 Prozent 2014, blieb jedoch dennoch hoch. Der Grund für den Rückgang ist auch die hohe Arbeitslosigkeit für Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen, während man bis 2008 gerade im Bauwesen und Tourismus Arbeitskräfte benötigte, bei welchen der Ausbildungsgrad der Beschäftigten nicht so bedeutend war. Vor allem Schüler brechen die Schulausbildung eher ab, als die Schülerinnen. Im Schuljahr 2011/2012 beendeten 26,8 Prozent der Burschen ihre Schulausbildung vorzeitig, während dies nur 17,2 Prozent aller Mädchen betraf.³³⁴ Das Programm gegen Schulabbruch für Personen mit geringen Einkommen beginnt dennoch zu wirken.³³⁵

In Spanien wird Bildung auch vererbt. Die Wahrscheinlichkeit, eine Universitätsausbildung zu beginnen, ist doppelt so hoch, wenn die Eltern über einen sekundären Bildungsabschluss verfügen und vier Mal so hoch, wenn sie eine Universität absolvierten. Daher sind Hilfen des Staates, wie Stipendien, sehr bedeutend für untere soziale Schichten, um die Möglichkeit zu besitzen, ebenso ein Studium zu absolvieren. Während

³³¹ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 86

³³² vgl. Expansión 2016a

³³³ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 87

³³⁴ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 87

³³⁵ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 90

Hilfen, wie der einfachere Zugang zu Lernmaterialien oder Hilfen für Großfamilien, reduziert wurden, erhöhte man die Zahl der Stipendien von 500.000 im Studienjahr 2007/2008 auf fast 800.000 im Studienjahr 2011/2012.³³⁶

4.6.2.5.3 Ungleichheit und Gesundheit

Gerade während der Krise kürzten viele europäische Staaten die Gesundheitsausgaben, so auch Spanien. Diese wurden von 2009 bis 2013 um 13 Prozent reduziert. So schlossen einige öffentlichen Primärgesundheitszentren „Centros de Salud“ und manche verringerten ihre Öffnungszeiten. Auch die Wartezeiten für spezielle Ärzte oder für Operationstermine wurden länger. Die Zahl der Menschen, die für eine Operation warten mussten, erhöhte sich von 2009 auf 2014 um 47 Prozent auf mehr als eine halbe Million. Personen mit privater Krankenversicherung betraf dies nicht. Somit erscheint es nicht zu verwundern, dass auch im Gesundheitsbereich die Ungleichheit zunahm.

4.6.2.5.4 Ungleichheit und Wohnen

Der Zugang zu leistbarem Wohnen ist ein sehr bedeutender Bereich für den sozialen Zusammenhalt. Die Politik förderte von 2002 bis 2007 den Bau bzw. Kauf eines Eigenheimes. Dies bewirkte eine zunehmende Verschuldung der privaten Haushalte. Mit dem Platzen der Immobilienblase wurde der Zugang zum Wohnen immer schwieriger und viele SpanierInnen hatten große Probleme, ihr auf Hypothek finanziertes Eigenheim zu behalten. Die Preise für Wohnungen und Häuser sanken zwar, die Menschen hatten aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit und dem erschwerten Zugang zu Krediten Schwierigkeiten, passenden Wohnraum zu finden. Vor allem junge Erwachsene bleiben deswegen noch länger im Elternhaus. Durchschnittlich verließen SpanierInnen 2013 mit 28,9 Jahren ihre Eltern, was einem der höchsten Werte in der Europäischen Union entsprach.³³⁷

³³⁶ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 89ff

³³⁷ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 95

Jedoch nicht nur junge SpanierInnen, auch Menschen, die in nicht geförderten Mietwohnungen leben, Personen unter der Armutsgrenze, Arbeitslose, MigrantInnen und AlleinerzieherInnen haben Probleme, sich das Wohnen leisten zu können. So stieg der Zahlungsverzug bei Mieten von 2007 bis 2014 um 163 Prozent.³³⁸

Auch die Zahl der Menschen, die ihre Hypothek auf ihr Eigenheim nicht mehr zurückzahlen konnten, wurde größer. Wurden 2007 in ganz Spanien noch 25.943 Hypothekenzwangsvollstreckungen vollzogen, waren es 2009 schon 93.636. Zwischen 2007 und 2012 waren es 441.060 Zwangsvollstreckungen. 74,76 Prozent betrafen den Hauptwohnsitz. 2013 verkündete der Europäische Gerichtshof ein Urteil, dass das spanische Recht, welches die Zwangsvollstreckungen regelte, das Recht der Menschen verletzte.³³⁹ Dieses Urteil bezog sich unter anderem auf Gesetze, die 2009 und 2011 von der spanischen Regierung verabschiedet wurden. Diese ermöglichten, zehn Tage nach Bekanntmachung der Zahlungsaufforderung ohne Gerichtsbeschluss die Mietwohnung zwangsräumen zu lassen.³⁴⁰

Dennoch hat im Jahr 2014 die Zahl der Hypothekenzwangsvollstreckungen um 7,4 Prozent auf 34.680 Wohnungen und Häuser zugenommen. Und zwischen 2012 und 2015 wurden zwar mehrere Gesetze von der spanischen Regierung verabschiedet, um Menschen in dieser Situation zu unterstützen, diese waren jedoch unzureichend. Nur ca. 31.500 Familien profitieren davon.³⁴¹

³³⁸ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 96

³³⁹ vgl. Fernández Marugán 2013, S. 31ff

³⁴⁰ vgl. Cano, Etxezarreta 2014, S. 47

³⁴¹ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 96

Der Wirtschaftswissenschaftler López Prol verweist auf den Artikel 47 in der spanischen Verfassung, der durch die Zwangsräumungen verletzt wurde:³⁴²

„Alle Spanier haben das Recht auf eine würdige und angemessene Wohnung. Die öffentliche Gewalt fördert die notwendigen Voraussetzungen und setzt die entsprechenden Vorschriften zur wirksamen Anwendung dieses Rechts fest. Sie regelt die Nutzung des Bodens im Interesse der Allgemeinheit und zur Verhinderung der Spekulation. Die Gemeinschaft ist am Wertzuwachs beteiligt, der durch Städtebaumaßnahmen der öffentlichen Hand entsteht.“³⁴³

SpanierInnen wohnen mehrheitlich in Eigenheimen. Die Krise produzierte jedoch einen Anstieg der von Menschen, die in Mietwohnungen lebten. Wohnten 2007 noch 19,4 Prozent aller SpanierInnen in Miete, erhöhte sich der Anteil 2013 auf 22,3 Prozent. Die meisten Mietwohnungen in Spanien sind jedoch älter und in schlechtem Zustand. 2011 verfügten über 9,3 Prozent aller Mietwohnungen erhebliche Mängel. Mieten sind vor allem bei Menschen mit niedrigem Einkommen gefragt. 2013 wohnten 41,6 Prozent aller Menschen mit Einkommen unter der Armutsgrenze in Miete, 10 Prozent mehr als 2007.³⁴⁴

Eine Lösung für leistbares Wohnen sind vom Staat geförderte Wohnprojekte. Die Regierung verringerte jedoch das Budget für sozialen Wohnbau von 1.248 Millionen 2007 auf 820 Millionen 2014. Somit wurden 2014 auch mit 15.046 Wohnungen vier Mal weniger errichtet als noch 2007. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Mietpreise. Betrug die Miete von staatlich geförderten Wohnungen 2008 nur ca. die Hälfte der Wohnungen auf dem freien Markt, so erhöhte sich dieser Anteil 2014 schon auf drei Viertel.³⁴⁵

³⁴² vgl. Lopez Prol 2013, S. 101

³⁴³ Verfassungen 2002, <http://www.verfassungen.eu/es/verf78-index.htm>

³⁴⁴ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 98

³⁴⁵ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 98

4.6.2.6 Gleichheit und ökonomisches Wachstum

Die Ungleichheit in den OECD-Staaten hat in den letzten 30 Jahren stark zugenommen. Gemessen am Durchschnittseinkommen besaß das oberste Einkommensdezil 1980 7,1 Mal mehr als das unterste, 2013 betrug der Wert schon 9,5. Die monetäre Ungleichheit der Gesellschaft wirkt sich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Laut Berechnungen der OECD würde aufgrund nur eines einzigen niedrigeren Punktes des Gini-Koeffizienten das BIP um 0,8 Prozent in den kommenden fünf Jahren wachsen. Nach IWF-Schätzungen würde das BIP um 0,38 Prozent steigen, wenn das unterste Quintil ein Prozent mehr Einkommen hätte. Diese positiven Effekte reichen bis zum dritten Quintil mit 0,26 Prozent BIP-Wachstum. Die Erhöhung der Einkommen der obersten zwei Quintile hat keine großen Auswirkungen. Würde das oberste Quintil über ein Prozent mehr Einkommen verfügen, wirke sich dies mit -0,08 Prozent sogar negativ auf das BIP aus. Für den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO stellt die monetäre Ungleichheit der Gesellschaft nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein soziales Problem dar. Zusätzlich birgt eine hohe Ungleichheit der Gesellschaft auch Gefahren des Verlustes des sozialen Zusammenhaltes und des Vertrauens in staatliche Institutionen sowie Politik und Demokratie.³⁴⁶

Staaten mit großer ungleicher Einkommensverteilung, wie zum Beispiel die USA oder Deutschland, verwenden mindestens 20 Prozent des BIP, um die Folgen der Ungleichheit zu minimieren. In den USA verfügen die 20 reichsten Prozent der Bevölkerung über 50 Prozent der Kaufkraft. Der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Werner Vontobel verweist auf die Problematik, dass Unternehmen einen extremen Marketingaufwand betreiben müssen, um Produkte und Dienstleistungen zu verkaufen, die sowieso schon alle Personen mit Kaufkraft besitzen. Des Weiteren fließt nicht das gesamte Geld der reicheren Bevölkerungsschichten in die Realwirtschaft. Die Sparquote erhöht sich und Vermögen werden angehäuft. Diese Vermögen werden oft im Finanzmarkt investiert. So ist der Anteil der Finanz- und Immobilienbranche in den USA seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts von sieben auf 24 Prozent gestiegen. Je ungleicher eine Gesellschaft ist,

³⁴⁶ vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der UNO 2015, S. 104

desto mehr Überwachungs- und Kontrollpersonal wird benötigt. In Griechenland arbeiten 24,6 Prozent aller Arbeitskräfte in dieser Branche.³⁴⁷

Für Vontobel ist das BIP nicht das geeignete Kriterium, um Wirtschaftswachstum zu messen. Auch in ungleichen Gesellschaften kann das BIP unter anderem aufgrund der boomenden Finanzwirtschaft sehr stark wachsen. Mit Kryptowährungen können zum Beispiel Milliarden von Dollar erschaffen werden, ohne jedoch einen Wert für die Realwirtschaft zu besitzen. Laut dem Schweizer Wirtschaftswissenschaftler geht es nicht um die Frage, wieviel produziert wird, sondern eher, was und für wen Produkte und Dienstleistungen erstellt werden und wie die Arbeit dabei organisiert werden kann.³⁴⁸

4.7 Ein kurzer Überblick zu Portugals Krisenpolitik: Ähnlichkeiten und Unterschiede zu Spanien

Portugals Krisenpolitik lässt sich in mehrere Etappen unterteilen: alleine zwischen 2008 und 2013 gab es drei unterschiedliche Zugänge, welche den Vorgaben der Europäischen Union und der EZB entsprachen. Portugal vollzog somit eine ähnliche Wirtschaftspolitik wie ihr Nachbar Spanien.³⁴⁹ Im Gegensatz zu Spanien wurde ab 2015 jedoch eine Umkehr der Wirtschaftspolitik betrieben, hin zu expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen.³⁵⁰

4.7.1 EU-konforme Krisenpolitik 2009 bis 2015

Den Empfehlungen des Europäischen Rates folgend, sollten die Maßnahmen der Regierung der portugiesischen Sozialdemokraten unter José Sócrates das Finanzsystem stabilisieren und den Konsum sowie die Investitionen des Staates erhöhen, um die einheimische Nachfrage und die einheimischen Unternehmen zu fördern.³⁵¹ Die am meist

³⁴⁷ vgl. Vontobel 2017, S. 1ff

³⁴⁸ vgl. Vontobel 2017, S. 4

³⁴⁹ vgl. Pedroso 2014, S. 2

³⁵⁰ vgl. Lopes, Antunes, 2016, S. 94f

³⁵¹ vgl. Pedroso 2014, S. 3

betroffenen Sektoren waren, wie in Spanien, die Bau- und Finanzwirtschaft.³⁵² Folgende Maßnahmen wurden durchgeführt, welche das Wirtschaftswachstum anregten: Förderung von KMUs, Beschäftigungsmaßnahmen, die Modernisierung der Schulgebäude, Fokussierung auf erneuerbare Energien und die Ausweitung des Glasfasernetzes.³⁵³ Diese Maßnahmen dämpften die Krisenauswirkungen aber erhöhten gleichzeitig die Staatsschuldenquote.³⁵⁴ Die Problematik lag beim Budgetdefizit, welches im selben Zeitraum von 2,7 auf 9,3 Prozent anstieg. Die Zinsraten für portugiesische Staatsanleihen schossen in die Höhe und mit der Entscheidung der Ratingagenturen, die Ratings Portugals von A+ auf BBB- (Fitch) und von A- auf BBB- (Standard and Poor's) zu senken, sah sich Portugal 2011 gezwungen, finanzielle Unterstützung des EU-Rettungsschirms (EFSF und EFSM) sowie des IWF in Anspruch zu nehmen, welche rigide Spar- und Strukturmaßnahmen forderten.³⁵⁵

Mit dem Wechsel der wirtschaftspolitischen Vorgaben der EU passte sich Portugal dessen Forderungen jedoch schon ab März 2010 an und änderte seine wirtschaftspolitische Richtung hin zu einer restriktiven Fiskalpolitik. Ab Mai 2010 musste man auf Druck der EU die restriktive Fiskalpolitik forcieren.³⁵⁶

Am 17. Mai 2011 ergab sich nach der Wahl eine mitte-rechts-Regierung der portugiesischen Volkspartei unter Pedro Passo Coelho, welche die Austeritätspolitik weiter vorantrieb.³⁵⁷ Die Vorgaben der EU und des IWF für die Bewilligung der Kredite waren vielfältig: Das Budgetdefizit musste von 9,1 Prozent 2010 auf drei Prozent 2013 gesenkt werden. 2011 blieb man sogar unter den Forderungen von 5,9 Prozent, jedoch vorwiegend aufgrund von einer einmaligen finanziellen Abgabe von Pensionsfonds von Banken an den Staat. Folgende Maßnahmen wurden von der Regierung umgesetzt.³⁵⁸

³⁵² vgl. Pedroso 2014, S. 7

³⁵³ vgl. Pedroso 2014, S. 4

³⁵⁴ vgl. Pedroso 2014, S. 30

³⁵⁵ vgl. Gurnani 2016, S. 3ff

³⁵⁶ vgl. Pedroso 2014, S. 3

³⁵⁷ vgl. Pedroso 2014, S. 3

³⁵⁸ vgl. Gurnani 2016, S. 6f

Das wichtigste Ziel war die Senkung der Staatsausgaben. Hierbei lag der Fokus darauf, die Angestellten im öffentlichen Sektor zu reduzieren³⁵⁹ und das Gehalt der öffentlich Bediensteten um fünf Prozent zu kürzen.³⁶⁰ Auch erfolgten Einsparungen im Gesundheits- und Bildungssystem. Zusätzlich wurden die Sozialtransfers, wie die Arbeitslosenunterstützung, gekürzt.³⁶¹ Von 2009 bis 2015 halbierten sich die staatlichen Investitionen in Relation zum BIP.³⁶²

Auch versuchte die portugiesische Regierung, ihre Einnahmen zu erhöhen. So wurde zum Beispiel die Mehrwertsteuer erhöht, die Einkommens- und Vermögenssteuer sowie die Gebühren für die Gesundheitsdienste ausgeweitet und Privatisierungen vorangetrieben.³⁶³

Ziel war es, den Verschuldungsgrad zu senken sowie die Überwachung und Liquidität des Finanzsektors zu stärken.³⁶⁴

Die Strukturreformen betrafen vor allem den Arbeitsmarkt. Es war ab nun leichter, ArbeitnehmerInnen zu entlassen, die Vergütung für Überstunden wurde reduziert und die Höhe des Arbeitslosengeldes und die Dauer, diese Unterstützung zu beziehen, wurde gekürzt.³⁶⁵ Die Höhe des Arbeitslosengeldes deckelte man 2012 auf 1.048 Euro pro Monat.³⁶⁶ Der Mindestlohn von nur 485 Euro monatlich 14 Mal im Jahr blieb von 2011 bis 2013 auf demselben Niveau. Portugal hatte bis 2000 einen sehr hohen ArbeitnehmerInnenschutz, danach jedoch wurde dieser am meisten von allen OECD-Staaten abgebaut. Die negativen Auswirkungen betrafen vor allem die Jugend und Arbeitskräfte mit prekären Arbeitsbedingungen.³⁶⁷ Von 2010 bis 2014 haben sich die MindestlohnbezieherInnen fast verdoppelt.³⁶⁸ Bei den Pensionen wurden zudem Urlaubs- und Weihnachtzuschläge gekürzt, womit die Pensionen um durchschnittlich 14,3 Prozent

³⁵⁹ vgl. Gurnani 2016, S. 7

³⁶⁰ vgl. Pedroso 2014, S. 17

³⁶¹ vgl. Gurnani 2016, S. 7

³⁶² vgl. Lopes, Antunes, 2016, S. 90

³⁶³ vgl. Gurnani 2016, S. 7f

³⁶⁴ vgl. Gurnani 2016, S. 8

³⁶⁵ vgl. Gurnani 2016, S. 9

³⁶⁶ vgl. Pedroso 2014, S. 24

³⁶⁷ vgl. Pedroso 2014, S. 13

³⁶⁸ vgl. Lopes, Antunes, 2016, S. 90

sanken, welche mit durchschnittlich 600 Euro schon sehr gering waren.³⁶⁹ Fast 400.000, vor allem gut ausgebildete junge Erwachsene, verließen ihr Land, um ihre Möglichkeiten in den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika und Brasilien zu suchen.³⁷⁰

Die Folgen dieser Maßnahmen für die privaten Haushalte waren gravierend: Portugal rutschte in eine weitere Rezession mit einer Rekordarbeitslosigkeit, die sich von 11,9 Prozent 2011 auf 16,4 Prozent 2013 erhöhte, und einer Senkung der Haushaltseinkommen. 2013 erhielten nur 44 Prozent der Arbeitslosen ein Arbeitslosengeld. Aufgrund der Erhöhung der Gebühren für Gesundheitsdienste, verringerte sich 2012 die Zahl der PatientInnen. Die Folgen der Mehrwertsteuererhöhung betraf nicht nur die BürgerInnen, sondern auch die KMUs. Die Insolvenzrate erhöhte sich 2012 um 41 Prozent.³⁷¹

Expansive fiskalpolitische Maßnahmen waren, bis auf einige Investitionen in der Finanzierung von Infrastrukturprojekten, kaum vorhanden.³⁷²

³⁶⁹ vgl. Pedroso 2014, S. 25

³⁷⁰ vgl. Lehnharzt, Schiltz 2017

³⁷¹ vgl. Gurnani 2016, S. 11f

³⁷² vgl. Gurnani 2016, S. 7f

Abbildung 30: Reales BIP und reales BIP-Wachstum in Portugal in Prozent (1999-2015):



Quelle: EU-Kommission (2016), Till van Treeck (eigene Berechnungen), Lizenz: cc-by-nc-sa/4.0/de/
 Bundeszentrale für politische Bildung 2017, www.bpb.de



(Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung bpb 2017b)

Laut Gurnani hatten die Portugiesen keine Wahl. Die Reformen waren wichtig, um das Vertrauen der Kapitalmärkte wiederzugewinnen. In der Tat sanken die Zinsen für portugiesische Staatsanleihen von 18,3 Prozent 2013 auf 3,4 Prozent im Mai 2014 und er verwies auf die positiven Langzeiteffekte der Austeritätspolitik.³⁷³ Diese Zinssenkung hatte man jedoch vor allem dem Anleihenkauf der EZB zu verdanken. Die Ratings für Portugal blieben auf einem niedrigen Niveau. Die Sparpolitik hatte gravierende Auswirkungen auf die Gesellschaft und konnte die Staatsschulden nicht verringern.³⁷⁴ Die Staatsschuldenquote erhöhte sich mit der Austeritätspolitik 2015 auf über 130 Prozent. (siehe Abbildung 31)

³⁷³ vgl. Gurnani 2016, S. 12ff

³⁷⁴ vgl. Pedroso 2014, S. 34

Abbildung 31: Staatsschuldenquote von Portugal in Relation zum BIP (2006-2016):



(Quelle: Trading Economics 2017)

4.7.2 Die Einhaltung der EU-Vorgaben und die Stimulierung der Nachfrage

Ende 2015 erfolgte ein Wechsel der Regierung: die Parlamentswahlen gewann zwar die Rechtskoalition mit den Parteien Partido Social Democrata (PSD) und Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP), sie kamen allerdings nur auf 107 der 230 Sitze im Parlament. Die portugiesischen Sozialdemokraten (Partido Socialista) erhielten 85 Sitze. Sie waren bei der Bevölkerung nicht so beliebt, da sie in ihrem Wahlprogramm die Forderungen der Europäischen Kommission mittrugen sowie den Antrag für die Kredite des Rettungsschirmes gemeinsam mit den Rechtsparteien unterzeichneten hatten. Um eine Änderung der Politik herbeizuführen erhielten die Sozialdemokraten die parlamentarische Unterstützung der anderen Linksparteien wie den Bloco de Esquerda (BE), der kommunistischen Partei Partido Comunista Português (PCP) sowie den portugiesischen Grünen Partido Ecologista Os Verdes (PEV), welche ihre Differenzen beileigten.³⁷⁵

Da von der Europäischen Union Portugal als Erfolgsmodell der Austeritätspolitik betrachtet wurde, wollte man bei den Wahlen eine Bestätigung durch die BürgerInnen.

³⁷⁵ vgl. Lopes, Antunes, 2016, S. 91ff

Daher war man nach dem Regierungswechsel nervös, ob Portugal die Vorgaben, vor allem betreff des Budgets, auch einhielt. Auch befürchtete man eine Panik an den Finanzmärkten³⁷⁶, welche auch eintrat.³⁷⁷

Die Europäische Kommission verfasste am 05.02.2016 eine Stellungnahme, da sie befürchtete, dass die portugiesischen Konsolidierungsanstrengungen nicht weit genug gehen würden. Portugal hatte erst im Jänner 2016 ihre Haushaltsplanung der Europäischen Kommission übermittelt und nicht schon im Oktober des Vorjahres.³⁷⁸

Die neue Regierung hatte aufgrund der Vorgaben kaum Handlungsspielraum für eine expansive Fiskalpolitik und versicherte zudem, die Forderungen der EU einzuhalten. Dennoch sind im Regierungsprogramm einige Ansätze enthalten, um vor allem die Nachfrage der privaten Haushalte wieder anzukurbeln und daher gezielt gegen eine Austeritätspolitik gerichtet.³⁷⁹

- Die Kürzungen der Gehälter der Staatsbediensteten sowie bestimmter Pensionen wurden revidiert.
- Sozialleistungen, bei welchen es möglich war, wurden wieder auf das Niveau von 2011 gebracht.
- Der Mindestlohn um 25 Prozent erhöht.³⁸⁰
- Privatisierungen wurden gestoppt.³⁸¹
- Die Wochenarbeitszeit wurde wieder von 40 auf 35 Stunden zurückgenommen.³⁸²

Die Erfolge der portugiesischen Regierung durch die Anti-Sparpolitik sind der wirtschaftsliberalen NZZ (Neue Zürcher Zeitung) sogar einen Artikel wert. Portugal gelang es, das Budgetdefizit von 4,4 Prozent 2015 auf zwei Prozent des BIP 2016 zu senken³⁸³, und lag somit das erste Mal unter der Maastrichtgrenze von drei Prozent, während

³⁷⁶ vgl. Lopes, Antunes, 2016, S. 92ff

³⁷⁷ vgl. Lehnhart, Schiltz 2017

³⁷⁸ vgl. Europäische Kommission 2016

³⁷⁹ vgl. Lopes, Antunes, 2016, S. 94f

³⁸⁰ vgl. Wandler 2017

³⁸¹ vgl. Lopes, Antunes, 2016, S. 94f

³⁸² vgl. Fischer 2017

³⁸³ vgl. Fischer 2017

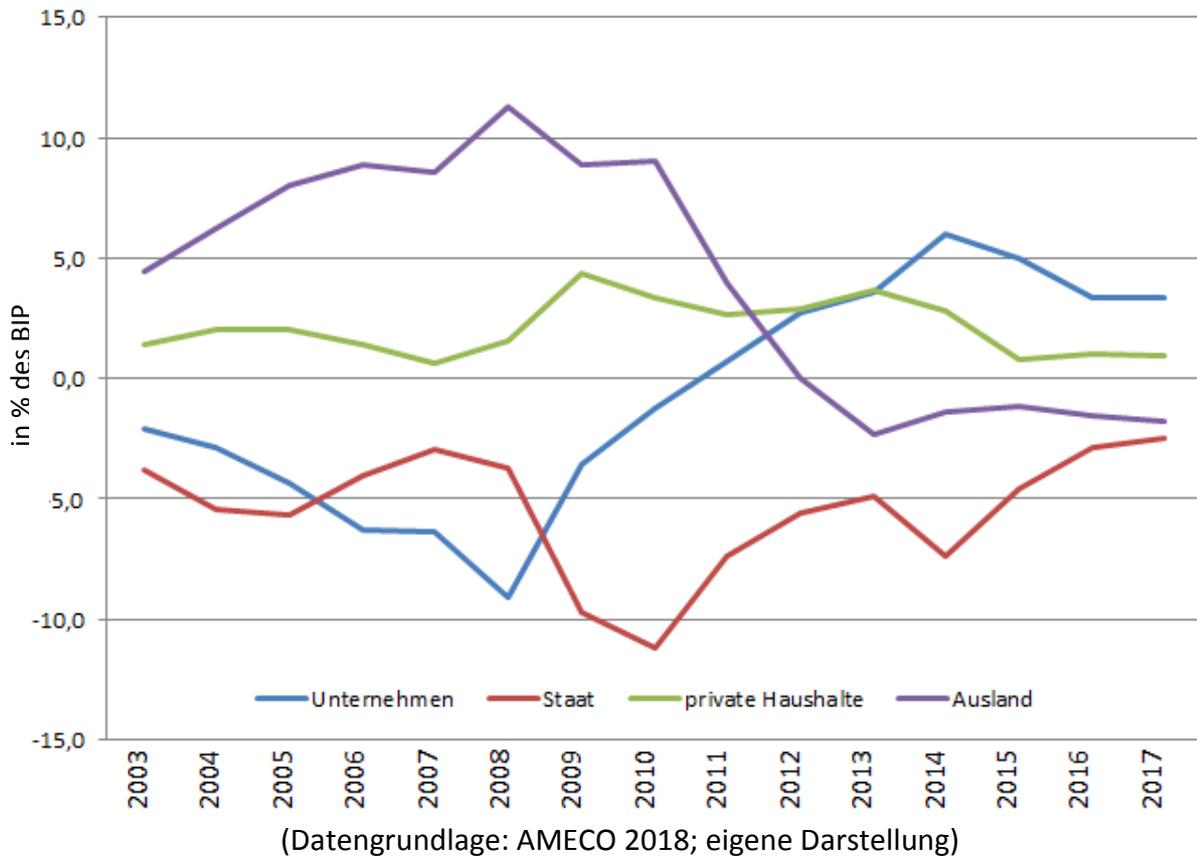
Spanien stetig an dieser Vorgabe scheitert.³⁸⁴ Auch die Europäische Kommission zeigte sich überrascht, da es diese Entwicklungen nicht erwartet hatte. Für die Regierung von Ministerpräsident António Costa war dies eine Genugtuung. Er meinte, die Kommission hätte seine Wirtschaftspolitik nicht verstanden. Auch das erste Quartal 2017 übertraf alle Erwartungen.³⁸⁵ Dies ist einerseits auf die gestiegene Inlandsnachfrage zurückzuführen, andererseits auch auf die Steigerung der Exporte sowie, wie in Spanien, auf die Zunahme von ausländischen Touristen, was einen positiven Beitrag zur portugiesischen Leistungsbilanz darstellt.³⁸⁶ Diese Angaben werden auch von den aktuellen Finanzierungssalden von Portugal bestätigt (siehe Abbildung 32). Während sich die Staatsausgaben in Prozent des nominalen BIP seit 2014 stetig verringern, verschuldet sich das Ausland gegenüber Portugal. Der positive Saldo von den Privathaushalten ist seit 2015 auf einem konstant niedrigen positiven Wert.

³⁸⁴ vgl. Wandler 2017

³⁸⁵ vgl. Fischer 2017

³⁸⁶ vgl. Fischer 2017

Abbildung 32: Finanzierungssalden der Wirtschaftssektoren von Portugal in % des nominalen BIP (2003-2017):



Die Arbeitslosenquote lag 2016 nur mehr bei zehn Prozent, während sie sich bei Spanien, trotz eines höheren Wirtschaftswachstums noch immer bei rund 20 Prozent befand. Auch die Staatsschuldenquote von Portugal (2016 ca. 130 Prozent) hat ein höheres Niveau als in Spanien (2016 ca. 100 Prozent). Portugal war von negativen Effekten der Austeritätspolitik stärker betroffen als Spanien. Spanien benötigte 41 Mrd. Euro an Notkrediten, jedoch nur für den Bankensektor, Portugal hingegen 78 Mrd. Euro und stand so mehr unter Druck der EU-Institutionen.³⁸⁷

4.8 Zusammenfassung

Die in diesem Kapitel vorgestellte Spanische Krisenpolitik unterteilt sich in zwei Bereiche: zum einen die expansive Fiskalpolitik unter der sozialdemokratischen Regierung von 2009

³⁸⁷ vgl. Fischer 2017

bis Mai 2010, zum anderen die restriktive Fiskalpolitik derselben Regierung bis 2011 und danach die Fortführung dieser Krisenpolitik bis jetzt (Stand Februar 2018) unter der Regierung der spanischen Volkspartei.

Die expansive Fiskalpolitik hatte in Spanien diverse Erfolge aufzuweisen. Mit dem von der Regierung ins Leben gerufenen Plan E im Jahr 2009 fanden unter anderem Investitionen in öffentliche Infrastrukturprojekte sowie in Forschung und Entwicklung statt. Auch finanzielle Unterstützung für Langzeitarbeitslose wurde implementiert. Diese Investitionen erhöhten zwar die Staatsschuldenquote, brachten jedoch auch Arbeitsplätze und beendeten den Konsumrückgang der privaten Haushalte.

Auch auf Druck der Europäischen Union änderten im Mai 2010 die regierenden spanischen Sozialdemokraten ihre Krisenpolitik, hin zu einer restriktiven Fiskalpolitik. Die Staatsausgaben wurden mittels Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor gesenkt und für mögliche Mehreinnahmen wurde die Mehrwertsteuer erhöht. Die spanische Bevölkerung wählte 2011 daraufhin eine neue Regierung. Die spanische Volkspartei forcierte die restriktive Fiskalpolitik und kürzte vor allem das Budget in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales. Die Sparpolitik brachte jedoch kein Sinken der Staatsschuldenquote, sie stieg weiter an. Die restriktive Fiskalpolitik in Spanien verbuchte nicht nur keine Erfolge, sie vergrößerte außerdem die Einkommensungleichheit der spanischen Bevölkerung.

Spaniens Einkommen sind im Vergleich zu anderen EU-Staaten eher ungleich verteilt und diese Ungleichheit, vor allem der Löhne und Gehälter, verschärfte sich noch mit der Krise. Vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten verloren am meisten ihrer Einkommen. Dies hatte mehrere Gründe: erstens die steigende Arbeitslosigkeit, zweitens die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die ein Sinken der Löhne zur Folge hatte sowie drittens der Rückgang des Sozialstaates und somit die Verringerung der Transferzahlungen durch den spanischen Staat. Von 2013 beginnt die Arbeitslosigkeit zu sinken, die monetäre Ungleichheit der Gesellschaft jedoch nicht im selben Maße.

Ein stark monetäre Ungleichheit wirkt sich negativ auf das Wachstum der (Real)wirtschaft aus. Menschen mit niedrigerem Einkommen verfügen nicht über genug Kaufkraft, um die Wirtschaft anzukurbeln, während die reicheren Bevölkerungsgruppen einen größeren Teil ihres Einkommens sparen und zum Beispiel am Finanzmarkt investieren können. Eine Lösung wäre, eine Erhöhung der Löhne der unteren und mittleren Einkommensgruppen sowie eine Stärkung der Sekundärverteilung der Einkommen, um so die Realwirtschaft wieder in ein großes Wachstum zu führen.

Auch die konservative Regierung Portugals forcierte eine restriktive Fiskalpolitik mit ebenso negativen Auswirkungen wie in Spanien. Seit 2015 bilden die portugiesischen Sozialdemokraten mit einem Bündnis linker Parteien eine Regierung und schwenkten um, auf expansive fiskalpolitische Maßnahmen wie die Erhöhungen der Mindestpensionen und des Sozialsystems in Kombination mit der Einhaltung der Sparvorgaben der Europäischen Union und setzten so Anreize auf der Nachfrageseite. Dies führte zu einem Sinken der Neuverschuldung. Derzeit (Stand Februar 2018) geben die Wirtschaftsdaten der sozialdemokratischen Regierung recht, ihren Kurs fortzusetzen.

Speziell für Spanien ergeben sich anhand der Krisenpolitik und der Konjunkturindikatoren folgende drei Rückschlüsse:

1. Die expansive Fiskalpolitik von 2009 bis 2010 erhöhte zwar die Staatsschuldenquote, ermöglichte jedoch einen Aufschwung.
2. Aufgrund der restriktiven Fiskalpolitik ab Mai 2010 fiel Spanien in eine zweite Rezession, die Staatsschuldenquote stieg dennoch.
3. Ab 2014 verzeichnet Spanien wieder ein Wirtschaftswachstum. Der Anstieg ist zum größeren Teil dem Ausland zu verdanken.

5. Zusammenfassung

Der Ausbruch und das Ausmaß der Wirtschaftskrise 2008 traf die damalige spanische Regierung unter dem Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero großteils unerwartet. Die Wirtschaftsindikatoren verwiesen auf einen starken Rückgang der Wirtschaftsleistung. Durch das Platzen der Immobilienblase in Spanien kam es zu mehreren Folgeeffekten: zum einen erfasste es die Baubranche, die einen Auftragseinbruch erlitt. Der Rückgang der Produktionsauslastung betraf auch andere Bereiche der Industrie und hatte somit einen Anstieg der Arbeitslosigkeit als Folge. Das Einkommen vieler spanischer Haushalte verringerte sich und zusätzlich nahm die Sparquote stark zu (siehe Abbildung 17). Dies führte zu einem Rückgang des Konsums der privaten Haushalte. Viele KreditnehmerInnen konnten ihre Rückzahlungsraten nicht mehr tilgen und die Banken blieben auf den faulen Krediten sitzen. Darüber hinaus kam es zu einer Vertrauenskrise innerhalb der Banken. Auch Unternehmen mit guter Bonität bekamen kaum Kredite mehr für Investitionen. Das Ergebnis war ein Rückgang des realen BIP in den Jahren 2008 und 2009 um ca. fünf Prozent (siehe Abbildung 20).

Die Ursachen waren vielfältig. Der spanische Staat forcierte mit Ende der Franco-Diktatur 1975 die Bau- und Tourismusbranche und vernachlässigte die Industrieproduktion. Zusätzlich erfolgten Reformen am Arbeitsmarkt, die eine Schlechterstellung der ArbeitnehmerInnen bewirkten. Die Auswirkungen waren eine extreme Nachfragesteigerung an billigen und meist wenig ausgebildeten Arbeitskräften der Baubranche und der Tourismuswirtschaft. Viele SpanierInnen nahmen sich Hypothekarkredite, da sie auch von der spanischen Regierung dazu ermuntert wurden und die Preise für Immobilien weiter stiegen. Die spanischen Haushalte verschuldeten sich und trugen somit zum Wirtschaftsaufschwung bei. Jedoch nicht nur Spanien, auch die Europäische Union hatte einen entscheidenden Anteil am Ausmaß der Krise. Da Staaten der Eurozone bei unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen mit der Auf- bzw. Abwertung der nationalen Währungen nicht mehr eingreifen konnten, brauchte es ein gemeinsames Ziel, welches die EZB als Inflationsziel von knapp unter zwei Prozent angab. Die unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklungen der Eurostaaten zeigen sich anhand der Leistungsbilanzen. Während vor allem Deutschland gezielt Exportüberschüsse erzielt,

verfügten südeuropäische Staaten, wie Spanien, lange Zeit über negative Handelsbilanzen. Die notwendigen Kredite wurden oftmals bei deutschen Banken nachgefragt. Diese Schiefelage der europäischen Wirtschaft ist auch Deutschland geschuldet, da die damalige Regierung im Jahr 2000 die Agenda 2010 einführte, die eine Lockerung der Sozial- und Arbeitsmarktgesetze, einen Anstieg des Niedriglohnssektors und ein Senken der Reallöhne zur Folge hatte. Mittels niedrigen Löhnen konnten deutsche Unternehmen ihre Produkte leichter exportieren. Sehr gut lässt sich dies an den Lohnstückkosten (Arbeitskosten je Produktionseinheit) erkennen. Während die Lohnstückkosten in Spanien im Vergleich zum Inflationsziel zu hoch stiegen, waren die von Deutschland viel zu niedrig und brachten somit andere Staaten stark unter Wettbewerbsdruck. Diese Entwicklung hatte ein enormes Ungleichgewicht der Leistungsbilanzen zur Folge und trug somit auch einen Teil zur Krise in Spanien bei.

Die Krise hat jedoch auch global-strukturelle Ursachen zu verzeichnen. Mit der Forcierung des Finanzkapitalismus ab den 1970er Jahren, fielen einerseits die Kapitalverkehrskontrollen und andererseits wurden neue riskante Anlageformen für das Kapital kreiert. Aufgrund der Liberalisierung der Wirtschaft erfolgte auch eine Schwächung des Staates und der Position der ArbeitnehmerInnen. Die Reallohnverluste hatten einen Rückgang der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zur Folge. Somit hatte man am Finanzmarkt höhere Renditechancen und es folgten größere Investitionen als in der Realwirtschaft. Aufgrund der Liberalisierung des Finanzmarktes kam es vermehrt zu Wirtschaftskrisen: neue, hochriskante Finanzprodukte mit der Möglichkeit ohne Kapitalverkehrskontrollen das eingesetzte Kapital quer über den Globus zu transferieren, vereinfachten schnelle und große Kapitalakkumulationen und Kapitalflucht. Dies ermöglichte auch die Subprime-Krise in den USA, die als Auslöser der Krise in Spanien 2008 gilt. Da die Zinsen in den 2000er Jahren in den USA sehr niedrig waren, warb man mit dem Erwerb von Eigenheimen mittels Hypothekarkrediten. Die Nachfrage an Immobilien stieg stark an und auch Personen ohne Bonität bekamen einen Kredit, da die Banken im Falle eines Zahlungsausfalles die Immobilie bekamen, die immer weiter im Wert stieg. Mit der Erhöhung des Leitzinses der US-amerikanischen Notenbank FED, konnten viele US-AmerikanerInnen ihren Kredit nicht mehr zurückzahlen. Die Banken blieben auf ihren jetzt wertlosen Immobilien sitzen, da die Nachfrage einbrach. Viele

Hypothekarkredite wurden jedoch verbrieft, somit neue Finanzmarktprodukte kreiert, und dadurch mit dem Verkauf das Risiko auf andere Personen bzw. Finanzunternehmen übertragen. Da auch viele Europäische Banken diese nun wertlosen Papiere kauften, übertrug sich die Krise auf Europa und folglich auch auf Spanien.

Die spanische sozialdemokratische Regierung forcierte ab 2009 eine expansive Fiskalpolitik. Man investierte eine Summe von ca. 1,1 Prozent des BIP in öffentliche Infrastrukturprojekte, in Forschung und Entwicklung, in die Automobilindustrie uvm.³⁸⁸ Zusätzlich sank man die Einkommens- und Unternehmenssteuern und genehmigte eine finanzielle Unterstützung für Langzeitarbeitslose ohne Einkommen. Diese Maßnahmen sollten den Konsum der privaten Haushalte in Gang bringen, Arbeitsplätze schaffen und somit die Krise überwinden. Auch wurden Maßnahmen getätigt, um das Vertrauen in den Finanzmarkt wiederherzustellen.

Die realen negativen BIP-Wachstumsraten verringerten sich und 2011 wurde ein positives Wachstum verzeichnet (siehe Abbildung 20). Darüber hinaus stieg die Produktionsauslastung der Unternehmen ebenso wie der Konsum der privaten Haushalte. Die expansive Fiskalpolitik hatte demzufolge positive Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung.

Ab Mai 2010 erfolgte in Spanien jedoch, aufgrund des Drucks der EU, eine Änderung hin zu einer restriktiven Fiskalpolitik. Das Ziel war es, die Staatsschuldenquote mittels Sparvorgaben zu reduzieren. So wurden die Löhne der öffentlichen Bediensteten gesenkt, die Mehrwertsteuer erhöht und der Arbeitsschutz für ArbeitnehmerInnen gelockert. Als Folge davon kam es 2011 zu einem Regierungswechsel. Die ab dann regierende spanische Volkspartei unter dem Ministerpräsidenten Mariano Rajoy setzte die restriktive Fiskalpolitik fort. Die öffentlichen Ausgaben, vor allem im Sozialbereich, wurden weiter gesenkt, die Arbeitsgesetze reformiert, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und Milliarden Euro in die Stabilisierung der spanischen Finanzwirtschaft gesteckt.

³⁸⁸ vgl. Bolaños 2008

Das Ziel die Staatsschuldenquote zu senken wurde nicht erreicht. Im Gegenteil sie stieg bis 2014 und stagniert seitdem auf hohem Niveau (siehe Abbildung 23). Auch die Arbeitslosenrate stieg bis 2013 weiter an. Erst ab 2013 beginnt das reale BIP wieder leicht zu steigen. Bis 2013 befand sich Spanien in einer weiteren Rezession, ab 2013 erfolgt ein leichter Aufschwung, der vor allem dem Ausland zu verdanken ist (siehe Abbildung 25, Finanzierungssalden von Spanien). Die restriktive Fiskalpolitik brachte keine gewünschten Erfolge, sie verschlechterte sogar die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen in Spanien. Im Zuge dieser Krisenpolitik kam es zu einer größeren Ungleichverteilung der Einkommen der privaten Haushalte. Vor allem die unteren Einkommensschichten verloren aufgrund von Arbeitslosigkeit und der Kürzungen im Sozialsystem einen großen Teil ihres Einkommens, während die reicheren Einkommensschichten weitaus geringere Einkommensverluste zu verzeichnen hatten.

Portugal hatte eine ähnliche Entwicklung der Krise zu verzeichnen und verfolgte von 2009 bis 2015 ebenso wie Spanien eine restriktive Fiskalpolitik. Die Staatsschuldenquote stieg jedoch weiter an. Die sozialdemokratische Partei Portugals regiert seit 2015 mit Hilfe von Linksparteien und verfolgt eine andere Politik als die konservative Regierung Spaniens. Sie musste sich zwar an die Vorgaben der EU halten, unternahm jedoch eine Vielzahl an expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen: So wurden die Sozialleistungen und die Mindestpensionen erhöht, Privatisierungen gestoppt und die Wochenarbeitszeit wieder auf 35 Stunden reduziert. Die wirtschaftlichen Daten geben der Regierung Portugals recht. Die Inlandsnachfrage wurde gestärkt, die Arbeitslosigkeit geht zurück und ebenso, wie Spanien, verfügt Portugal aufgrund zunehmender Exporte und ausländischer Touristen über eine positive Leistungsbilanz.

Die Frage stellt sich, ob Spaniens Regierung ihre derzeitige restriktive Fiskalpolitik überdenkt. Das wird jedoch wahrscheinlich erst mit einer anderen Regierung möglich sein. Ebenso spannend, bei gleichbleibender politischer Entwicklung, ist, ob sich die Finanzierungssalden von Spanien und Portugal in den nächsten Jahren grundlegend ändern, denn derzeit sind sie noch sehr ähnlich.

Die Folgen der Krise hängen demnach stark mit der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der jeweiligen Regierung zusammen. Während der alleinige Fokus auf eine restriktive Fiskalpolitik in Spanien während des analysierten Zeitraums, sowohl auf die Wirtschaftsindikatoren, als auch auf die Bevölkerung, vor allem negative Auswirkungen verzeichnete, hatte die expansive Fiskalpolitik durchaus Erfolge aufzuweisen. Interessant ist, die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Spaniens weiter zu verfolgen und mit den von der Regierung getätigten Maßnahmen zu vergleichen.

6. Verzeichnisse

6.1 Literaturverzeichnis

- Acemaxx-analytics (2015): Wie Austerität Finnland in Depression festhält. <http://acemaxx-analytics-dispinar.blogspot.co.at/2015/03/wie-austeritat-finnland-in-depression.html>, letzter Zugriff: 19.10.2016
- AMECO (2018): European Commission: Economic and Financial Affairs, http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/SelectSerie.cfm, letzter Zugriff: 09.02.2018
- Arellano, M., Bentolila, S. (2009): La burbuja inmobiliaria: causas y responsables. CEMFI, Madrid, <http://www.cemfi.es/~arellano/burbuja-inmobiliaria.pdf>, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Ararteko (2013): El impacto de la crisis en la infancia: la realidad vasca. Oficina de la Infancia y la Adolescencia, http://www.ararteko.net/RecursosWeb/DOCUMENTOS/1/0_2968_3.pdf, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Asamblea de Catalunya (2011): Guía abreviada de la crisis mundial y sus efectos en la deuda española. Desenmarcar el neoliberalismo. – STECyL, Valladolid. http://www.stecyl.es/informes/Desenmascarar_neoliberalismo.pdf, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Bernados Dominguez, C. (2009): Creación y destrucción de la burbuja inmobiliaria en España. – Barcelona. In: ICE 850, 23-40, Wirtschaftsministerium Madrid, <http://diposit.ub.edu/dspace/bitstream/2445/53144/1/637799.pdf>, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Berthold, N., Braun, S., Coban, M. (2014): Das Scheitern historischer Währungsräume: Kann sich die Geschichte auch für die Eurozone wiederholen? In: Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik Prof. Dr. Norbert Berthold Nr. 127, Würzburg, https://www.wiwi.uni-wuerzburg.de/fileadmin/12010400/_temp_/DP_127_02.pdf, letzter Zugriff: 29.01.2018
- Bloss, M., Ernst, D., Häcker, J., Eil, N. (2009): Von der Subprime-Krise zur Finanzkrise. Immobilienblase: Ursachen, Auswirkungen, Handlungsempfehlungen. – Oldenburg Verlag, München.

- Bolaños, A. (2008): Zapatero destina 8.000 millones a obras municipales urgentes para crear empleo. In: ElPaís 22.11.2008, https://elpais.com/diario/2008/11/28/economia/1227826801_850215.html, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Bolaños, A. (2015): La caída de precios iguala el récord de 2009 en España y la zona euro. In: ElPaís, 30.01.2015, http://economia.elpais.com/economia/2015/01/30/actualidad/1422606046_208560.html, letzter Zugriff: 27.05.2017
- Bundesfinanzministerium von Deutschland (2017a): Reales BIP-Wachstum Spaniens, http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Bilder/Bildstrecken/Mediathek/Infografiken/StabilisierungEuroraum_ZahlenFakten/lage-des-euroraums-spanien-01-bip-entwicklung.jpg?__blob=poster&v=5, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Bundesfinanzministerium von Deutschland (2017b): Stabilitätsmechanismus, http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euroraums/Stabilitaetsmechanismen/EU_Finanzstabilisierungsmechanismus_EFSM/eu_finanzstabilisierungsmechanismus_efsm.html, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Bundesfinanzministerium von Deutschland (2017c): Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/2013-04-19-fiskalvertrag-deutsche-fassung.pdf?__blob=publicationFile&v=3, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Bundesfinanzministerium von Österreich (2016): EFSF/EFSM/ESM https://www.bmf.gv.at/wirtschaftspolitik/wirtschafts-waehrungspolitik-eu/efsf_efsm_esm.html, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Bundeszentrale für politische Bildung bpb (2016): Stabilitäts- und Wachstumspakt, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20710/stabilitaets-und-wachstumspakt>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Bundeszentrale für politische Bildung bpb (2017a): Armut oder soziale Ausgrenzung: Der AROPE-Indikator, <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2016/226268/der-arope-indikator>, letzter Zugriff: 09.12.2017
- Bundeszentrale für politische Bildung bpb (2017b): Reales BIP und reales BIP-Wachstum in Portugal 1999-2015, <http://www.bpb.de/cache/images/3/244943-st-original.jpg?F52CA>, letzter Zugriff: 24.07.2017

- Cano, G., Etxezarreta, A. (2014): La crisis de los desahucios en España: respuestas institucionales y ciudadanas, http://www.revistaeconomiacritica.org/sites/default/files/revistas/n17/03_Cano-Etxezarreta_Crisis-de-los-desahucios.pdf, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Charnock, G., Purcell, T., Ribera-Fumaz, R. (2014): The Limits to Capital in Spain. Crisis and Revolt in the European South. – Palgrave Macmillan, Hampshire
- Chomksy, N. (2011): Prólogo – In: Navarro, V., Torrez López, J., Garzón Espinosa, A. (2011): Hay Alternativas. Propuestas para crear empleo y bienestar social en España. – sequitur ATTAC, Madrid. <http://www.vnavarro.org/wp-content/uploads/2011/10/hayalternativas.pdf>, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Cünnen, A. Hackhausen, J. (2012): Märkte spekulieren auf den Staatsbankrott. In: Handelsblatt, 01.12.2012, <http://www.handelsblatt.com/my/finanzen/maerkte/anleihen/portugal-anleihen-maerkte-spekulieren-auf-den-staatsbankrott/6136934.html?ticket=ST-567299-oErNATJfYxjinabnLgr4-ap3>, letzter Zugriff: 03.08.2017
- Die Welt (2012): Spanien schlüpft unter Rettungsschirm. In: Die Welt 09.06.2012, https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article106480931/Spainien-schluempft-unter-Rettungsschirm.html, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Dittli, M. (2012): Die wahre Bombe liegt in Spanien. – In: Finanz und Wirtschaft; <http://www.fuw.ch/article/nmtm-die-wahre-bombe-liegt-in-spanien/>, letzter Zugriff: 20.11.2016
- El Captor (2014): Trío de conceptos: PIB real, nominal y deflactor del PIB. In: <http://www.elcaptor.com/economia/concepto-deflactor-pib-real-nominal>, letzter Zugriff: 27.05.2017
- ElPaís (2017a): El Gobierno subirá un 3% la base máxima de cotización para 2017, 02.06.2016, https://economia.elpais.com/economia/2016/12/02/actualidad/1480674601_726856.html, letzter Zugriff: 19.07.2017
- ElPaís (2017b): Guía de las medidas económicas anunciadas por el Gobierno, 02.12.2016, https://economia.elpais.com/economia/2016/12/02/actualidad/1480685297_932374.html, letzter Zugriff: 19.07.2017
- ElPaís (2017c): Las pensiones suben el 0,25% en 2017 ¿Cómo quedan las más altas y más bajas?, 30.12.2016, https://economia.elpais.com/economia/2016/12/30/actualidad/1483100547_830872.html, letzter Zugriff: 19.07.2017

- Engler, P., Klein, M. (2017): Austeritätspolitik hat in Spanien, Portugal und Italien die Krise verschärft. In: DIW Wochenbericht, Nr. 8. 2017, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.553135.de/17-8-1.pdf, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Europäische Kommission (2011): EU-„Six-Pack“ zur wirtschaftspolitischen Steuerung tritt in Kraft, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-898_de.htm, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Europäische Kommission (2016): Europäische Kommission nimmt Stellungnahme zur politischen Haushaltsplanung 2016 an, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-253_de.htm, letzter Zugriff: 24.07.2017
- Europäische Zentralbank (2012): Main elements of the fiscal compact. In: ECB Monthly Bulletin, March 2012, https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/mb201203_focus12.en.pdf, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Europäische Zentralbank (2017): Europäisches Finanzaufsichtssystem, <https://www.bankingsupervision.europa.eu/about/esfs/html/index.de.html>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Europapress (2017): Los trabajadores a tiempo parcial aumentan un 19,1 % desde 2007, <http://www.europapress.es/economia/laboral-00346/noticia-trabajadores-tiempo-parcial-aumentan-191-2007-ya-rozan-27-millones-20170116105625.html>, letzter Zugriff: 03.01.2018
- European Anti-Poverty Network (EAPN) (2017a): El estado de la pobreza. 7. Informe, http://www.eapn.es/estadodepobreza/ARCHIVO/documentos/Informe_AROPE_2017.pdf, letzter Zugriff: 03.01.2018
- European Anti-Poverty Network (EAPN) (2017b): Resumen: El estado de la pobreza. 7. Informe, http://www.eapn.es/estadodepobreza/ARCHIVO/documentos/Informe_AROPE_2017_Resumen_Ejecutivo.pdf, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Eurostat (2017): Glossar: Verfügbares Äquivalenzeinkommen, http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Glossary:Equivalent_disposable_income/de, letzter Zugriff: 10.12.2018
- Expansión (2016a): El sector del lujo 'made in Spain' crecerá un 5,5% y superará los 6.000 millones en ventas en 2016, <http://www.expansion.com/empresas/distribucion/2016/11/27/583b2284e5fdeaf0748b458b.html>, letzter Zugriff: 02.01.2018

- Expansión (2016b): Las medidas económicas más urgentes del nuevo gobierno: techo de gasto, presupuestos y pensiones, <http://www.expansion.com/economia/2016/10/29/58149a8a22601d261f8b45db.html>, letzter Zugriff: 19.07.2017
- Expansión (2017): Deuda Pública de España, <http://www.datosmacro.com/deuda/espana>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Fernández-Albertos, J. (2014): Las políticas económicas de los gobiernos socialistas: 2004-2011. In: España en democracia. Actas del IV Congreso Internacional de Historia de Nuestro Tiempo. Logroño. Universidad de Rioja, 2014, S. 111-121, <https://dialnet.unirioja.es/descarga/articulo/4847556.pdf>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Fernández Marugán F. (2013): Crisis, desigualdad, pobreza y exclusión, http://www.eapn.es/ARCHIVO/documentos/recursos/1/CRISIS_DESIGUALDAD_POBREZA.pdf, letzter Zugriff: 09.12.2017
- Fischer, T. (2017): Wirtschaftswachstum in Portugal. Ein Krisenland schnuppert Morgenluft. In: Neue Zürcher Zeitung NZZ 22.05.2017, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftswachstum-in-portugal-ein-krisenland-schnuppert-morgenluft-ld.1295867>, letzter Zugriff: 24.07.2017
- Flassbeck, H. (2013): Unterbewertetes Deutschland. In: Flassbeck Economics, <http://www.flassbeck-economics.de/wp-content/uploads/2013/11/Preisniveau-DFSplt.jpg>, letzter Zugriff: 10.02.2018
- Flassbeck, H. (2015a): Die Eurokrise und die Fehler der deutschen Wirtschaftspolitik. – In: Weiss, A. (Hrsg): Die Krise verstehen und politisch handeln. – Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien, 33-48
- Flassbeck, H. (2015b): Wahlen in Frankreich, Rekordleistungsbilanzüberschuss in Deutschland – oder wie man sich permanent selbst belügt. In: Makroskop, <https://makroskop.eu/2015/03/wahlen-in-frankreich-rekordleistungsbilanzueberschuss-in-deutschland-oder-wie-man-sich-permanent-selbst-beluegt/>, letzter Zugriff: 27.11.2016
- Flassbeck, H., Spiecker, F. (2015): Statistiken zur Wende in Spanien – Und täglich grüßt das Murmeltier. In: Makroskop <https://makroskop.eu/2015/07/statistiken-zur-wende-in-spanien-und-taeglich-gruesst-das-murmeltier/>, letzter Zugriff: 09.02.2018
- Flassbeck, H., Steinhardt, P. (2015): Professor Seltsam oder wie ich lernte, die Krise zu lieben. - In: Makroskop, <https://makroskop.eu/2015/12/professor-seltsam-oder-wie-ich-lernte-die-krise-zu-lieben/>, letzter Zugriff: 20.11.2016

- Flassbeck, H. (2016): Ungleichheit und Kapitalismus – 1. In: Makroskop, <https://makroskop.eu/2016/07/ungleichheit-und-kapitalismus-teil-1/?print=pdf>, letzter Zugriff: 02.01.2018
- Garea, F. (2012): Rajoy lanza el mayor ajuste contra la crisis. In: ElPaís 12.07.2012, https://politica.elpais.com/politica/2012/07/11/actualidad/1342039254_993732.html, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Garra, M. (2014): Lista de las principales medidas que el Gobierno Rajoy ha aprobado sin consenso social. In: LaInformación 21.02.2016, http://www.lainformacion.com/espana/lista-de-las-principales-medidas-que-el-gobierno-rajoy-ha-aprobado-sin-consenso-social_kYvCj3BRxU68B34HgxN5g/, letzter Zugriff: 27.01.2018
- Gepp, J. (2015): Die Krise verstehen. Ökonomie: die Debatten, die Theorien, die Denker, die Lehren. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem, was unsere Wirtschaft bewegt. – Falter Verlag, Wien.
- Gestha (2013): La desigualdad en tiempos de crisis: hombre rico, hombre pobre, <https://elpais.com/descargables/2013/12/31/140d86dde665dbbb044f5f24054f0ec5.pdf>, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Gómez, M. V. (2013): Más de seis millones de parados. In: ElPaís, 25.04.2013, http://economia.elpais.com/economia/2013/04/25/actualidad/1366872244_350515.html, letzter Zugriff: 27.05.2017
- Gómez, M. V. (2016): España sufre su periodo más largo con el paro por encima del 20%. In: ElPaís 28.04.2016, https://economia.elpais.com/economia/2016/04/28/actualidad/1461866236_955613.html, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Gómez, M. V. (2017): La reforma laboral cumple cinco años: más empleo, pero de peor calidad. In: El País 09.02.2017, https://elpais.com/economia/2017/02/09/actualidad/1486672169_076173.html, letzter Zugriff: 03.01.2018
- González, J. (2009): Las medidas más importantes del Gobierno para hacer frente a la crisis económica. In: ElMundo 10.02.2009, <http://www.elmundo.es/mundodinero/2008/11/27/economia/1227793810.html>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Grieb, A. (2014): Wohin wandern Deutschlands Exporte? In: Statista, <https://de.statista.com/infografik/1979/ausfuhr-aus-deutschland-in-milliarden-euro/>, letzter Zugriff: 10.02.2018

- Gurnani, S. (2016): The Financial Crisis in Portugal: Austerity in Perspective, Lehigh University,
<http://preserve.lehigh.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1009&context=library-research-prize>, letzter Zugriff: 24.07.2017
- Handelsblatt (2017): EZB kauft mehr Staatsanleihen. In: Handelsblatt 20.03.2017,
<http://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/geldpolitik-ezb-kauft-mehr-staatsanleihen/19545268.html>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Heiss, K. (2014): Finanz- und Realwirtschaft: Gemeinsame Zukunft oder getrennte Wege?
http://boerse-social.com/media/Content/CD_Image/image/23785/scalex/526;wachstum_des_globalen_finanzvermögens_1980_-_2010_quelle_mckinsey_global_institute_2011_daten_fur_1980_aus_mckinsey_global_institute_2008, letzter Zugriff: 19.10.2016
- Henke, S. (2011): Geldsystem ohne Zins; Video
<https://www.youtube.com/watch?v=dxZePAkXd1s>, letzter Zugriff: 19.11.2016
- Hermann, U. (2015): Die vier Krisen des Euro. – In: Weiss, A. (Hrsg.): Die Krise verstehen und politisch handeln. – Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien, S. 19-32
- Hilpold, P., Steinmair, W., Perathoner, C. (2016): Europa der Regionen, Springer-Verlag Berlin, Heidelberg
- Iglesias Turrón, P. (2015): Podemos! Wind des Wandels aus Spanien. – Rotpunktverlag, Zürich.
- Interrail: AVE-Highspeed-Zug, <http://de.interrail.eu/trains-europe/high-speed-trains/ave>, letzter Zugriff: 31.10.2016
- Iturricastillo Plazaola, I., Tejedor Nuñez, J. (2012): Reflexiones sobre la crisis actual en España. – Universidad del País Vasco, Bilbao. In: Ikastorratza. e-Revista de Didáctica, 9-2, http://www.ehu.es/ikastorratza/9_alea/crisis2.pdf, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Kadelbach, S. (2014): Krise, Umbruch und neue Ordnung. – In: Kadelbach, S., Günther, K. (Hrsg.): Europa: Krise, Umbruch und neue Ordnung. – Nomos, Baden-Baden, S. 9-16
- Lammer, B. (2015): Pensionsfonds: Wie die Großen investieren. – In: DiePresse 30.04.2015, http://diepresse.com/home/meingeld/4717785/Pensionsfonds_Wie-die-Grossen-investieren, letzter Zugriff: 27.11.2016

- Lehnartz, S., Schiltz, C. (2015): Stopp! In Portugal gibt es noch Hoffnung. In: Die Welt 12.11.2015, <https://www.welt.de/politik/ausland/article148762174/Stopp-In-Portugal-gibt-es-doch-noch-Hoffnung.html>, letzter Zugriff: 24.07.2017
- Leitzinseninfo (2017): Leitzins Eurozone, <http://www.leitzinsen.info/charts/ezb1.jpg>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Lopes, L., Antunes, M. (2016): Die portugiesischen Eigenheiten. Vom Memorandum of (Mis-)Understanding zur Verständigung auf den Wandel. In: Kurswechsel 2/2016 S. 89-96, BEIGEWUM, http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/89_KuWe216_KW_2_2016_druck.pdf, letzter Zugriff: 24.07.2017
- Lopez Prol, J. (2013): Crisis de deuda pública del estado español y la Unión Europea, ¿Causa o consecuencia?. – Madrid. In: Papeles de Europa 26 (2), 93-102, Universidad Complutense Madrid, <file:///C:/Users/Kieweg/Downloads/44185-67961-2-PB.pdf>, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Maudos, J.: El acceso de las pymes al crédito bancario: España en el contexto de la Eurozona. In: www.fef.es/new/publicaciones/papeles-de-la-fundacion/item/download/155_cb787cf14f7d5ef4be39632b96680961.html+%cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=at, letzter Zugriff: 27.05.2017
- Maudos, J. (2016): Menos micro y más grandes empresas. ¡Esa es la cuestión! In: El País, 04.03.2016, http://economia.elpais.com/economia/2016/03/04/actualidad/1457115926_080001.html, letzter Zugriff: 27.05.2017
- Menéndez, M. (2011): Las leyes aprobadas por Zapatero...y las que han quedado en el cajón. In: RTVE 22.09.2011, <http://www.rtve.es/noticias/20110922/zapatero-hecho-dejado-pendiente/462767.shtml>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Moncada, I., Ramón Rallo, J. (2016): Mitos y realidades – La desigualdad en España. Instituto Juan de Mariana. Madrid, <https://www.juandemariana.org/sites/default/files/investigacion/20160125-mitos-y-realidades-desigualdad-espana.pdf>, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Munera, I. (2017): La letra pequeña de la subida del salario mínimo. In: ElMundo 02.01.2017, <http://www.elmundo.es/economia/2017/01/02/586942a5ca4741356a8b4636.html>, letzter Zugriff: 19.07.2017
- Munera, I. (2016): Todo lo que debe saber sobre el Salario Mínimo Interprofesional. In: ElMundo 02.12.2016, <http://www.elmundo.es/economia/2016/12/02/584151d5ca474101788b45e8.html>, letzter Zugriff: 19.07.2017

- Navarro, V., Torres López, J., Garzón Espinosa, A. (2011): Hay Alternativas. Propuestas para crear empleo y bienestar social en España. – sequitur ATTAC, Madrid. <http://www.vnavarro.org/wp-content/uploads/2011/10/hayalternativas.pdf>, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Navarro, V. (2012): La causa real de la crisis financiera. In: Público 19.04.2012, Madrid, <http://blogs.publico.es/dominiopublico/5114/la-causa-real-de-la-crisis-financiera/>, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Navarro, V. (2013): Capital – trabajo: el origen de la crisis actual. In: Le Monde Diplomatique en español 07.2013, Valencia, <http://www.vnavarro.org/?p=9263>, letzter Zugriff: 28.01.2018
- Navarro, V. (2017): El nuevo régimen social de España, <http://blogs.publico.es/vicenc-navarro/2017/06/23/el-nuevo-regimen-social-de-espana/>, letzter Zugriff: 03.01.2018
- NTV (2012): 100 Milliarden aus dem EFSF. Spanien beantragt Hilfe, <http://www.ntv.de/wirtschaft/Spanien-beantragt-Hilfe-article6460441.html>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- o.A.: Dotcom-Blase; https://www.bezahlen.de/lexikon/dotcom-blase_1449.html, letzter Zugriff: 31.10.2016
- o.A.: Lohnstückkosten; https://www.bezahlen.de/lexikon/lohnstueckkosten_3445.html, letzter Zugriff: 19.10.2016
- Österreichische Nationalbank (2017): Bankenunion, <https://www.oenb.at/FAQ/Finanzmarktstabilitaet/Bankenunion.html>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Ocón Galilea, F. J. (2007): La crisis económica española a partir del 2007. – Trabajo fin de grado, Universidad de Rioja, http://biblioteca.unirioja.es/tfe_e/TFE000224.pdf, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Ortega, E., Peñalosa, J. (2012): Claves de la crisis económica española y retos para crecer en la UEM, Banco de España, <http://www.bde.es/f/webbde/SES/Secciones/Publicaciones/PublicacionesSeridas/DocumentosOcasionales/12/Fich/do1201.pdf>, letzter Zugriff: 27.05.2017
- Pedroso, P. (2014): Portugal and the Global Crisis. The impact of austerity on the economy, the social model and the performance of the state, Friedrich Ebert Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/id/10722.pdf>, letzter Zugriff: 24.07.2017

- Pérez Yruela, E. (2012): Causa de la crisis mundial. Características específicas de la crisis en el estado español. – Cordoba, http://www.feministas.org/IMG/pdf/Ponencia_sobre_crisis_para_seminario-cordoba-2.pdf, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Preuß, U. (2014): Europas gegenwärtige Lage – Krise als Normalzustand. – In: Kadelbach, S., Günther, K. (Hrsg.): Europa: Krise, Umbruch und neue Ordnung. – Nomos, Baden-Baden, 113-138
- Raiffeisen (2012): Überblick Konjunkturindikatoren, <http://www.raiffeisen.at/eBusiness/services/resources/media/1019697915483-NA-808759967300867557-1-1-NA.pdf>, letzter Zugriff: 27.05.2017
- Raiffeisen (2018): Was ist der EURIBOR?, http://www.raiffeisen.at/oesterreich/1171454225137621798_1171454297615195169_1171455077151761628-623677484054875932-NA-30-NA.html, letzter Zugriff: 28.01.2018
- Ramón Rallo, J. (2017): La desigualdad de riqueza no ha aumentado en España desde hace 30 años, https://blogs.elconfidencial.com/economia/laissez-faire/2017-12-15/desigualdad-riqueza-no-aumentado-espana-30anos_1493012/, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Robinson, N. (2013): Economy: There is no alternative (TINA) is back. In: BBC 07.03.2013, <http://www.bbc.com/news/uk-politics-21703018>, letzter Zugriff: 08.02.2018
- Rodríguez de Paz, A. (2017): El empleo a tiempo parcial se hace crónico en plena recuperación. In: Vanguardia 29.06.2017, <http://www.lavanguardia.com/economia/20170629/423753831770/empleo-tiempo-parcial-trabajo-por-horas.html>, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Ruesga Benito, S. M. (2013): Para entender la crisis económica en España. El círculo vicioso de la moneda única y la carencia de un modelo productivo eficiente. – México. In: ECONOMÍAunam 10 (28), 71-94, Universidad Nacional Autónoma de México, <http://www.economia.unam.mx/publicaciones/nueva/econunam/28/03santosok.pdf>, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Sánchez-Cuenca, I. (2014): La política en los Gobiernos de José Luis Rodríguez Zapatero. In: España en democracia. Actas del IV Congreso Internacional de Historia de Nuestro Tiempo. Logroño. Universidad de Rioja, 2014, S. 97-109, <https://dialnet.unirioja.es/descarga/articulo/4847538.pdf>, letzter Zugriff: 22.07.2017

- Sánchez-Valdemoro Ramos, S. (2015): Crisis económica y vida diaria: elementos, fenómenos y políticas, <http://www.revistatog.com/num22/pdfs/colab2.pdf>, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Sautter, H. (2012): Das Bretton-Woods-System. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/54851/bretton-woods-system?p=all>, letzter Zugriff: 31.10.2016
- Schefold, B. (2014): In Krisen verändert sich unser Wirtschaftssystem. Wohin führt die Krise? – In: Kadelbach, S., Günther, K. (Hrsg.): Europa: Krise, Umbruch und neue Ordnung. – Nomos, Baden-Baden., 17-60
- Schweighofer, J. (2002): Ist die europäische Beschäftigungsstrategie nach 5 Jahren am Ende? – In: Wirtschaft und Gesellschaft 28 (4), 489-525. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2002_28_4/2002_28_4_0489.pdf, letzter Zugriff: 19.11.2016
- Schulmeister (2002): Realkapitalismus, Finanzkapitalismus und Beschäftigungsdynamik. Vortrag im Rahmen der VER.DI-Fachtagung „Nachhaltigkeitsstrategien für Wachstum und Beschäftigung“ Am 4. September 2002 in Berlin, http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/AL_verdi0902.pdf, letzter Zugriff: 27.11.2016
- Schulmeister, S. (2012): EU-Fiskalpakt: Strangulierung von Wirtschaft und Sozialstaat, http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/Fiskalpakt_Misere__end_04_12.pdf, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Schulmeister, S. (2014): Der Fiskalpakt – Hauptkomponente einer Systemkrise. In: WIFO Working Papers, Nr. 480, Oktober 2014, http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47515&mime_type=application/pdf, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Schuppan, N. (2013): Die Euro-Krise. Ursachen, Verlauf, makroökonomische und europarechtliche Aspekte und Lösungen. – Oldenburg Verlag, München.
- Segovia, C. (2016): El Gobierno abre la vía a subir varios impuestos para cumplir el déficit. In: ElMundo 17.11.2016, <http://www.elmundo.es/economia/2016/11/17/582cc395e5fdea18028b4666.html>, letzter Zugriff: 19.07.2017

- Spanische Nationalbank (2017a): Balanza de pagos y posición inversión internacional. In: https://www.bde.es/bde/es/secciones/informes/boletines/Boletin_Estadist/, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Spanische Nationalbank (2017b): Balanza de pagos y posición inversión internacional. In: https://www.bde.es/bde/es/secciones/informes/boletines/Boletin_Estadist/, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Spanische Regierung (2012): Las reformas del Gobierno de España, September 2012, Madrid, <http://www.lamoncloa.gob.es/Documents/lasreformasdelgobiernodeespa%C3%B1a/C3%B1olcongr%C3%A1ficos.pdf>, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Spanisches Statistikinstitut INE (2017): Tasa de riesgo de pobreza por comunidades autónomas, <http://www.ine.es/jaxiT3/Datos.htm?t=9963>, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Spanisches Statistikinstitut INE (2018a): Tasas de paro por distintos grupos de edad, sexo y comunidad autónoma, <http://www.ine.es/jaxiT3/Tabla.htm?t=4247>, letzter Zugriff: 28.01.2018
- Spanisches Statistikinstitut INE (2018b): Tasas de paro por nivel de formación alcanzado, sexo y grupo de edad, <http://www.ine.es/jaxiT3/Datos.htm?t=6393>, letzter Zugriff: 28.01.2018
- Statista (2017): Sparquote der privaten Haushalte in Spanien von 1999 bis 2015. In: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/455426/umfrage/sparquote-der-privaten-haushalte-in-spanien/>, letzter Zugriff: 27.05.2017
- TAZ (2015): Schäubles ehernes Gehäuse, 29.08.2015, <http://www.taz.de/!5227959/>, letzter Zugriff: 25.07.2017
- Tokarski, P. (2016): Die Europäische Zentralbank als politischer Akteur in der Eurokrise. SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin Juli 2016, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S14_tks.pdf, letzter Zugriff: 22.07.2017
- Torres López, J. (2007): Diez ideas para entender la crisis financiera, sus causas, sus responsables y sus posibles soluciones. In: Rebelión 10.09.2007, <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=55925>, letzter Zugriff: 01.11.2016

- Torres López, J. (2009): Crisis inmobiliaria, crisis crediticia y recesión económica en España. – Madrid. In: Papeles de Europa 19, 82-107, Universidad Complutense Madrid,
<https://revistas.ucm.es/index.php/PADE/article/viewFile/PADE0909220082A/21276>, letzter Zugriff: 01.11.2016
- Trading Economics (2017): Portugal Government Debt to GDP 1990-2017,
<https://tradingeconomics.com/portugal/government-debt-to-gdp>, letzter Zugriff: 24.07.2017
- Trend (2012): Warum Spanien keine EFSF-Hilfen will... In: Trend 29.05.2012,
<https://www.trend.at/news/international/warum-spanien-efsf-hilfen-329209>, letzter Zugriff, 22.07.2017
- Triami Media (2018): Historische Inflationsraten Spanien;
<http://de.inflation.eu/inflationsraten/spanien/historische-inflation/vpi-inflation-spanien.aspx>, letzter Zugriff: 08.02.2018
- Verfassungen (2002): Verfassung des Königreiches Spanien,
<http://www.verfassungen.eu/es/verf78-index.htm>, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Von Petersdorff, W. (2010): Kreditausfallversicherungen - So spekuliert man gegen Griechenland. In: FAZ: 08.03.2010,
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/kreditausfallversicherungen-so-spekuliert-man-gegen-griechenland-1620973.html>, letzter Zugriff: 28.01.2018
- Vontobel, W. (2017): Wie Ungleichheit das BIP prägt und verdirbt. In: Makroskop,
<https://makroskop.eu/2017/12/wie-ungleichheit-das-bip-praegt-und-verdirbt/>, letzter Zugriff: 02.10.2017
- Wandler, R. (2017): Spaniens Aufschwung geht an der Bevölkerung vorbei. In: Der Standard, <http://derstandard.at/2000061158436/Spaniens-Aufschwung-geht-an-der-Bevoelkerung-vorbei>, letzter Zugriff: 21.07.2017
- Williamson, J. (2004): The Washington Consensus as Policy Prescription for Development,
<https://piie.com/sites/default/files/publications/papers/williamson0204.pdf>, letzter Zugriff 19.10.2016
- Wirtschaftskammer Österreich (2017a): Konsumausgaben, letzter Zugriff: 22.07.2017
<http://wko.at/statistik/eu/europa-konsumausgaben.pdf>
- Wirtschaftskammer Österreich (2017b): Investitionsquoten, letzter Zugriff: 22.07.2017
<http://wko.at/statistik/eu/europa-investitionsquoten.pdf>

- Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (2015): La política de empleo como prioridad para salir de la crisis". Cuadernos del Consejo Económico y Social (CAUCES) 30/2015. Madrid, http://www.ces.es/documents/10180/3318071/Cauces_30_pp59-105.pdf, letzter Zugriff: 03.01.2018
- Wolf, A.: Indizes-Definitionen, <http://www.aktien-kaufen-fuer-anfaenger.de/indizes-definitionen-was-ist-sp-500-nikkei-co/>, letzter Zugriff: 31.10.2016
- Zelik, R. (2015): Mit PODEMOS zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien. – Bertz + Fischer, Berlin

6.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Preisänderungen (Preis pro m ²) der Immobilien in Prozent (real und nominal) 1998-2005:	18
Abbildung 2: Entwicklung der Hypothekarkredite in Spanien von 1995 bis 2005 (Jährliche Wachstumsrate in Prozent):.....	20
Abbildung 3: Verschuldung der spanischen Haushalte im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen in Prozent (1998-2005):	23
Abbildung 4: Finanzierungssalden von Spanien in Prozent des BIP (1996-2011):.....	24
Abbildung 5: Preisentwicklung von Eurostaaten (1999-2013):	28
Abbildung 6: Exporte von Deutschland 2013 in Mrd. Euro:	29
Abbildung 7: Exportentwicklung ausgewählter Staaten 1999-2013:	31
Abbildung 8: Lohnstückkosten ausgewählter europäischer Staaten (1999-2014):.....	32
Abbildung 9: Entwicklung der Leistungsbilanzen europäischer Staaten (1991-2014, in % des BIP):.....	33
Abbildung 10: Entwicklung der Kapitalverkehrsbilanzen europäischer Staaten 1999-2009 (in Mio. Euro):.....	34
Abbildung 11: Weltweiter Marktanteil an Export bzw. Import von Hochtechnologiegütern am Beispiel von Spanien und Deutschland von 1997 bis 2008 in Prozent:	35
Abbildung 12: Wachstum des globalen Finanzvermögens 1980-2010:.....	43
Abbildung 13: Produktion in Industrie und Baugewerbe in Spanien von 2007-2015:	52
Abbildung 14: Kapazitätsauslastung von Unternehmen in Prozent, 1995-2012:.....	53
Abbildung 15: Arbeitslosenquote in Spanien, 1998 bis 2012 (absolut und in Prozent):	54
Abbildung 16: Konsumententwicklung der Haushalte in Spanien und der Haushalte der Wirtschafts- und Währungsunion 2005-2011 (Index 2008=100):	55
Abbildung 17: Sparquote der spanischen Privathaushalte 1999-2015:	55
Abbildung 18: Insolvenzen und notleidende Kredite 1995-2012:	56

Abbildung 19: Bewilligte und zurückgewiesene Finanzierungsanfragen von KMUs an Banken 2009-2010 in Prozent:	57
Abbildung 20: Entwicklung des realen und nominalen BIP von Spanien, 1996-2014 (Wachstumsrate in Prozent):.....	58
Abbildung 21: Preisentwicklung in Spanien (2007-2015):	59
Abbildung 22: Entwicklung des Leitzinses der Eurozone (2000-2017):	77
Abbildung 23: Staatsschuldenquote Spaniens in Prozent des BIP (2005-2016):	81
Abbildung 24: Reales BIP, Industrieproduktion und Arbeitslosigkeit in Spanien (2007-2015):.....	83
Abbildung 25: Finanzierungssalden der Wirtschaftssektoren von Spanien in % des nominalen BIP (2003-2017)	85
Abbildung 26: Gini-Koeffizient (Wert von 0-1) nach Vermögen 2015:	91
Abbildung 27: Gini-Koeffizient (0-100) des verfügbaren Äquivalenzeinkommens 2007-2016:.....	92
Abbildung 28: Arbeitslosenrate in Prozent nach Ausbildungsgrad 2014-2017 (Daten jeweils 1. Quartal) pro Jahr:	99
Abbildung 29: Einkommen der Bevölkerung nach Dezile in Kombination mit der Arbeitsintensität der Haushalte in denen sie leben (2009 und 2014):	100
Abbildung 30: Reales BIP und reales BIP-Wachstum in Portugal in Prozent (1999-2015):	116
Abbildung 31: Staatsschuldenquote von Portugal in Relation zum BIP (2006-2016):	117
Abbildung 32: Finanzierungssalden der Wirtschaftssektoren von Portugal in % des nominalen BIP (2003-2017):.....	120

6.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Beschäftigten und des nominalen BIP der einzelnen Wirtschaftssektoren im Verhältnis zur gesamten Wirtschaft in Spanien (1985-2007):	16
Tabelle 2: Leistungsbilanz Spaniens 2013-2016 (in Mio. Euro):.....	84
Tabelle 3: Die Verteilung des Einkommens nach Quintilen von Spanien, Madrid und Extremadura (2012):.....	93
Tabelle 4: Durchschnittseinkommen der spanischen Bevölkerung nach Dezilen (2008/2013):.....	95
Tabelle 5: Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen 2007-2017 in Prozent (Daten jeweils 1. Quartal pro Jahr):.....	97

Lebenslauf

MAG. WALTER KIEWEG

E-Mail: walterkieweg@hotmail.com



Wien, den 11.02.18

Angaben zur Person

Geburtsdatum und -ort	01.10.1979; Kirchdorf (Oberösterreich)
Familienstand	verheiratet
Nationalität	Österreich

Ausbildung

1995 - 1999	Bundesoberstufenrealgymnasium Kirchdorf <i>Abschluss: Matura</i>	
2000 - 2007	Studium: Geographie an der Uni Wien <i>- Entwicklungsländerforschung, EZA Asien, Tourismus</i> <i>- Diplomarbeit über Arbeitsmigration am Persischen Golf</i>	Wien
2006, 2009- 2009	Lehrgang für akademische Orient-Studien Diplom: Montessori-Pädagogik, Sekundarstufe	Wien
2011	Europäischer Wirtschaftsführerschein, Stufe A	Wien
2011 - 2018	Lehramtsstudium: GWK/Spanisch <i>- Diplomarbeit über die Wirtschaftskrise in Spanien</i>	Wien

Praktika

Juli/August 2006	Praktikum im Asienhaus, Dauer: 5 Wochen <i>Mitarbeit im Sozialprojekt:</i> <i>„Armut, soziale Unsicherheit und Globalisierung“</i>	Essen
------------------	--	-------

Beruflicher Werdegang (seit 2007)

Dez. 2007 - Juni 2008	Leitung eines Deutschkurses für Anfänger	Carrión de los Condes
Nov. 2007 - Sept. 2008	Freizeitgestalter in der Seniorenresidenz im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes (EVS)	Carrión de los Condes
Jänner – Februar 2009	Spanisch-Nachhilfe bei der Schülerhilfe	Steyr
Feb. 2009 - Sept. 2010	Lehrer an den Wiener Montessori-Schulen	Wien
Okt. 2010 – Apr. 2017	Lehrer am LUV-Lernzentrum	Wien
Sept. 2014 -	GWK- und Spanisch-Lehrer am GWIKU Haizingergasse	Wien

Referent bei LehrerInnenbildung

19.11.2014	Ökonomische Alphabetisierung im VWL-Unterricht Stationenbetrieb „Unser Wohlstand“ und das Länderquartett, Walter Kieweg & Daniel Raithofer	Wien
------------	--	------

Sprachkenntnisse

Deutsch (Muttersprache)
Englisch (sehr gute Kenntnisse, C1)
Spanisch (sehr gute Kenntnisse, C1-2)

Sonstige Qualifikationen

Computerkenntnisse: MS Word, Excel, Powerpoint

Publikationen

- Kieweg, Walter (2006):
„Konkurrent oder Hilfsbedürftiger? Europäische und deutsche Entwicklungspolitik zu Asien“
Seiten 40-43, in Focus Asien, Band Nummer 29, Schriftenreihe des Asienhauses Essen
- Kieweg, Walter (2008):
„Das Ende der Armut? – Armut „Poverty Reduction Strategies“ und (internationale)
Entwicklungszusammenarbeit“ Seiten 123-138, in Ost- und Südostasien zwischen
Wohlfahrtsstaat und Eigeninitiative, Wien
- Kieweg, Walter (2011): „Arbeitsmigration in den Staaten des „Gulf Cooperating Council“
(GCC), Vom Laissez-Faire-Approach zur Nationalisierung des Arbeitsmarktes“, VDM
Saarbrücken